

20. Jahrgang

Nr. 3

September 2009

# Sozialimpulse

Rundbrief

Dreigliederung  
des sozialen  
Organismus

Wirtschafts-  
und Finanzkrise

Europa in der  
Demokratiekrise

Zum „Jahrzehnt des  
Bewusstseins“

Betrachtungen  
und Berichte

Initiativen  
und Termine

Herausgegeben von der  
Initiative Netzwerk Dreigliederung

# Inhalt

Notiert - Aus dem Zeitgeschehen \_\_\_\_\_ 3

## Wirtschafts- und Finanzkrise - und kein Ende?

Wie kommt Vernunft in die wirtschaftlichen  
und finanziellen Prozesse?  
(Harald Spehnl, Christoph Strawe) \_\_\_\_\_ 5

## Europa in der Demokratie-Krise

Nach der Europawahl und vor dem wiederholten  
Referendum in Irland: Betrachtungen zum Verfassungs-  
gerichts-Urteil über den EU-Reformvertrag  
(Wilhelm Neurohr) \_\_\_\_\_ 13

## Jahrzehnt des Gehirns, des Verstandes - oder der Vernunft?

Die vierte Vorbereitungstagung zu einem  
internationalen „Jahrzehnt des Bewusstseins“  
in Albuquerque, New Mexiko  
(Roland Benedikter, James Giordano,  
James Olds) \_\_\_\_\_ 19

## Betrachtungen und Berichte

Gedenken an Manfred Borchert (Ingo Krampen) \_ 31

Angst - Vernunft - Einsicht - Mut  
(Michael Rist, Bettina Kalambokis) \_\_\_\_\_ 32

Bildungsstreik (Wilhelm Neurohr) \_\_\_\_\_ 33

Nicanor Perlas kandidiert für die  
philippinische Präsidentschaft  
(Walter Siegfried Hahn) \_\_\_\_\_ 34

Bürgerschulen für alle \_\_\_\_\_ 36

Lehman-Pleite \_\_\_\_\_ 37

DESERTEC Solarprojekt (Eurosolar  
/ Greenpeace) \_\_\_\_\_ 38

Genesis-Institut \_\_\_\_\_ 39

Zukunftskongress in der Region  
Bodensee (Dieter Koschek) \_\_\_\_\_ 39

## Initiativen und Termine

Atomkraftwerke abschalten! \_\_\_\_\_ 41

Erneuerung der Demokratie aus dem  
Geist der Kunst (Johannes Stüttgen) \_\_\_\_\_ 42

Buch zur Demokratie in der EU \_\_\_\_\_ 43

Tagungen in Cottbus, Twello, Fuldata  
Bad Boll \_\_\_\_\_ 43

Philippinen-Reise \_\_\_\_\_ 46

Netzwerktreffen, Seminare, Studiengang \_\_\_\_\_ 46

# Impressum

Sozialimpulse - Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus. Herausgegeben von der Initiative Netzwerk Dreigliederung, Libanonstr. 3, D-70184 Stuttgart, Tel. +49 (0) 711 - 23 68 950, Fax: 23 60 218, E-Mail: netzwerk@sozialimpulse.de, Internet: www.sozialimpulse.de. ISSN 1863-0480. Redaktion und Verwaltung: Dr. Christoph Strawe. Lektoratsberatung: Prof. Dr. Hellmut Fischmeister, Graz. Gestaltung: Marion Ehrsam. Logo: Paul Pollock. Es erscheinen vier Hefte pro Jahr. Versand (Abo) auf Bestellung und gegen Kostenbeitrag (Richtsatz für das volle Jahr EUR 20,-/CHF 35,-). Zahlungen bitte durch Geldschein oder Überweisung auf Konto-Nr. 1161625, Treuhandkonto Czesla, Baden-Württembergische Bank, BLZ 60050101 (IBAN: DE 65 6005 0101 0001 1616 25, BIC/SWIFT-Code: SOLA DE ST). Bitte jeweils das Stichwort „Rundbrief“ angeben. Bezieher in der BRD können uns auch eine Abbuchungsermächtigung schicken (bitte genauen Betrag angeben). Redaktionsschluss jeweils Anfang März, Anfang Juni, Anfang September und Anfang Dezember. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

# Editorial

Das vorliegende Heft vertieft die bereits früher behandelten Themen der Finanz- und Wirtschaftskrise und der europäischen Integrationsprozesse unter aktuellen Gesichtspunkten. Oft haben wir betont, dass die sozialen Fragen in ihrem Kern Fragen nach der Anschauung des Menschen sind. Das menschliche Selbstverständnis wird um so folgenreicher für die Praxis, je mehr die Fähigkeiten der Menschen zur Veränderung der Natur und ihrer selbst wachsen. Diese gehen heute bis zum technischen Eingriff in das menschliche Bewusstsein und erreichen damit eine letzte bisher unübersteigliche Grenze. Die Gefahren und Chancen dieser Situation sind Gegenstand des Artikel von Roland Benedikter u.a. über das „Jahrzehnt des Bewusstseins“.

Das Heft erreicht die LeserInnen kurz nach der Bundestagswahl in Deutschland, war jedoch vor dieser bereits im Satz fertiggestellt - bis auf dieses Editorial, das abgeschlossen wurde, während die ersten Hochrechnungen über den Wahlausgang geseudet wurden. Wie zu erwarten war, wurde der Einfluss der großen Volksparteien zurückgedrängt, FDP, Grüne und Linkspartei sind gestärkt, die Tendenz zu einem Mehrparteiensystem, in dem sich leicht mehrere Koalitionsmöglichkeiten ergeben können, ist unverkennbar. Im Moment ist nicht absehbar, welche dieser Möglichkeiten realisiert wird. Umso wichtiger, sich klar zu machen, dass die Entwicklung der Demokratie in Deutschland und in der Welt mehr braucht als bloße neue parteipolitische Konstellationen. Die Verwerfungen im Parteienspektrum führen nämlich noch nicht dazu, dass die Parteien aufgehört hätten, sich den ‚Staat zur Beute zu machen‘. Diese Formulierung stammt nicht etwas von einem radikalen Systemkritiker, sondern wurde 1983 von dem CDU-Politiker und späteren Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker geprägt.

Darum aber würde es sich unter anderem handeln, wenn mehr Demokratie sein soll: Parteien sollen, wie es das Grundgesetz verlangt, bei der politischen Willensbildung des Volkes mitwirken, nicht aber sie monopolisieren - auch dadurch, dass die Partei- und Regierungsapparate die Abgeordneten über die Fraktionsdisziplin gängeln. Notwendig wäre es, die Gewaltenteilung in vollem Umfang wieder herzustellen und das Parlament durch die Stärkung der Stellung des einzelnen Abgeordneten aufzuwerten. Der unmittelbare Einfluss der Bürgerinnen und Bürger auf die personelle Zusammensetzung der Parlamente wäre durch eine entsprechende Wahlrechtsreform zu stärken, wie sie unter anderen von Mehr Demokratie e.V. gefordert wird. Der Souverän, das Volk, muss vor allem darüber hinaus die Möglichkeit haben - auch auf Bundesebene - durch Gesetzesinitiative, Bürgerbegehren und Abstimmungen unmittelbar Sachentscheidungen demokratisch und nach fairer und umfassender Debatte zu treffen.

Die Vollendung der Demokratie setzt eben eines voraus: Die umfassende Anerkennung des mündigen Menschen. Mündigkeit ist unvereinbar mit bürokratischer Vormundschaft. Sie erfordert, dass die Gesellschaft selbstverwaltungsfreundlicher und durchlässiger für Initiative wird. Sie verlangt, dass Freiheit, Gleichheit und Solidarität in die richtige Balance kommen. Wir nennen das auch „Dreigliederung des sozialen Organismus“.

Ihr  


## Notiert: Aus dem Zeitgeschehen

+++ Schwere Unruhen nach der Präsidentschaftswahl im Iran, nachdem entgegen den Prognosen Mahmud Ahmadinedschad die Wahl haushoch gewonnen haben will. Herausforderer Hussein Mussawi spricht von Wahlfälschung und fordert die Annullierung der Wahl, Hunderttausende protestieren auf den Straßen, Menschen sterben bei Zusammenstößen mit Polizei und Schlägertrupps. Es gibt zahlreiche Verhaftungen, es wird von Folterungen berichtet. Der Geistliche Führer Chamenei bestätigt den Wahlsieg, die konservativen Kräfte wollen die Proteste auf ausländischen Einfluss schieben. Die Pressefreiheit wird stark eingeschränkt

+++ Der deutsche Bundestag einigt sich auf ein Gesetz zur „Patientenverfügung“, wonach Ärzte an den schriftlich dokumentierten Willen des Patienten gebunden sein sollen, auch wenn dieser sich aktuell nicht mehr äußern kann

+++ In der Bundesrepublik dürften Internetseiten mit kinderpornographischem Inhalt in Zukunft geblockt werden. Kritiker glauben, dass die Maßnahme ihr Ziel nicht erreicht, dafür aber einen Einstieg in die Zensur des Internets darstellt

+++ Der liberale Soziologe Ralf Dahrendorf stirbt im Alter von 80 Jahren

+++ Nordkorea droht erneut mit dem Bau von Atomwaffen

+++ Der israelische Ministerpräsident Netanjahu stellt Bedingungen für einen Palästinenserstaat. Bisher hatte er diese Forderung pauschal abgelehnt, ist jedoch mit Druck der neuen US-Administration in dieser Frage konfrontiert

+++ Zehntausende Kita-Erzieherinnen demonstrierten weiter für bessere Arbeitsbedingungen

+++ CDU und CSU versprechen Steuersenkungen nach der Wahl, SPD, Grüne und Linkspartei bezweifeln, dass dies seriös zu finanzieren sei, der FDP gehen die Senkungen nicht weit genug

+++ Mehrere große Konzerne planen ein 400 Milliarden-Solar-Projekt in Afrika, das 15 Prozent des europäischen Strombedarfs decken soll. Eurosolar bezeichnet das Projekt als „Fata Morgana“, Greenpeace dagegen als „modellhaft“

+++ 240.000 Menschen demonstrieren in Deutschland für ein besseres Schul- und Universitätssystem

+++ Neue Proteste in Teheran

+++ Der Handels- und Touristik-Konzern Arcandor muss für viele seiner Tochtergesellschaften Insolvenz anmelden

+++ Angeklagte der sogenannten Sauerland-Gruppe gestehen, in Deutschland Terroranschläge vorbereitet zu haben

+++ Der Philosoph und Soziologe Jürgen Habermas wird 80 Jahre alt

+++ Treffen von Bundeskanzlerin Merkel mit US-Präsident Obama

+++ Bei einem Gefecht mit Taliban fallen 3 Bundeswehr-Soldaten. Bundesverteidigungsminister Jung will immer noch nicht von einem Krieg in Afghanistan sprechen

+++ Der Popstar Michael Jackson ist tot

+++ Die Proteste im Iran gehen trotz der Repression weiter

+++ Die in der OECD zusammengeschlossenen führenden Industrieländer einigen sich auf ein gemeinsames Vorgehen gegen Steueroasen

+++ Tod der Brecht-Tochter und Schauspielerin Hanne Hiob

+++ Die

Opposition im Iran sagt angesichts der verschärften Repression einen Trauermarsch für die Opfer der Unruhen ab

+++ Auseinandersetzung um einen Staatskredit für das insolvente Versandunternehmen Quelle

+++ Das Wattenmeer ist als erste deutsche Naturlandschaft ist von der UNESCO zum Welterbe der Menschheit erklärt worden

+++ Das Bundesverfassungsgericht lässt den Lissabon-Vertrag passieren, nicht jedoch das deutsche Begleitgesetz. Der Vertrag darf erst ratifiziert werden, wenn in dem Gesetz eine stärkere Mitwirkung des deutschen Parlaments bei EU-Entscheidungen gewährleistet ist

+++ US-amerikanische militärische Großoffensive gegen die Taliban

+++ Die US-Armee beginnt mit dem Abzug aus dem Irak

+++ Der Finanzhai Bernard Madoff wird wegen Anlagebetrugs zu 150 Jahren Haft verurteilt

+++ Der Militärputsch in Honduras gegen den gewählten Präsidenten führt zur internationalen Isolierung des Landes

+++ Die Choreographin und Balletttänzerin Pina Bausch stirbt 69jährig

+++ Die NATO und Russland nehmen ihre militärische Zusammenarbeit wieder auf, die nach dem Georgien unterbrochen war

+++ Chaos bei der Berliner S-Bahn, weil bei Zügen die Räder nicht ordnungsgemäß kontrolliert worden waren

+++ Schweden übernimmt die EU-Ratspräsidentschaft

+++ Die FDP soll sechs Jahre nach der Spendenaffäre um den inzwischen ums Leben gekommenen Politiker Möllemann 4,3 Millionen Euro Strafe zahlen. Das hat der Bundestagspräsident entschieden

+++ Schmidt: Kassen haben Überschuss erzielt

+++ Der deutsche Bundestag beschließt, dass Banken „Schrottpapiere“ in sogenannte Bad Banks auslagern können. Außerdem wurden schärfere Regelungen gegen Steuerflucht und Steuerhinterziehung beschlossen

+++ Die Militärregierung in Burma verhindert ein Treffen von UN-Generalsekretär Ban Ki Moon mit der inhaftierten Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi

+++ Deutschland sendet zusätzliche Polizeiausbilder nach Afghanistan

+++ Das von Vattenfall betriebene Atomkraftwerk Krümmel muss wegen Sicherheitsmängeln erneut vom Netz genommen werden. Der Vorfall führt zu einer erneuten Debatte um den Ausstieg aus der Kernenergie. In Berlin demonstrieren schließlich über 50.000 Menschen für dieses Ziel, dies ist die größte Anti-AKW-Demonstration seit dem Tschernobyl-Jahr 1986

+++ Blutige Auseinandersetzungen in der von muslimischen Uiguren bewohnten chinesischen Region Xinjiang

+++ Abrüstungsvereinbarung zwischen USA und Russland

+++ Die EU-Kommission verhängt eine Kartellstrafe von über 1 Milliarde Euro gegen die Energieversorungskonzerne Eon und GDF Suez

+++ Die G8 einigen sich bei ihrem Treffen in Italien im Hinblick auf die bevorstehende Weltklimakonferenz in Kopenhagen im Dezember mit wichtigen Schwellenländern wie China und Indien darauf, die Erderwärmung auf zwei Grad zu begrenzen. Bis 2050 sollen die Treibhausgase um die Hälfte reduziert werden. Umweltverbände bezeichnen die Beschlüsse als unzureichend

+++ In Europa kommt es zu weiteren Schweinegrippe-Infektionen

+++ Papst Benedikt wendet sich in seiner ersten Sozialenzyklika „Caritas in Veritate“

\* 13. Juni 12. September 2009

gegen einen Turbokapitalismus und unregulierte Märkte. Er schlägt die Einrichtung einer globalen Steuerungsinstanz, einer „echten politischen Weltautorität“, vor +++ Die EU- Staats- und Regierungschefs schlagen Kommissionspräsident Barroso für eine zweite Amtszeit vor +++ US-Präsident Obama plant ein internationales Gipfeltreffen über atomare Sicherheit im März 2010 +++ General Motors startet nach dem Insolvenzverfahren neu, das Unternehmen ist inzwischen mehrheitlich in Staatsbesitz +++ In Schleswig-Holstein platzt die rot-schwarze Koalitionsregierung, es kommt zur Parlamentsauflösung, womit Neuwahlen nötig werden +++ Der mutmaßliche NS-Kriegsverbrecher John Demjanjuk wird in München vor Gericht gestellt +++ Island stimmt für den Beitritt zur EU +++ Der Pole Jerzy Buzek wird zum Präsidenten des Europäischen Parlaments gewählt +++ Bei einem Flugzeugabsturz im Iran sterben 168 Menschen +++ Afrika-Besuch von US-Präsident Obama, der in Ghana für mehr Demokratie auf dem Kontinent plädiert +++ Nach monatelangem Machtkampf übernimmt die Volkswagen AG Porsche als eigenständige Marke in den Konzern, Porsche-Chef Wiedeking muss gehen +++ In Nachterstedt in Sachsen-Anhalt rutschen ein Doppelhaus und die Hälfte eines weiteren Hauses 100 Meter tief in einen See, dabei kommen drei Menschen ums Leben +++ In der Auseinandersetzung um Opel stellt sich die Bundeskanzlerin erneut hinter das Konzept des Zulieferers Magna. +++ Heftige Debatte um Gesundheitsministerin Ulla Schmidt, die im Urlaub ihren Dienstwagen benutzt hatte. Dieser war gestohlen worden +++ Microsoft und Yahoo schließen eine strategische Allianz gegen Google +++ Tod des Theaterregisseurs Peter Zadek +++ Streit in der EU um die Weitergabe von Bankdaten an die USA +++ Der US-Sondergesandte Mitchell trifft in Jerusalem Israels Regierungschef Netanjahu +++ Die Verbraucherpreise in Deutschland sind erstmals seit 1987 gesunken. In der gesamten EU gibt es einen Preisrutsch, dagegen stieg die Arbeitslosenquote auf 9,5 Prozent +++ Bombenanschlag auf Mallorca, Urheber ist die Untergrundorganisation ETA +++ Karlheinz Schreiber, Schlüsselfigur im CDU-Spendenskandal um den früheren Bundeskanzler Kohl, wird in deutsche Haft überstellt +++ SPD-Kandidat Steinmeier verspricht in seinem Deutschland-Plan die Schaffung von vier Millionen Arbeitsplätzen, falls er nach den Bundestagswahlen Kanzler wird +++ Bill Clinton erreicht bei einem Nordkorea-Besuch die Freilassung zweier inhaftierter amerikanische Journalistinnen +++ Der pakistanische Taliban-Chef ist offenbar bei einem US-Drohnenangriff ums Leben gekommen +++ Nach Angaben von Amnesty International gibt es im Kaukasus nach dem Krieg zwischen Georgien und Russland immer noch 24.000 Flüchtlinge +++ Die ehemals weltweit größte Damen-Modemarke Escada ist pleite +++ Im Iran beginnen Schauprozesse gegen Regimekritiker +++ Die Bundestagswahl im September soll zum ersten Mal von Beobachtern der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) kontrolliert werden +++ Neue Serie schwerer Bombenanschläge im Irak +++ Mit einer Festveranstaltung wird an die Unterzeichnung der Weimarer Verfassung vor 90 Jahren

erinnert +++ Die Wahlen in Afghanistan stehen im Schatten von Anschlägen der Taliban und von Wahlmanipulationen. Der bisherige Präsident Karzai erklärt sich zum Sieger, das offizielle Ergebnis wird erst Wochen später vorliegen +++ Die schottische Regierung begnadigt den todkranken mutmaßlichen Lockerbie-Attentäter al-Megrahi +++ Einigung zwischen der Schweiz und den USA über Amtshilfe für die amerikanische Steuerfahndung in Bezug auf die UBS-Bank +++ Der libysche Staatschef Gadhafi stellt bei UN den bizarren Antrag, die Schweiz aufzulösen und unter den Nachbarstaaten aufzuteilen. Zuvor war es zu Verhandlungen über die Freilassung zweier Schweizer Bürger gekommen, die als Reaktion auf die kurzzeitige Inhaftierung eines Gadhafi-Sohnes in Genf verhaftet worden waren +++ Die staatliche Abwrackprämie für Altfahrzeuge in Deutschland ist nahezu vollständig aufgebraucht +++ Die deutsche Bundesregierung will die Entwicklung von Elektro-Autos fördern und forcieren +++ Tod des demokratischen US-Senators Edward Kennedy +++ In den Gutachten über das Atomendlager Gorleben sollen in der Zeit der Kohl-Regierung auf Druck des Kanzleramtes kritische Passagen gestrichen worden sein +++ Schwere Waldbrände in Griechenland +++ Der Verwaltungsrat von General Motors (GM) vertagt die Entscheidung über den Verkauf der Firmentochter Opel +++ In USA werden neue Details über Folterpraktiken der CIA bekannt +++ Der Streit zwischen den USA und Israel über die Siedlungsfrage geht weiter +++ Bei den Landtagswahlen im Saarland und Thüringen verliert die CDU an Stimmen. Der Thüringische Ministerpräsident Dieter Althaus tritt zurück. Im Saarland erzielt die Linke, deren Spitzenkandidat der ehemalige saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine ist, enorme Stimmengewinne. Einzig in Sachsen behauptet sich die CDU, dort ist mit einer schwarz-gelben Koalition zu rechnen +++ Machtwechsel in Japan, die Demokratische Partei löst die Liberaldemokraten, die über Jahrzehnte regiert haben, ab +++ Bei einem von der Bundeswehr veranlassten Luftangriff in Afghanistan auf zwei von Taliban entführte Tanklastzüge sterben offenbar auch zahlreiche Zivilisten +++ Seit 1. September ist der Vertrieb von traditionellen 100-Watt-Glühlampen in der EU verboten. Es kommen nur noch Energiesparlampen in den Handel +++ In Polen finden Feiern zum Gedenken an den Beginn des Zweiten Weltkriegs vor 70 Jahren statt. Ministerpräsident Tusk warnt vor Vergessen und Fälschung der Geschichte. Auf Einladung der polnischen Regierung nimmt auch Bundeskanzlerin Merkel an der Feier teil +++

## Stand des Kostenausgleichs

Bis 10. September waren an Kostenausgleichsbeiträgen (Rundbrief und allgemeiner Kostenausgleich) knapp 29.500 von geplanten 34.500 Euro eingegangen. Es müssen also noch 5.000 Euro finanziert werden. Wir sind für jeden Beitrag dankbar.

# Wirtschafts- und Finanzkrise - und kein Ende?

## Wie kommt Vernunft in die wirtschaftlichen und sozialen Prozesse?

Harald Spehl, Christoph Strawe

*Der folgende Text, der ein Jahr nach der Lehman-Pleite veröffentlicht wird, schließt in freier Weise und ohne Anspruch auf vollständige Wiedergabe an Ausführungen an, die Harald Spehl und Udo Herrmannstorfer bei einem Seminar in Ins bei Bern am 5. und 6. September und bei anderen Gelegenheiten gemacht haben. Eingeflossen ist auch eine Darstellung des Themas von Christoph Strawe beim Institute for Social Banking am 12. März dieses Jahres in Bochum.*

Im August war die Meldung zu lesen, bei einem Börsenspiel in Südkorea habe die Papageiendame Ddalgi sich die lukrativsten Börsenwerte im wahrsten Sinne des Wortes herausgepickt und eine höhere Rendite erzielt als die meisten anderen Teilnehmer (vgl. Kasten). Heißt das, dass bloße Zufälle das Börsengeschehen steuern? Wozu brauchen wir überhaupt Börsen? Und was ist das - ein Börsenwert?

Porsche und VW sind börsennotierte Unternehmen. Bekanntlich hat Porsche versucht, die Volkswagen AG zu übernehmen. Man versuchte die Aktienmehrheit zu erlangen. Über eine Reihe komplizierter Verfahren mittels Aktienoptionen - Wetten auf den Kurs der Aktie bzw. das Recht, Aktien zu einem bestimmten Kurs zu kaufen oder zu verkaufen - versuchte David Porsche soviel einzunehmen, dass er Goliath VW kaufen konnte. Das ging bekanntlich schief und nun ist Porsche ein Teil von VW. Für unsere Betrachtung ist wichtig, dass durch diese Operationen der Kurs der VW-Aktie zu einem bestimmten Zeitpunkt so weit gestiegen war, dass die VW-AG die teuerste Unternehmung der Welt war, wenn man die Zahl aller Aktien mit dem Tageskurs von damals rund 1.000 EUR multiplizierte. Genau so ermittelt man

nämlich den „Börsenwert“ eines Unternehmens. Man spricht da von „Marktkapitalisierung“: die Summe aller Aktien, die an den Börsen gehandelt werden multipliziert mit ihren Tageskursen.

### „Marktkapitalisierung“

Wenn wir uns allerdings vorstellen, alle Aktionäre hätten ihre Aktien auf einmal zu dem Tageskurs zu 1.000 Euro verkaufen wollen, dann kommt heraus, dass sich der Börsenwert im Nu verflüchtigt hätte, der Aktienkurs auf vielleicht 10 Euro abgestürzt wäre. Man betrachte als reale Beispiele die Kursentwicklung bei General Motors in USA oder bei der inzwischen vom Staat übernommenen Hypo Real Estate Bank bei uns, deren Aktie vor 1 Jahr bei 150,- Euro notiert war und heute bei vielleicht 25 Cent liegt. Offenbar hantieren wir beim Thema Marktkapitalisierung mit Fiktionen, d.h. Vorstellungen, die durch die Realität nicht wirklich gedeckt sind, weil sie immer nur eine Momentaufnahme der Käufe und Verkäufe an der Börse darstellen. Verschwindet der Wert wirklich binnen Tagen oder sogar Stunden oder stellt sich nur heraus, dass es ihn nie wirklich gegeben hat?

Freilich: Für den einzelnen Aktionär geht die Rechnung auf. Wer zum richtigen Zeitpunkt „seine“ Aktie verkauft hat, hat tatsächlich dafür 1.000 Euro erhalten. Nur wenn alle zur gleichen Zeit verkaufen, verschwindet der Wert. Wo bewegen wir uns eigentlich mit solchen Vorgängen?

Die Wirtschaft ist Teil der Gesellschaft, diese ist eingebettet in die Natur. Die Wirtschaft, das sind zunächst die realen Prozesse der Güterproduktion, der Güterzirkulation und des Güterkonsums, es geht um die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse. Es gibt aber noch einen anderen Bereich der Wirtschaft: die Finanzwirtschaft. Viele stellen sich vor, diese sei genau so real wie die Realwirtschaft, ja die Finanzwirtschaft scheint sogar etwas über der Realwirtschaft Stehendes zu sein, weil man hoffen kann, hier besser zu verdienen. Solche Vorstellungen gehören allerdings mit zu den Krisenursachen.

### Papagei übertrumpft Makler bei Börsenspiel

Das Papageienweibchen Ddalgi (zu Deutsch Erdbeere) hat in Südkorea bei einem Börsenspiel acht Börsenmakler ausgestochen. Mit einem Gewinn von 13,7 Prozent schnitt es deutlich besser ab als die menschlichen Mitspieler. Diese fuhren im Schnitt einen Verlust von 4,6 Prozent ein. Nur zwei Finanzjongleuren gelang eine bessere Rendite als Dalghi. Bei dem Spiel stand jedem Teilnehmer die virtuelle Summe von 60 Millionen Won (33.600 Euro) zur Verfügung. Ddalgi pickte sich von einer Liste mit 30 erstklassigen Wertpapieren mit dem Schnabel einfach ein paar heraus.

Quelle: <http://www.tagesspiegel.de/weltspiegel/Papagei-Boerse-Suedkorea;art1117,2867141>

## Expansion der Finanzwirtschaft in Realwirtschaft, Gesellschaft und Natur

Die Finanzwirtschaft ist in den letzten Jahren und Jahrzehnten in die Realwirtschaft, in die Gesellschaft und in die Natur expandiert. In Bezug auf die Realwirtschaft hat sie nicht primär nach dem Nutzen gefragt, der durch die Befriedigung bestimmter Bedürfnisse durch die Unternehmen gestiftet wird, sondern primär nach der Rendite, danach, was für die Investoren am Ende herauskommt. Wenn die Rendite zu niedrig war, galt es, durch Fusionierung, Auslagerung oder Schließung einzelner Unternehmensteile die Gewinne in die Höhe zu treiben. Kostendeckung und Überschussbildung wurden so aus einem Mittel zur Erreichung der Unternehmensziele zum Selbstzweck, dem das reale Unternehmen nur noch als Mittel diente.

Nun werden den Expansions- und Gewinnmöglichkeiten in der Realwirtschaft irgendwann durch die Sättigung von Bedürfnissen Grenzen gesetzt. So versuchen die Investoren in Bereiche vorzustoßen, die bisher nicht zur Ökonomie gerechnet wurden. Man expandiert in die Gesellschaft, versucht die Daseinsvorsorge zu kommerzialisieren. Privatuniversitäten und private Krankenhäuser entstehen - nicht als Alternative zu staatlicher Bevormundung, sondern als Renditeobjekte. Weitere Beispiele für die Ausdehnung der Finanzwirtschaft in den öffentlichen Sektor, der damit zum Profit-Sektor umfunktioniert wird, ist die Privatisierung von Strafanstalten oder gar der Einsatz von privaten Sicherheitsfirmen als Privatarmeen in Kriegsgebieten wie dem Irak. Sogar Kommunen machen windige Geschäfte mit US-Investoren, indem sie Teile ihrer Infrastruktur verkaufen und zurückmieten (Crossborder Leasing), um an den Steuervorteilen mitzuverdienen, die die amerikanischen Partner aus dem Modell ziehen. Dass die Kommune haftet, wenn diese Vorteile entfallen - was ja dann auch tatsächlich geschehen ist - entging den Verantwortlichen häufig. Wer liest denn auch 1000 Seiten kleingedruckten englischen Vertragstext wirklich gründlich?

Die Finanzwirtschaft versucht, über die Gesellschaft hinaus, auch die Natur zum Gegenstand der „Profitproduktion“<sup>2</sup> zu machen: Wasser, Bodenschätze, Luftverschmutzung usw. - alles wird zum Spekulationsobjekt. Man kauft nur, um teurer zu verkaufen. Öl, Kupfer, Stahl, Eisen, Kobalt: alles wird Anlageobjekt, sei es für private Investoren, sei es für die neugebildeten Staatsfonds von Schwellenländern wie China. Auch Nahrungsmittel werden zum Spekulationsobjekt. Am einfachsten spekuliert es sich, wenn man Rohstoffe und Nahrungsmittel nicht selbst bewegen muss, sondern nur mit Anrechten handelt. Dies geschieht auf Warenterminmärkten, dort werden Wetten auf die Preisentwicklung von Öl, Reis oder was auch immer abgeschlossen. So könnten wir z.B. eine Option darauf erwerben, am 1.10. 2010 Öl zum Preis von 90 Dollar je Barrel zu verkaufen. Liegt der Marktpreis zu diesem Zeitpunkt niedriger, machen wir ein gutes Geschäft. Derartige Spekulationen wirken selbst preistreibend. Sie können z.B. die Lebensmittelpreise hochtreiben, so dass der Reis für die Armen dieser Erde fast unerschwinglich wird. Die Ölpreishausse vor der großen Krise war nicht nur durch wachsende Nachfrage und Verknappung, sondern in ihrer Höhe auch durch solche Spekulationen bedingt.

Nun vollzieht aber der Finanzsektor zusätzlich noch eine rein virtuelle Bewegung: er emanzipiert sich von der Realität. Auf diese Weise entstehen „Blasen“, die schließlich platzen müssen. Wir erleben das seit hunderten von Jahren immer wieder, scheinen aber nichts daraus zu lernen. Ein historisches Beispiel für den Mechanismus einer solchen Blasenbildung ist die holländische Tulpenwahn-Krise im 17. Jahrhundert. Die ersten Tulpen kommen als Geschenk des türkischen Sultans nach Holland, bald werden die Pflanzen zum Prestigeobjekt, das entsprechend teuer ist. Die Gewinnaussichten locken zur Spekulation. Bald wird nicht nur mit Tulpen gehandelt, die es schon gibt, sondern mit solchen, die erst noch wachsen müssen. Dann sind ganze Tulpen zu teuer, man erwirbt Anteilscheine, Tulpenzertifikate. In Kneipen und Hinterzimmern werden diese Hirngespinnste gehandelt. Es endet, wie es enden muss: Einer fragt: Wo sind meine Tulpen? Und die Fiktion wird als solche erkannt, die „Blase platzt“, immer mehr Teilnehmer am Spiel versuchen ihre sich rasch entwertenden Papiere noch loszuwerden und es endet wie immer: die letzten beißen die Hunde.<sup>1</sup> Die letzten: das sind Handwerker, Händler und anderer „kleine Leute“, die Hausrat und Haus verpfändet haben: Sie stehen da mit virtuellen Schrottpapieren und realen Schulden.

Damals entstand aus der Spekulationskrise eine Wirtschaftskrise und dann eine Gesellschaftskrise. So ist es auch heute: Die Exporte gehen zurück, das Volumen des Welthandels schrumpft, die Arbeitslosigkeit steigt - was bei uns erst richtig durchschlagen wird, wenn die staatliche Förderung der Kurzarbeit ausläuft und die Konjunkturprogramme abgewickelt sind. Bei der Abwrackprämie in Deutschland wird sich sehr bald zeigen, dass die negativen Wirkungen zeitverzögert eintreten.

## Kasino und reale Welt

Dass Illusionen platzen, ist nicht das Schlimme. Aber dass dadurch Menschen real geschädigt werden, bei uns die Einkommensspreizung immer stärker wird, im Süden Hunger und Elend zunimmt, dass die Natur ruiniert wird, weil das Geld für Umweltmaßnahmen fehlt, das ist das Schlimme. Wenn es anders wäre, könnte man dem Treiben im Kasino einfach zusehen oder, wenn man will, es einfach schließen. Aber die realen Folgen zwingen dazu, reale Maßnahmen zur Milderung und künftigen Verhinderung der Folgen zu ergreifen.

Bei alledem darf auch nicht vergessen werden, dass die Finanzwirtschaft nicht per se des Teufels ist. Wir brauchen ein funktionierendes Geld- und Bankwesen und müssen deshalb genau untersuchen, was am bestehenden System krankhaft ist und was nicht bzw. wie wir dieses System verändern können. Man kann sagen: Die Realwirtschaft braucht die Finanzwirtschaft, aber nicht diese, sondern eine erneuerte, veränderte Finanzwirtschaft. Was uns wenig weiterhilft, sind Verschwörungstheorien, die nur von den tieferen Ursachen der Misere ablenken, die in den Gedanken, Impulsen und Empfindungen der Menschen sowie in der Struktur der Finanzinstitutionen liegen.

<sup>1</sup> Vgl. Mike Dash: Tulpenwahn: Die verrückteste Spekulation der Geschichte, dtsh. Ausgabe, Berlin 2001.

Bei der Analyse müssen wir die wirklichen Ursachen der Krise finden. Die „Gier“ zu geißeln, die Gehälter der Bankmanager zu begrenzen und etwas mehr Transparenz und Kontrolle zu realisieren, wie es auf den G20-Gipfeln versucht wird (siehe Kasten##) ist nicht verkehrt, aber nicht ausreichend. Und es ist naiv zu meinen, der Staat könne den Egoismus begrenzen, wenn dieser nach wie vor als Hauptmotiv wirtschaftlichen Handelns akzeptiert wird? Genügt es, gesetzlich eine höhere Eigenkapitalausstattung der Banken sicherzustellen, oder muss ganz neu über die Rolle von Banken für eine moderne Ökonomie befunden werden? Wenn wir die Verhältnisse nicht neu gestalten, dann bleiben nur die klassischen katastrophischen „Blasenbereinigungen“: Bankerotte, Inflationen und Kriege. Beides ist nicht hinnehmbar.

### Die Krise greift auf die Realwirtschaft über

Wie kam es überhaupt zur Krise und wie verlief sie?<sup>2</sup> Im Jahr 2005 schätzte die renommierte Unternehmensberatung McKinsey die Größenordnung des globalen Kapitalmarktes - d.h. die weltweiten Bankeinlagen, Aktien, Derivate und privaten und staatlichen Anleihen - auf 120 Billionen Dollar. Das war das Zehnfache des Wertes von 1980. Die Finanzinvestoren schwammen ab 2006 geradezu im Geld. Und ein Heer von Kapitalverwaltern, Beratern usw. lebte von dem Boom. Man gründete Beteiligungsgesellschaften, übernahm Unternehmen, alles schien möglich. Die Finanzwirtschaft erschien als die Zukunft der Wirtschaft überhaupt, die Realwirtschaft ihr bloßes Anhängsel, der real Wirtschaftende als der Dumme.

Die Krise hat dies als Illusionen enthüllt. Im April schätzte der Internationale Währungsfonds die Krisenverluste auf 4,1 Bio Dollar, inzwischen spricht man von 10 Billionen. Dass diese Zahlen ein Stück weit fiktiv sind, geht aus unserer Betrachtung zum Thema Marktkapitalisierung hervor. Dennoch ist der Vergleich mit dem Bruttoinlandsprodukt der Bundesrepublik Deutschland, das derzeit jährlich ca. 2,5 Billionen Euro beträgt, erhellend. Rein rechnerisch wäre also die Vierjahres-Leistung eines großen Industrielandes in wenigen Monaten verbrannt. Ein Bankenkonsortium hat jüngst geschätzt, es seien gar bereits 50 Billionen Dollar an Vermögen „vernichtet“, wobei es sich wiederum in hohem Maße um Fiktionen handelt. Real wird es da, wo jemand dieses rechnerische Vermögen verpfändet hat und jetzt real zur Kasse gebeten wird, - wie es Frau Schickedanz zu drohen scheint. Real wird es da, wo dem normalen Bürger Zertifikate der Lehman-Bank verkauft wurden, die nun wertlos sind.

Die Krise kommt also nicht auf einen Schlag in der Realwirtschaft und in der Gesellschaft an, sondern frisst sich sozusagen nach und nach in sie hinein. Zunächst werden Banken und Kapitalverwaltungsgesellschaften, die mit dem Geld anderer Leute umgehen, notleidend,

2 Ausführlicher wurde dies dargestellt im Heft 2/2008 dieser Zeitschrift („Wie sicher ist unser Geld?“).

### „Derivate sind nichts als Wetten...“

„Die Börse ist dazu da, Leute, die eine Idee haben, zusammenzubringen mit Menschen, die das Geld haben, um diese zu verwirklichen“, sagt der Börsenmakler Dirk Müller („Mister Dax“). Aber Börsengänge habe es kaum gegeben in letzter Zeit. Das meiste Geld fließe in die Derivate, weil Banken und Anleger sich dort schnellere Gewinne erhofften. Am schlimmsten seien Derivate auf Lebensmittel, mit denen die Preise so hochgetrieben würden, dass sich die Armen der Welt kaum noch etwas zu essen leisten könnten. „Derivate sind nichts anderes als Wetten, kein Arbeitnehmer, kein Unternehmen hat etwas davon - mit Ausnahme der Banken.“ Man wolle eine höhere Rendite als die Realität hergeben. (Mister Dax, Sonntag aktuell, 8.3.09) Dirk Müller hat seine Auffassungen in dem Buch „C(r)ashkurs - Weltwirtschaftskrise oder Jahrhundertchance“, München 2009 ausführlich dargestellt und kommt dabei u.a. zum Ergebnis, dass „ein System auf der Basis von Zins und Zinseszins nicht dauerhaft funktionieren kann“ (S. 195). Vgl. auch [www.cashkurs.com](http://www.cashkurs.com)

dann ihre Kunden, die als Unternehmen oder Haushalte keine Kredite mehr bekommen.

Eine Bank hat Geldzuflüsse und -abflüsse, dabei macht sie Gewinne oder Verluste.. Dabei kann es zwei existenzbedrohende Situationen geben: Illiquidität, das heißt die Bank ist zahlungsunfähig, beziehungsweise Überschuldung, das heißt die Verluste übersteigen das Eigenkapital. Durch die Finanzkrise schrumpft wegen der Bilanzierungsvorschriften der Wert von Finanzpapieren dramatisch. Da diese zum Tageskurs bewertet werden müssen, es aber keinen Marktwert für diese Papiere mehr gab, mussten Abwertungen vorgenommen werden, die für die Institute zu existenzgefährdenden Verlusten führten. Gleichzeitig konnten viele Banken auch keine Kredite mehr bekommen, sodass auch die Liquidität nicht mehr gesichert werden konnte.

Bei Überschuldung muss ein Unternehmen Insolvenz anmelden, ein Insolvenzverwalter wird eingesetzt usw. In Deutschland ist das die Situation von Arcandor. Die Schweizer UBS<sup>3</sup> hat im vergangenen Jahr fast 20 Milliarden Franken Verlust gemacht<sup>4</sup>. In Deutschland kam die Hypo Real Estate in eine brenzlige Situation. Die Theorie der Marktwirtschaft sagt für solche Fälle, dass der Konkurs die richtige Lösung ist. Das Unternehmen wird liquidiert und dadurch erfolgt eine Marktberreinigung.

### „Rettingsprogramme“

Bei Unternehmen, die eine solche Größenordnung haben, dass ihr Verschwinden viele andere mit in den Abgrund reißt und die Finanz- und Realwirtschaft schwer beschädigen würde, ist dies graue Theorie. Für sogenannte systemrelevante Banken und Unternehmen wie die HRE, die UBS, Chrysler, GM und Opel gilt dann:

3 Die UBS ist ein global agierendes Finanzinstitut, in der Schweiz ist sie im Privat- und Firmenkundengeschäft in der Schweiz Marktführerin. Die Bank ist in mehr als 50 Ländern mit Niederlassungen vertreten. Sie UBS beschäftigt weltweit mehr als 70 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. ([www.ubs.com](http://www.ubs.com))

4 <http://boerse.ard.de>, 10.02.2009

Too big to fail. In diesen Fällen hat die Finanzkrise dazu geführt, dass man die Sache erst einmal nicht mehr den Marktkräften überlassen konnte, sondern eingreifen musste. Die Insolvenz kann vermieden werden durch ein Moratorium, bei dem Gläubiger Forderungen stunden, oder der Staat kann eingreifen und Zahlungen garantieren oder durch Kreditgarantien dafür sorgen, dass das Unternehmen wieder Geld geliehen bekommt. Im Fall der UBS sprang der Schweizer Staat mit einer Beteiligung ein: einer Wandelanleihe, die in Aktien umgewandelt wurde. Das Aktienpaket ist inzwischen wieder verkauft worden - sogar mit einem kleinen Gewinn für den Staat.

Eine weitere Möglichkeit besteht darin, Unternehmen in einen guten und einen maroden Teil aufzutrennen. Bei Geldinstituten heißt dieses Konzept „Bad Bank“. Die entscheidende Frage ist, wer die „Schrottpapiere“ übernimmt. Der Vorschlag der Banken lautete: Die Staat wird Eigentümer der Bad Bank, die Geschäftsbanken behalten die unproblematischen Forderungen und nehmen auf dieser Grundlage wieder ihre Geschäfte auf. In modifizierter Form ist in den USA im Wesentlichen so verfahren worden. In Deutschland hat man lange um die Verteilung der Risiken gerungen. Nun dürfen die Banken zwar ihre Problempapiere in eine Bad Bank auslagern, sie aber deren Eigentümer. Künftige Gewinne der „Good Bank“ sollen der zur Abdeckung der Verluste der „Bad Bank“ verwendet werden. In der Zwischenzeit garantiert der Staat gegenüber den Gläubigern.

Das Risiko, dass die „Good Bank“ nicht ausreichend Gewinne abführt oder sogar zahlungsunfähig wird, trägt also auch hier der Staat, das heißt wir alle.

Eine andere Lösungsmöglichkeit besteht darin, die Gefahr der Insolvenz einer Bank für die Zukunft dadurch zu verringern, dass man sie auf bestimmte Geschäftsfelder beschränkt. So wurde vorgeschlagen, die UBS auf das Kreditgeschäft mit kleinen und mittleren Unternehmen zu beschränken oder ihre Tätigkeit regional zu begrenzen. In Deutschland ist die Begrenzung der Geschäftsbereiche ein zentrales Thema der Sanierung der Landesbanken. Hier entstehen natürlich grundsätzliche Fragen nach den Aufgabenbereichen von Banken und nach den Entscheidungsberechtigten über solche Grundsatzfragen.

Schließlich besteht die Möglichkeit, dass der Staat selbst Geld in ein Unternehmen einbringt und Miteigentümer wird. Im Extremfall bedeutet das, dass der Staat Alleineigentümer wird. Dieser Fall ist in Deutschland mit der Hypo Real Estate eingetreten, bei der nur wenige sonstige verblieben sind.

## Staatsverschuldung

Oft fragen Menschen, woher denn der Staat das Geld habe, um sich so zu engagieren. Darauf muss man antworten: Der Staat hat Geld, solange er es am Kapitalmarkt borgen kann. Und dort kann er borgen - indem er z.B. Anleihen platziert - solange Anleger den Staat für einen sicheren Schuldner halten. Hier wird deutlich: Zur jeder Verschuldung gehören auf anderen Seite Gläubiger.

Es ist also einseitig, wenn Wissenschaftler und Politiker argumentieren, durch weitere Staatsverschuldung erfolge eine Verlagerung der Lasten auf zukünftige Generationen. Die Last von Zinszahlungen und Tilgungsleistungen wird von dem Teil der zukünftigen Generationen getragen, der die Mittel dafür aufbringen muss, ebenso wird aber der Gewinn aus Zinseinnahmen und Tilgungsrückflüssen auf den Teil der zukünftigen Generationen übertragen, der die Staatspapiere erworben oder geerbt hat. Schließlich ist auch zu fragen, wozu die zusätzlichen Staatsschulden verwendet werden. Da ist sicher ein Unterschied zu machen zwischen Kreditausfällen von „Bad Banks“ oder der Verausgabung von zusätzlichen Mitteln für die Infrastruktur im Rahmen von Konjunkturprogrammen.

Großen Unmut löst es heute aus, wenn Banken und andere Unternehmen ihren Aktionären hohe Dividenden und ihren Managern hohe Boni zahlen, obwohl sie gerade vom Staat mit Milliarden gerettet worden sind. Dies ist verständlich, führt aber zu grundsätzlichen Fragen. Solange die Rahmenbedingungen der Tätigkeit der Banken grundsätzlich akzeptiert werden, ist keine Änderung zu erwarten. Die Banken werden Geld von ihren Aktionären und Gläubigern nur erhalten, wenn diese Renditen erwarten können, die ihren Vorstellungen entsprechen, sonst werden sie Guthaben abziehen beziehungsweise Aktien verkaufen. Das infrage zu stellen bedeutet, das Banksystem grundsätzlich neu zu konzipieren.

Wenn Spitzenmanager abwandern, weil es anderswo mehr zu verdienen gibt, kann das ebenfalls ein Problem für bestimmte Geschäftsfelder werden. Im System muss die Unternehmensführung die Aktionäre befriedigen, den Aktienkurs erhöhen und Zuflüsse sichern. Insofern ist die Debatte über die Deckelung der Managergehälter bloß ein Kurieren an Symptomen. Überdies haben sich Deutschland und Frankreich bei dem jüngsten Vorbereitungstreffen der europäischen Finanzminister für den G20-Gipfel in Pittsburgh nicht durchsetzen können, beschlossen wurde, die Boni zu kontrollieren, nicht aber zu begrenzen, wie man gefordert hatte.

In Wahrheit ist ein weit radikaleres Herangehen erforderlich. Das beginnt damit, dass wir die Geldprozesse tiefer verstehen und dadurch besser handhaben lernen. Geld ist nämlich nicht einfach Geld, und schon gar keine Ware, sondern nimmt verschiedene funktionale Formen an - es kann zum Kaufen, zum Leihen und zum Schenken verwendet werden. Wenn wir diese Geldqualitäten, die später noch genauer in ihrem Zusammenhang betrachten wollen, nicht richtig unterscheiden und handhaben, werden wir mitschuldig am Missbrauch des Geldes.

## Die Frage nach der Aufgabe der Banken

Worum es dabei geht, kann deutlich werden, wenn wir uns eine Grundsituation aus dem Leih- und Kreditgeldbereich vergegenwärtigen: Zwei Menschen stehen sich gegenüber. Der eine braucht Geld, z.B. weil er eine unternehmerische Idee verwirklichen will, der andere hat das Geld. Der eine bittet um Hilfe bei der Realisierung seiner Idee. Wenn er sich mit seinem



Gegenüber einig wird, leiht dieser ihm und wird dadurch gleichzeitig zum Gläubiger und Ermöglicher. Sie schauen sich an. Der eine fragt und der eine gibt, weil er dem anderen traut. Kredit kommt von credere - glauben, vertrauen. Das ist die Urgeste. Und das heißt: Kredit ist immer Personalkredit, wir ermöglichen damit, dass menschliche Fähigkeiten wirken können. Menschen arbeiten mit Geld, nicht das Geld als solches arbeitet. Heute haben wir allerdings eine andere Situation, insofern Geld- und Ideenbesitzer eigentlich mit dem Rücken zueinander stehen und einander nicht mehr kennen oder kennen wollen. Der eine ist nur noch Gläubiger, nicht mehr Ermöglicher, der andere nur Investor. Der Sparer möchte Sicherheit, jederzeit über sein Guthaben verfügen können und einen hohen Zins. Der Gläubiger möchte ebenfalls über das Geld voll verfügen können, solange er es für seine Investition braucht. Ihm wäre das liebste, der Gläubiger würde am Risiko voll teilhaben und er müsste ihm nur einen niedrigen oder gar keinen Zins zahlen. Wenn beide Seiten sich nicht wirklich kennen, müssen ihre Interessen daher divergieren. Beide gehen zur Bank. Die soll Geld und Idee zusammenbringen.

Damit fällt ihr im Grund eine Maklerrolle zu. Sie muss die beiden umdrehen, so dass sie sich anschauen und in einen Austausch kommen. Sie müsste zum Gläubiger sagen: Wenn Du jederzeit verfügen willst, ist nur ein halbes Prozent Zins drin, wenn Du das Geld 1 Jahr lässt vielleicht 2 Prozent. Wenn Du gar kein Risiko nehmen willst, kannst Du auch keinen Zins in Anspruch nehmen. Umgekehrt müsste die Bank auch helfen, den einseitigen Interessenstandpunkt des Investors zu mäßigen. Und sie müsste dafür Sorge tragen, dass das Risiko so auf alle ihre Kunden verteilt wird, dass ein hohes Maß an Sicherheit erreicht wird, ohne die unternehmerischen Fähigkeiten des Kreditnehmers zu behindern. In diesem Sinne sollten Banken durch ehrliches Makeln mit Geld in gestaltender Weise umgehen. Das machen sie aber in der Regel nicht. Sie vermitteln nicht, sondern machen aus dem Interessengegensatz von Gläubiger und Schuldner ein eigenes Geschäft. Sie werden Unternehmer in Geld, die renditeorientiert mit dem Geld der andern umgehen bzw. im Rahmen des gesetzlich Möglichen selbst Geld schaffen.

Die Auffassung, Geld sei ein Gut wie jedes andere, ist jedoch grundfalsch. Geld ist aber auch nicht nur ein Schmiermittel der Wirtschaft oder ein Schleier, der über ihr liegt und ihre wahre Gestalt verbirgt. Die Art, wie wir eine Gesellschaft ihre Finanzwirtschaft organisiert, hat Rückwirkungen auf die Realwirtschaft.

### Kurze Skizze des Krisenverlaufs

Wie es zur Krise kam, darüber ist schon viel gesagt und geschrieben worden. Es seien hier nur noch einmal wichtige Aspekte in Erinnerung gerufen<sup>5</sup>:

Nach dem Platzen der sogenannten Dotcom-Blase im Jahr 2000 hatte die US-Notenbank FED für billiges

Geld gesorgt. Die Banken wurden von der FED so gut ausgestattet, dass sie zusätzliche Geldschöpfung betreiben konnten. Sie machten sich auf die Suche nach Anlagemöglichkeiten, um mit dem Geld mehr Geld zu verdienen. Eine Möglichkeit dazu bot sich im Immobilienmarkt. Das Problem war allerdings, dass dort die meisten Kunden mit guter Bonität längst bedient waren. So wurden diejenigen angesprochen, die Zins und Tilgung für ein eigenes Haus eigentlich nicht aufbringen konnten - und so entstand der „Subprime-Sektor“. Da die Haus- und Grundstückspreise über Jahre gestiegen waren, orientierten sich die Kreditgeber nicht an der Leistungsfähigkeit der Kunden, sondern an weiteren erwarteten Preissteigerungen. Es wurden Kredite mit variablem Zins vergeben, Zins und Tilgung wurden sogar gestundet, in der Erwartung, die Zahlungen aus künftigen Wertsteigerungen zu ermöglichen. Man kann das kriminell nennen, es war aber legal und führte zu hohen Provisionen bei den Kreditvermittlern. Die Banken, die diese Kredite vergeben hatten, behielten diese zusätzlich nicht in ihrem Geschäftsbereich, weil dadurch Eigenkapital gebunden worden wäre. Sie bündelten diese Forderungen vielmehr zu Wertpapieren und verkauften diese an Investoren, für die dieses wiederum ein lukratives Geschäft war.

Trickreich wurden in einem nächsten Schritt gute und weniger gute Kredite gebündelt. Man rechnete im Hinblick auf die üblichen Ausfallwahrscheinlichkeiten das Bündel schön, die Ratingagenturen gaben ihm Bestnoten („Triple A“) und die Investoren kauften gerne die aus Subprime-Hypotheken - das heißt minderwertigen Hypotheken - zu hochwertigen Wertpapieren mutierten, derivativen Wertpapiere. Die wurden nun immer wieder neuverpackt und weiterverkauft - OTC, d.h. nicht an der Börse, sondern über den Tresen -, an andere Banken Hedgefonds, Pensionsfonds usw., bis keiner mehr durchblickte, wer was hatte. Das Risiko war so über die Welt verteilt.

Die Blase schwoll an. Alles hing davon ab, dass die Hauspreise tatsächlich immer weiter stiegen. Und das Problem wurde verschärft dadurch, dass die Investmentbanken ohne Eigenkapitaldeckung aus kurzfristigem Geld langfristige Kredite machten. Das tat z.B. auch die Hypo Real Estate bzw. ihre weitgehend im rechtsfreien Raum agierende irische Dependence. Mit im vom Kentern bedrohten Boot waren auch die Versicherungen, hatten doch die Banken bei ihnen Kreditausfallversicherungen abgeschlossen. Wie zu erwarten, platzte eines Tages die Blase: die Hauspreise stiegen nicht mehr. Es kam zu Kreditausfällen. Zusätzlich führten steigende Zinsen zu Zahlungsbelastungen der Hauseigentümer. Die steigenden Verkaufsangebote und auch andere Zwangsvollstreckungen führten zu fallenden Immobilienpreisen. Aus der Subprime-Krise war ein massives soziales Problem geworden.

### Drohender Kollaps des Finanzsystems

Durch den tatsächlichen und befürchteten künftigen Ausfall von Subprime-Krediten geriet nun auch das ganze künstliche Gebäude der daraus entwickelten Wertpapiere ins Wanken. Aus der Hypothekenkrise

<sup>5</sup> Zu Details vgl.: Wie sicher ist unser Geld - Die Krise der Finanzmärkte. Sozialimpulse, Heft 2/2008.

wurde eine weltweite Finanzkrise. Vermeintlich sichere Wertpapiere waren über Nacht unverkäuflich, ihre Abwertung führte die Banken in die Überschuldung. Die allgemeine Unsicherheit, vor allem der Pleite der Bank „Lehman Brothers“, führten dazu, dass keine Bank der anderen mehr Geld leihen wollte - aus Angst, von einem möglichen Konkurs mitgerissen zu werden. Zwischen Überschuldung und Illiquidität drohte tatsächlich die „Kernschmelze“ des Finanzsystems.

Die Notenbanken pumpen Liquidität in das System, um das Austrocknen der Geldströme zu verhindern. Man sicherte „systemrelevante“ Banken mit Staatsgarantien ab oder ermöglichte ihnen durch Staatsbürgschaften, neue Kredite aufzunehmen. Unternehmen wurden mit Staatsgeld mit neuem Eigenkapital ausgestattet. Die beiden großen US-Immobilienfinanzierer Fanny Mae und Freddie Mac in den USA wurden in Staatshandübernommen. Es galt: Too big to fail. Wer groß genug ist, durfte und darf auf Rettung hoffen. Als die Finanzkrise auf die Realwirtschaft durchschlug, beschloss man in einem zweiten Schritt, mit Konjunkturprogrammen den Einbruch der Produktion und Beschäftigung zu mildern. Das ist die augenblickliche Situation. Es sieht scheinbar so aus, als zeigten diese Maßnahmen eine positive Wirkung.

Manche meinten schon vor der Lehman-Pleite, das Schlimmste sei überstanden. Heute sprechen viele auch schon wieder ähnlich. Aber Vorsicht ist geboten. Die nächste Blase, die platzen könnte, ist die Kreditkartenblase. 4-5 Kreditkarten besitzt ein durchschnittlicher US-amerikanischer Haushalt. Die Sparquote war lange negativ, im Moment liegt sie bei 6%: ein Krisenspareffekt. Auch die Kredite auf die Karten wurden verbrieft, gebündelt und über die Welt verteilt und werden jetzt notleidend. Während man die Banken entschuldete, gab es kein Entschuldungsprogramm für Kreditnehmer in einem nennenswerten Umfang. Die einzelnen Menschen sind offensichtlich nicht systemrelevant.

## Staatsfonds und globale Währungsverhältnisse

Die Instabilität des Finanzsystems ist jahrelang durch die wachsenden Ungleichgewichte zwischen den großen Volkswirtschaften verstärkt worden. Immer größer ist der Exportüberschuss Chinas im Verhältnis zu den USA geworden. China nahm auf diese Weise mehr ein, als es ausgab und musste den USA Kredit geben, damit diese in China weiter kaufen konnten. Viele Jahre hat man US-Schatzanweisungen gekauft, die ansehnlich verzinst wurden. Angesichts der großen Schwäche der US-Ökonomie werden aber die Chinesen jetzt nervös. Sie sind dazu übergegangen, über Staatsfonds lieber gleich Unternehmen, Boden und Rohstoffe zu kaufen. Und die Russen und die Ölstaaten verhalten sich ähnlich. Dadurch kommt der Dollar weiter unter Druck. Die USA wünschen sich nun eine Aufwertung der chinesischen Währung, die Chinesen verlangen die Ablösung des Dollars als Weltverrechnungswährung, Handelsstreitigkeiten werden akut.

Da entspinnt sich ein Konflikt. Er wird sich in dem Maße noch verstärken, in dem die Binnennachfrage

im riesigen China durch das Wirtschaftswachstum so gestiegen sein wird, dass die Exporte nicht mehr so existenziell wichtig sind wie heute und das Interesse an der Stabilität der US-Ökonomie sich dadurch abschwächt. Schon fordert der Chef der chinesischen Notenbank, den Dollar als Leitwährung zu ersetzen und eine Weltwährung zu schaffen, wobei er sich direkt auf den Bancor-Plan bezieht, den Keynes 1944 in Bretton Woods vorgeschlagen hatte und mit dem er sich damals gegen die USA nicht durchsetzen konnte. Obama wird sich auf der nächsten G20-Konferenz in Pittsburgh Ende September gewiss mit aller Macht dagegen wehren, dass das Thema auf die Tagesordnung kommt. Auf die Dauer wird dieser Widerstand aber nichts nützen. Es wird zu einer Neuordnung kommen müssen, sei es, dass die sogenannten Sonderziehungsrechte des Internationalen Währungsfonds zu einer globalen Verrechnungseinheit aufgewertet werden, sei es, dass sich Bernhard Lietaers Vorschlag, eine nicht durch die Staaten kontrollierte Weltwährung, den Terra, zu schaffen, - oder irgendein ähnlicher Plan durchsetzt.

Wer die Presse der letzten Wochen verfolgt hat, konnte feststellen, dass vielfach in den Finanzkreisen bereits wieder Business as usual läuft. Die Rettungsprogramme gelten dort als eine zwischenzeitliche Stabilisierungsaktion der Staaten, über die man möglichst bald wieder zur Tagesordnung übergehen will. Auch die globalen Konferenzen haben sich weitgehend nur an Symptomen abgearbeitet, wenn auch manche Maßnahmen sicherlich in die richtige Richtung weisen, wenn sie denn realisiert werden. Solange man immer noch auf die Selbstheilungskräfte des Marktes setzt und allenfalls den Staat als Korrektivinstanz ins Spiel bringt, wird man die tieferen Krisenursachen nicht beseitigen können. Das ist um so gefährlicher, als der erreichte Stand der Globalisierung dazu führt, dass ein Unglück an einem Punkt immer auf das Ganze durchschlägt.

## Voraussetzung einer Reform, die mehr sein soll als Symptombehandlung

Wenn es um eine wirkliche Änderung gehen soll, so müssen die folgenden vier Punkte angegangen werden:

1. Was sind die wirklichen und notwendigen Funktionen von Geld? Zu ihnen gehört gewiss nicht die selbstzweckhafte Geldvermehrung. Vielmehr müssen wir nach der Rolle des Geldes als Tauschmittel fragen (was die Frage nach dem gerechten Preis einschließt) sowie die Rolle des Kredits und der Schenkung einbeziehen. Die Kategorie Schenkungsgeld ist für die meisten Ökonomen und Laien heute noch völlig dunkel. Und die Deckung des Geldes sind letztlich die Leistungen, die durch menschliche Arbeit und Intelligenz ökonomisch hervorgebracht werden. Deshalb ist auch der Rückweg zur Golddeckung, obwohl er die spekulative Geldvermehrung durch die natürliche Knappheit des Goldes zu begrenzen scheint, keine wirklicher Ausweg.

2. Wir dürfen das Problem der Scheinmärkte nicht ausklammern. Nur Güter- und Leistungsmärkte sind

funktional notwendig und berechtigt. Kapitalmarkt, Bodenmarkt und Arbeitsmarkt sind eigentlich eine Anomalie, weil hier keine reproduzierbaren Güter gehandelt werden, sondern Rechte (um nur einen Aspekt zu nennen). Boden darf nicht käuflich sein. Dass man Bodenkredite gegeben hat statt Personalkredite, ist eine strukturelle Ursache der Krise. Ein Haus ist ein Konsumgut, der Boden ist es nicht. Und Unternehmen, Produktivkapital, darf nicht verkäuflich sein. Ein Auto ist ein Konsumgut, eine Autofabrik ist es nicht. Bei Unternehmen und Boden geht es um die Übertragung von Nutzungsrechten, nicht um Verkauf und Kauf. Die Stauung von Geld in Boden und Produktionsmittel ist sozial schädlich.<sup>6</sup>

3. Die heutigen Märkte sind weitgehend vermachet. Der Versuch, den ursprünglichen Markt mit freier Konkurrenz der vielen Kleinen wiederherzustellen, ist zum Scheitern verurteilt, schon weil Konzentration und Zentralisation gerade das Ergebnis jener Konkurrenz waren. Wir müssen deshalb die Steuerung der Realwirtschaft durch den Markt hinterfragen, ohne den Markt planwirtschaftlich ganz ausschalten zu dürfen. Zu fragen ist nach einer anderen bewussteren Form der Koordination von Angebot und Nachfrage, nach der partnerschaftlichen Zusammenarbeit von Produktion, Handel und Konsumenten. Wir nennen das assoziative, kooperative oder solidarische Ökonomie.

4. Müssen wir uns weiter mit der Maklerrolle der Banken befassen. Nur Banken, die Mittler sind, werden vernünftig und heilsam agieren können. Das Unternehmen kann Kredit bekommen, die Kreditgeber können am Ertrag beteiligt werden. Es gibt jedoch keinen funktionalen Grund, warum das Geld, das sie geben, zu Eigenkapital und damit zum vermögensrechtlichen Eigentum am Unternehmen werden muss. Werden Formen solidarischen Risikoausgleichs entwickelt, so wird sich die Frage des Eigenkapitals entspannen. Das entscheidende Eigenkapital eines assoziativ eingebundenen Unternehmens sind die Fähigkeiten seiner Mitarbeiter. Damit verbunden ist die Frage, wofür die Realwirtschaft eigentlich Kredit braucht, um Bedürfnisse zu befriedigen oder um Renditen zu generieren?

Assoziative Wirtschaft ist ein Ansatz, der durch die Schaffung von Begegnungs- und Beratungsflächen zwischen den Marktteilnehmern gestattet, Bewusstsein, Moral und Verantwortung in die Wirtschaftsprozesse hineinzubringen. Daher kann dann darauf verzichtet werden, der Ökonomie eine Ethik von außen zu verordnen.

<sup>6</sup> Vgl. Udo Herrmannstorfer: Scheinmarktwirtschaft. Arbeit, Boden, Kapital und die Globalisierung der Wirtschaft. Praxis Anthroposophie 6. Stuttgart, 3. Aufl. 1997.

## Beschlüsse der Finanzgipfel der G20

„Die Börse ist dazu da, Leute, die eine Idee haben, zusammenzubringen mit Menschen, die das Geld haben, um diese zu verwirklichen“, sagt der Börsenmakler Dirk Müller („Mister Dax“). Aber Börsengänge habe es kaum gegeben in letzter Zeit. Das meiste Geld fließe in die Derivate, weil Banken und Anleger sich dort schnellere Gewinne erhofften. Am schlimmsten seien Derivate auf Lebensmittel, mit denen die Preise so hochgetrieben würden, dass sich die Armen der Welt kaum noch etwas zu essen leisten könnten. „Derivate sind nichts anderes als Wetten, kein Arbeitnehmer, kein Unternehmen hat etwas davon - mit Ausnahme der Banken.“ Man wolle eine höhere Rendite als die Realität hergebe. (Mister Dax, Sonntag aktuell, 8.3.09) Dirk Müller hat seine Auffassungen in dem Buch „C(r)ashkurs - Weltwirtschaftskrise oder Jahrhundertchance“, München 2009 ausführlich dargestellt und kommt dabei u.a. zum Ergebnis, dass „ein System auf der Basis von Zins und Zinseszins nicht dauerhaft funktionieren kann“ (S. 195). Vgl. auch [www.cashkurs.com](http://www.cashkurs.com)

„Die Börse ist dazu da, Leute, die eine Idee haben, zusammenzubringen mit Menschen, die das Geld haben, um diese zu verwirklichen“, sagt der Börsenmakler Dirk Müller („Mister Dax“). Aber Börsengänge habe es kaum gegeben in letzter Zeit. Das meiste Geld fließe in die Derivate, weil Banken und Anleger sich dort schnellere Gewinne erhofften. Am schlimmsten seien Derivate auf Lebensmittel, mit denen die Preise so hochgetrieben würden, dass sich die Armen der Welt kaum noch etwas zu essen leisten könnten. „Derivate sind nichts anderes als Wetten, kein Arbeitnehmer, kein Unternehmen hat etwas davon - mit Ausnahme der Banken.“ Man wolle eine höhere Rendite als die Realität hergebe. (Mister Dax, Sonntag aktuell, 8.3.09) Dirk Müller hat seine Auffassungen in dem Buch „C(r)ashkurs - Weltwirtschaftskrise oder Jahrhundertchance“, München 2009 ausführlich dargestellt und kommt dabei u.a. zum Ergebnis, dass „ein System auf der Basis von Zins und Zinseszins nicht dauerhaft funktionieren kann“ (S. 195). Vgl. auch [www.cashkurs.com](http://www.cashkurs.com)

„Die Börse ist dazu da, Leute, die eine Idee haben, zusammenzubringen mit Menschen, die das Geld haben, um diese zu verwirklichen“, sagt der Börsenmakler Dirk Müller („Mister Dax“). Aber Börsengänge habe es kaum gegeben in letzter Zeit. Das meiste Geld fließe in die Derivate, weil Banken und Anleger sich dort schnellere Gewinne erhofften. Am schlimmsten seien Derivate auf Lebensmittel, mit denen die Preise so hochgetrieben würden, dass sich die Armen der Welt kaum noch etwas zu essen leisten könnten. „Derivate sind nichts anderes als Wetten, kein Arbeitnehmer, kein Unternehmen hat etwas davon - mit Ausnahme der Banken.“ Man wolle eine höhere Rendite als die Realität hergebe. (Mister Dax, Sonntag aktuell, 8.3.09) Dirk Müller hat seine Auffassungen in dem Buch „C(r)ashkurs - Weltwirtschaftskrise oder Jahrhundertchance“, München 2009 ausführlich dargestellt und kommt dabei u.a. zum Ergebnis, dass „ein System auf der Basis von Zins und Zinseszins nicht dauerhaft funktionieren kann“ (S. 195). Vgl. auch [www.cashkurs.com](http://www.cashkurs.com)

„Die Börse ist dazu da, Leute, die eine Idee haben, zusammenzubringen mit Menschen, die das Geld haben, um diese zu verwirklichen“, sagt der Börsenmakler Dirk Müller („Mister Dax“). Aber Börsengänge habe es kaum gegeben in letzter Zeit. Das meiste Geld fließe in die Derivate, weil Banken und Anleger sich dort schnellere Gewinne erhofften. Am schlimmsten seien Derivate auf Lebensmittel, mit denen die Preise so hochgetrieben würden, dass sich die Armen der Welt kaum noch etwas zu essen lei

195). Vgl. auch [www.cashkurs.com](http://www.cashkurs.com)

## Kaufgeld

Die funktionellen Formen des Geldes können an dieser Stelle nur skizziert werden.<sup>7</sup> In seiner Funktion als Kaufgeld vermittelt Geld den Tausch der Güter und Leistungen und macht sie miteinander vergleichbar, was erst die Vertiefung der Arbeitsteilung und die mit ihr verbundene Produktivitätssteigerung möglich macht. Die Früchte dieser Produktivität werden zwar heute nicht wirklich gerecht verteilt, bilden aber dennoch die objektive Basis, die die Forderung nach einer Verbesserung der Lebenslage aller Menschen realistisch macht. Es ist wichtig, dass der Prozess von Kaufen und Verkaufen im Fluß bleibt und sich dafür der Rhythmus von Kauf und Verkauf in der richtigen Weise überlappt. Dies gelingt nur, wenn die Preise ökonomisch richtig und sozial gerecht sind. Darauf hinzuwirken ist die Aufgabe assoziativer Gestaltung, wobei nicht *eine* absolute Richtigkeit gemeint ist, sondern das immer neue sich Herantasten an den richtige Ausgleich der Leistungs- und Lebensverhältnisse.

Fair Trade ist ein Schritt in diese Richtung. Auch die gegenwärtige Auseinandersetzung über den Milchpreis zeigt das Problem. Dabei wird aber schnell deutlich, dass man gerechte Preise nicht einfach fordern kann, sondern die Verhältnisse so gestalten muss, dass sie möglich werden. In diesem Fall würde das z.B. bedeuten, sich gemeinsam um die richtige Steuerung der Milchmenge zu kümmern, damit ein preiszerstörendes Überangebot gar nicht erst aufkommen kann. Auch der Konsument darf nicht bloß fordern, sondern muss sich verantwortlich verhalten. Wie kann er sich mit dem Handel zusammenschließen? Und wie kann der Handel seine Mittlerrolle finden und Eigeninteressen, die heute dominieren, zurückstellen. Wie spontan wollen wir kaufen, wieweit kann durch eine Art Subskriptionsprinzip eine größere Verbindlichkeit und Stetigkeit entstehen?

Eine andere Frage, die die Kaufgeldebene betrifft, ist die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe durch Regionalwährungen. Hier versuchen Menschen, Kaufgeld anders zu verwalten als heute üblich. Auch neue Unternehmensformen, wie die Regionalwert AG im Freiburger Raum - bei der eine bestehende Rechtsform gemeinwesenorientiert umgeschmolzen wurde - sind ein wichtiger Ansatz. Interessant sind auch die Erfahrungen des WIR-Rings in der Schweiz, der einen gestaltbaren Verrechnungskreislauf darstellt.

## Leihgeld

Eine weitere funktionelle Form nimmt, wie wir bereits an anderer Stelle gesehen haben, Geld dadurch an, dass es nicht zum Kaufen, sondern zum Leihen verwendet wird. Beim Kaufgeld, das heißt in der Tauschwirtschaft, sind Geld und Leistung immer verschränkt: Ich bekomme für das Geld die Ware. Das Geld ist dadurch immer gedeckt. Beim Leihgeld verändert sich das radikal. Der Unternehmungsgeist, der in die Zukunft ausgreift, bedarf in der Gegenwart des Geldes, das erst in der Zukunft Frucht bringen soll. Es geht also um die Über-

brückung eines Zeitabstands. Der Leistungsort ist die Zukunft. Das hat immer etwas an sich von Verlustrisiko und vom Prinzip Hoffnung. Die Deckung ist jetzt keine unmittelbare mehr, sondern sie liegt in den Fähigkeiten des Kreditnehmers. Aus der Tauschwirtschaft kommen wir in die Fähigkeitenwirtschaft.

Man sieht: das ist jetzt die historische Stunde der Banken. In Venedig, in Holland, in England entstanden große Bankinstitute, die die Verwaltung des Leihgeldes übernahmen. Damit entstanden viele neue Fragen: Was wird finanziert, von wem wird es finanziert, wieviel Kredit gibt es, wer trägt das Risiko, bekommt der Geldgeber einen Zins und wenn ja, in welcher Höhe? Der Geldbedarf wird durch den expandierenden Kapitalismus immens. Das Geld wird generiert einerseits aus Sparguthaben, zu einem gewissen Teil kann es auch aus kurzfristiger Liquidität von Unternehmen kommen. Ein wachsender Teil wird aber frei geschöpft, als „Fiat Money“.

1694 wurde die britische Notenbank gegründet. Ein schottischer Kaufmann schlug vor, „durch eine Gläubigergemeinschaft der Regierung ein Darlehen von 1,2 Millionen Pfund gegen 8 Prozent Zinsen zu gewähren. Im Gegenzug sollten die Zeichner als Direktoren und Anteilseigner zur neuen Gesellschaft Bank of England vereinigt werden und letztere das Recht erhalten, in Höhe des Darlehens Banknoten auszugeben und Bankgeschäfte zu betreiben. Nach demselben Vorschlag Patersons wurde gleichzeitig auch die Bank von Schottland gegründet, welche Bankier der schottischen Regierung sein sollte.“<sup>8</sup>

Mit der Entwicklung des Bankwesens und der Entstehung der Notenbanken, die Schuldscheine des Staates - Banknoten - herausgeben, entsteht die Frage nach der Deckung dieses Geldes. Die Golddeckung war eine Antwort darauf, die aber spätestens 1971 obsolet wurde, als die Golddeckung des Dollars fiel. Allerdings gibt es bis heute Menschen, die wie der nonkonformistische konservative US-Politiker Ron Paul von der Wiedereinführung der Golddeckung eine wohlwollig begrenzende Wirkung auf die Geldmenge erwarten. Das Problem von „FIAT-Money“ kann hier nur gestreift werden.<sup>9</sup> Zur seriösen Banktechnik gehört in jedem Fall ein synchronisierendes Vorgehen. Kurzfristige Geldbeschaffung etwa über Zertifikate für langfristige Kredite kann - wie die jüngste Krise zeigt - nur ins Verderben führen.

Beim Leihgeld haben wir es mit einer neuen Qualität der Individualisierung zu tun. Der moderne Mensch bekommt im Leihgeld Zugang zu den

<sup>8</sup> Wikipedia [http://de.wikipedia.org/wiki/Bank\\_of\\_England](http://de.wikipedia.org/wiki/Bank_of_England)

<sup>9</sup> Udo Herrmannstorfer schreibt dazu im Kapitel „Zur sozialen Bewältigung des Geldwesens in seinem Buch „Scheinmarktwirtschaft“: „Eigentlich müßte man auch beim Produktionskredit zwischen zwei Kreditzwecken unterscheiden. Die langfristigen Investitionen sollten dabei aus langfristigem Spargeld finanziert werden, die Betriebskredite dagegen können aus dem Bankenprozeß heraus geschöpft werden. Wird umgekehrt verfahren, so löst sich entweder der Spargeldstau nicht auf, weil unmittelbar neues Kaufgeldbedürfnis entsteht, oder aber es tritt tatsächlich ein starker und langfristiger Inflationstrend auf, weil die ausgleichende Produktionsmenge zu spät realisiert wird.“

<sup>7</sup> Vgl. Scheinmarktwirtschaft, a.a.O.

Mitteln, mit denen er Initiative entfalten kann. Es geht um Wagen, Entdecken, Schaffen von Etwas, was einer Vorfinanzierung bedarf. Daher ist der Begriff „Schulden“ hier nur bedingt richtig. Anders als beim Konsumkredit, mit dem schlicht die Zukunft verfüttert wird, wird durch Produktionskredit Zukunft geschaffen. Unternehmerische Intelligenz für andere in einer arbeitsteiligen Wirtschaft wirksam werden zu lassen, das ist der Kern. Dass diese Geste vielfach nicht zustande kommt, überlagert wird durch die Geste der Instrumentalisierung von Intelligenz im Dienste egoistischer Ausbeutung und durch die Verkäuflichkeit der Produktionsmittel, die zu privaten Vermögensgegenständen werden, darf nicht dazu führen, dass übersehen wird, was hier eigentlich an die Oberfläche drängt und werden will.

Zu den pathologischen Zerrformen des Kapitalismus gehört das Paradigma, dass Geld eine Ware sei, mit einem Preis, dem Zins, der als abstrakter Anspruch des Geldes immer bedient werden muss. Die Exponentialfunktion des Zinseszinses erzeugt einen sozialschädlichen Umverteilung, macht Wachstum karzinomhaft. Eine Beteiligung des Geldgebers am realen Mehr, am Ertrag ist etwas anderes. Wieweit sie sinnvoll ist, ergibt sich aus rechtlichen Überlegungen, nicht aus ökonomischen Zwängen.

Angesichts der Krise ist die Sensibilität dafür gewachsen, dass die Rolle der Banken überdacht werden muss. Social Banking, wie es die GLS Gemeinschaftsbank und ähnliche Institutionen betreiben, gewinnt an Anziehungskraft. Auch die Mikrokreditbewegung stellt einen großen Beitrag zur Teilhabe von Menschen in den armen Ländern des Südens an der gesellschaftlichen Entwicklung dar und hat in zahlreichen Ländern große Wirkungen entfaltet.

## Schenkengeld

Etwas ausführlicher wollen wir uns hier noch dem Schenkengeld widmen, denn seine Bedeutung wird vielfach verkannt. Dabei wäre das Heranwachsen der Menschen gar nicht möglich ohne die Schenkung durch die Eltern und teilweise die Gesellschaft, die die Entwicklung des jungen Menschen ermöglicht, ohne Gegenleistung, Rückzahlung, Verzinsung usw. zu verlangen. Schenkungsgeld schafft Potenzial, aber keine Rendite.

Schenkungsgeld ergibt sich aus Überschüssen. Gewöhnlich denken wir da an Almosen, die man geben kann oder auch nicht. Dass Schenkungsgeld eine zentrale Kategorie unserer Ökonomie ist, ist den wenigstens klar. Dabei handelt es um nicht einfach um individuelles Schenken, sondern um gesellschaftliches. Wenn Bill Gates Milliarden stiftet, ist damit noch keineswegs die Kategorie der „volkswirtschaftlichen Schenkung“ (Rudolf Steiner) abgedeckt. Was er fördert, resultiert aus seiner persönlichen Wertschätzung, ganz abgesehen davon, wie die Milliarden, etwa durch Marktmacht, generiert wurden. Persönliche Schenkungen und Stiftungen sind wichtig und es ist gut, dass der Staat dazu animiert, indem er die steuerliche Absetzbarkeit dafür gewährt.

Wenn wir sagen, die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts von Deutschland ist mit Schenkengeld finanziert, klingt das unglaublich. Aber das Geld für Soziales, für Gesundheit, Alterssicherung, Pflege, Bildung, Erziehung, Forschung, Kultur, für die Staatstätigkeit usw. ist kein Kaufgeld. Wir verleihen es auch nicht. Das es Schenkungsgeld ist, wird allerdings verdunkelt durch das Faktum, dass wir es in Form von „Zwangsschenkungen“ generieren. Steuern sind solche „Zwangsschenkungen“.

Es handelt sich nämlich um Zahlungen ohne bestimmte Gegenleistung. Ich kann nicht zum Finanzamt gehen und sagen: Macht das und das mit meinen Steuern und jenes nicht! Die Ökonomen sprechen da vom Non-Affektationsprinzip: Die Gesamtheit der Steuern - von der Mehrwertsteuer über die Einkommenssteuer bis zur Mineralölsteuer - deckt die Gesamtheit der Ausgaben. Es ist kein Kredit für Investitionen, der zu verzinsen und zu tilgen wäre, es ist auch kein Kauf öffentlicher Leistungen. Ein Teil der Wertschöpfung wird durch den Staat einbehalten und ausgegeben zum Beispiel für Lehrerinnen, Professoren, Pfarrer, Künstler und Erfinderinnen. Sie alle brauchen Schenkengeld. Was sie leisten, bezahlen wir nicht im gewöhnlichen Sinne, wir ermöglichen es. Aber es kommt nicht direkt zu uns zurück. Wir haben den Staat ermächtigt, uns das erst einmal wegzunehmen. Damit wird finanziert, was wir oft vergessen, und deshalb übersehen wir, dass es überhaupt etwas mit Schenkung zu tun hat. Wir versuchen denn auch, uns durch steuerliche „Gestaltung“ dem Schenken soweit es geht zu entziehen.

In der Tat wäre es besser, wenn wir schon bei der Entstehung diese Mittel abgäben und deshalb vorher bewusst darüber verständigten, was es an Schenkengeld in der Gesellschaft braucht. Je mehr Freiwilligkeit im Schenken erlebt wird, im Großen und im Kleinen, umso größer das Potenzial der Schenkung. Der heutige Zwangsschenkungsmechanismus führt nur zu oft zu einer inhaltlichen Bestimmung des Staates über die finanzierten Gebiete - z.B. das Schul- und das Gesundheitswesen - und damit zur Beschneidung kreativer Freiheit, wo es sich eigentlich nur um eine die Freiheit schützende Rechtsaufsicht handeln dürfte.

Zuletzt mache man sich klar: Das Verschenkte ist zwar weg von mir, aber es bleibt in der Gesellschaft vorhanden. Die Bezieher von Schenkungsgeld investieren nicht, sie essen, trinken, wohnen, reisen usw., d.h. sie verwandeln das Schenkengeld wieder in Kaufgeld. Damit wird zugleich verhindert, dass es sich staut und virtuelle Blasen wirft, die dann wiederum zu Zusammenbrüchen führen. Der organische Kreislauf des Geldes schließt sich, der Geldprozess kann gesunden. Deshalb ist es so wichtig, die Kategorie des Schenkungsgeldes in den Blick zu nehmen und die Schenkung schrittweise aus der staatlichen Umklammerung lösen.

# Europa in der Demokratie-Krise

## Nach der Europawahl und vor dem wiederholten Referendum in Irland: Betrachtungen zum Verfassungsgerichts-Urteil über den EU-Reformvertrag

*Wilhelm Neurohr*

Hinter uns liegt die Europawahl vom 7. Juni mit extrem niedriger Wahlbeteiligung von 43%, gefolgt vom bemerkenswerten Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 30. Juni über das Demokratie-Defizit der EU - mit entlarvenden Reaktionen aus Politik und Medien dazu, obwohl sie gerade eine verfassungsrechtliche Nachhilfestunde in Demokratie erteilt bekommen hatten. Einstweilen liegt der Lissabonner Reformvertrag auf Eis, denn der Ratifizierungsprozess ist damit vorerst gestoppt.

Der deutsche Bundestag hat daher eilig Beratungen des Bundestages zur verfassungskonformen Nachbesserung des verfassungswidrigen Begleitgesetzes zum Lissabonner Reformvertrag angesetzt. Denn er musste nach den Ohrfeigen aus Karlsruhe nachsitzen - und hatte sich dazu selber unter Zeitdruck gesetzt bis zum September 2009, mit Unterbrechung durch die Sommerpause, um zu ermöglichen, dass der EU-Reformvertrag „spätestens“ Anfang 2010 in Kraft treten kann (ursprünglich sollte er schon Anfang 2009 rechtskräftig sein...).

Die 4 (neuen) überarbeiteten Begleitgesetze sind inzwischen - gegen die Stimmen der Linkspartei - mit großer Mehrheit verabschiedet worden und der Bundesrat hat einstimmig zugestimmt hat. Inhaltlich ist der Umsetzungsversuch der Verfassungsvorgaben halbherzig und unbefriedigend geraten. Ob weitere Verfassungsklagen angestrengt werden, weil die Gesetze den Anforderungen des Gerichtsurteils nicht in vollem Umfang genügen, bleibt anzuwarten.

Vor uns liegt noch das ausstehende wiederholte Referendum in Irland voraussichtlich am 2. Oktober, denn das irische Volk hatte am 13. Juni 2008 den Herrschenden nicht das gewünschte zustimmende Abstimmungsergebnis zum Lissabonner EU-Reformvertrag geliefert und soll dies nun gefälligst nachholen. Solange wollen auch

Tschechien und Polen ihre abschließende Ratifizierung noch aussetzen. Europa in der Dauerkrise - eine Krise der Demokratie in einem „vormundschaftlichen Superstaat“, der seine zentralstaatliche Vollmacht mittels „Staatstreik“ statt durch demokratische Legitimation ausweitet? Scheitern die Betreiber des wünschenswerten europäischen Integrationsprozesses an ihren eigenen Demokratiedefiziten und Machtansprüchen? Welche Auswege gibt es aus der europäischen Demokratie-Krise? Von welchem Demokratieverständnis lassen wir uns in Zukunft leiten?

### Das demokratische System darf durch die EU nicht ausgehöhlt werden

Der europäische Einigungsprozess darf nicht dazu führen, dass das demokratische System Deutschlands ausgehöhlt wird, so lautete der Weckruf aus Karlsruhe: Die eklatanten Defizite an Demokratie in der EU tasten den Kerngehalt der Verfassungsidentität unseres Grundgesetzes an, dessen 60-jährige Bewährung alle Politiker gerade erst feierlich hervorgehoben haben - so lautet die eigentliche zentrale Feststellung des Bundesverfassungsgerichtes vom Juni 2009 in seinem 150-seitigen einstimmigen Urteil zum umstrittenen Lissabonner EU-Reformvertrag (vormals EU-Verfassungsentwurf). Die darin erweiterten Befugnisse der EU sind zwar nicht grundgesetzwidrig, weil die Übertragung von Hoheitsrechten auf zwischenstaatliche Einrichtungen wie die EU in bestimmten Grenzen zulässig ist. Aber im Begleitgesetz müssen Bundestag und Bundesrat ihre Beteiligungs- und Kontrollrechte stärker verankern und wahrnehmen, seitdem 84% aller Rechtsnormen und Gesetzesakte aus Brüssel (ohne wirksame demokratische Kontrolle und Beteiligungsverfahren) vorgegeben werden - bei gleichzeitiger (Selbst-) Entmündigung der demokratisch legitimierten Nationalparlamente: Nur noch 16% der Gesetze stammen originär aus dem Bundestag.

In Zukunft muss bei wichtigen Entscheidungen zur EU also erst der Bundestag eingeschaltet werden, damit nicht die Regierungsmitglieder als Exekutive völlig freie Hand bei Verhandlungen und Festlegungen in Brüssel haben, ohne parlamentarischen Auftrag und ohne demokratische Kontrolle. Die Bundesregierung wird gegenüber Brüssel künftig mehr an das Votum des Bundestages gebunden. Folglich hat Karlsruhe die völkerrechtliche Ratifizierung des verfassungswidrigen Begleitgesetzes gestoppt. Denn dieses Gesetz „über die Ausweitung und Stärkung der Rechte des Bundestages und des Bundesrates in EU-Angelegenheiten“ verdient seinen Namen nicht und wurde von Karlsruhe deshalb für verfassungswidrig erklärt.

In einer Demokratie kann die Exekutive nicht an die Stelle der Legislative treten; die Gewaltenteilung und das Subsidiaritätsprinzip können nicht aufgehoben werden; Zuständigkeiten dürfen nicht überschritten und nicht ohne weiteres verlagert werden. Die EU kann sich nicht als unkontrollierte Zentralinstanz verselbständigen, ohne dass vorher die Bürgerinnen und Bürger und deren gewählte Repräsentanten in den Mitgliedsstaaten wirksam beteiligt werden. Eine dicke Ohrfeige also für das mangelnde Verfassungs- und Demokratieverständnis der verantwortlichen Regierungs- und Parlamentspolitiker,

die davon unbeeindruckt die ausufernden Machtbefugnisse für Brüssel verteidigen und die schleichende Entmachtung des Bundestages als notwendige Konsequenz aus den weitreichenden gewollten Kompetenzverlagerungen nach Brüssel bezeichnen.

Das Volk als Souverän und dessen gewählte Abgeordnete als demokratisch legitimierte Repräsentanten müssen demokratischen Einfluss behalten auf die Entscheidungen und Rechtsetzungen ihrer Regierung und der EU-Gremien. Nur so können eingetretene Demokratiedefizite und Souveränitätsverluste oder Souveränitätsverzicht aufgefangen werden, lauten die unmissverständlichen Forderungen der Verfassungshüter. Deutschland darf den Vertragserweiterungen des EU-Reformvertrags erst dann beitreten, wenn die erweiterten Mitwirkungsrechte des Bundestages und Bundesrates verbindlich in Kraft getreten sind. Den Mitgliedsstaaten darf nicht der Spielraum für politische Gestaltung genommen werden: Über Krieg und Frieden, über Strafrecht und Polizei, über Einnahmen und Ausgaben, über Bildung, Medien und Religion muss im Wesentlichen weiterhin in Deutschland entschieden werden. Denn dieser Kernbestand an Grundrechten und kultureller Identität bleibt unveräußerlicher Teil der staatlichen Souveränität.

### **Die undemokratische EU ist ein Staatenverbund und kein Bundesstaat**

Allzu voreilig war insofern das hörbare Aufatmen in Berlin am 30. Juni, denn der Karlsruher Richterspruch, wonach der EU-Reformvertrag nach erheblich angewachsenen EU-Befugnissen gerade „noch“ mit den Vorgaben des Grundgesetzes vereinbar sei, begräbt in Wirklichkeit einen Brüsseler Traum: Nämlich den von einem Bundesstaat Europa ohne vorherige Willenserklärung des Volkes, in dem eines Tages die Mitgliedsstaaten herabsinken auf das Niveau mehr oder minder einflussloser Provinzen ohne demokratisches Mitspracherecht. Denn vor allem hat Karlsruhe folgendes klargestellt: Das deutsche Grundgesetz will zwar eine europäische Integration, diese muss jedoch auf der Grundlage souverän bleibender Mitgliedsstaaten erfolgen.

Das Grundgesetz erlaubt nicht den Beitritt zu einem europäischen Bundesstaat, weil dies gegen die Souveränität der Bundesrepublik verstoßen würde. Über einen solchen Verzicht auf die eigene staatliche Souveränität könnte nur unmittelbar das deutsche Volk in einer demokratischen Abstimmung entscheiden. Im Klartext: Die EU ist ohne ein solches Bürgervotum nach wie vor ein Vertragsverbund souveräner Staaten mit einem strukturellen, unauflösbaren Demokratiedefizit und kein übergeordneter Superstaat. Damit ist die EU als supranationale Organisation nur politischer Sekundärraum und kein eigenständiger souveräner Bundesstaat mit eigenen Staatsbürgern. Als staatsähnliches Gebilde mit fortbestehenden demokratischen Defiziten darf sich die EU nicht wie ein Staat gegenüber seinen Gliedern und Untertanen gebärden.

Der Lissabon-Vertrag darf nicht als versteckter Beitritt zu einem europäischen Bundesstaat interpretiert wer-

den. Die weiteren Integrationsschritte dürfen nicht die Gestaltungsfähigkeit der Mitgliedsstaaten aushöhlen und zur demokratie- und freiheitsgefährdenden Übertragung weiterer Befugnisse auf Brüssel führen. Und der Integrationsprozess darf nicht zu einer Aushöhlung des demokratischen Herrschaftssystems in Deutschland führen. Auch die Ewigkeitsgarantie des sozialen Rechtsstaates und des Föderalismus dürfen von der EU nicht ausgehöhlt werden. Das alles und noch viel mehr haben die Verfassungsrichter deutlich ausgeführt.

### **Europäischer Gerichtshof ignoriert demokratische Verfassungsrechte der Mitgliedsstaaten und ihrer gewählten Parlamente**

Und da die EU noch kein Bundesstaat ist, sondern vorerst ein Verbund souveräner Staaten bleibt, kann auch der (nicht legitimierte) EU-Gerichtshof nicht das deutsche Grundgesetz und das Bundesverfassungsgericht übergehen. Zur Erhaltung der demokratischen Selbstbestimmung und zur Wahrung der Wirksamkeit des Wahlrechtes ist es unverzichtbar, dass das Bundesverfassungsgericht darüber wacht, dass Brüssel seine eingeräumten Kompetenzen nicht überschreitet. Die Macht der EU-Kommission und die angemessenen Kompetenzen des EU-Gerichtshofes sollen also nach dem Willen der obersten deutschen Verfassungsrichter beschnitten werden. Denn der Europäische Gerichtshof hat mit immer erstaunlicheren Begründungen den Mitgliedsstaaten ureigene Kompetenzen entzogen und im Zweifel stets für Brüssel entschieden. Dazu ist er aber nicht befugt, denn er kann nicht das Demokratieprinzip im deutschen Grundgesetz und in anderen Nationalverfassungen aushebeln.

Es mangelt nämlich in der EU bei der Gestaltung der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Lebensverhältnisse und bei den Entscheidungen über die Lebensumstände der Bürgerinnen und Bürger sowie bei Militäreinsätzen oder beim Strafrecht an dem politisch und parlamentarisch organisierten öffentlichen Diskurs, wie er nur innerhalb der Mitgliedsstaaten geführt werden kann - so die Auffassung der deutschen Verfassungsrichter. Die Demokratie-Defizite verschwinden nicht etwa von ganz alleine, indem mit dem Lissabonner Reformvertrag den EU-Gremien noch mehr Rechte und Zuständigkeiten eingeräumt würden; aber die Einräumung hat weiteren Demokratie-Abbau für die Bürgerinnen und Bürger und deren Vertretern in den bisher zuständigen, nunmehr entmündigten Nationalparlamenten zur Folge.

Gemessen an den grundgesetzlichen Vorstellungen der parlamentarischen Demokratie ist das EU-Parlament undemokratisch: Es kann trotz erweiterter Kompetenzen nicht in die Rolle der Nationalparlamente einrücken, weil es sich um kein wirkliches Parlament handelt, das etwa eigene Gesetzesinitiativen ergreifen, wirksame Regierungskontrolle betreiben oder eigene Wahlvorschläge für die EU-Kommission einbringen könnte. Die Zusammensetzung des EU-Parlamentes entspricht nicht einmal dem demokratischen Gleichheitsgrundsatz beim Wahlverfahren, da die Wählerstimmen in den einzelnen Ländern völlig unterschiedliches Gewicht haben.

## Bundesverfassungsgericht: Leitsätze zum Urteil des Zweiten Senats vom 30. Juni 2009 (Auszug)

1. Das Grundgesetz ermächtigt mit Art. 23 GG zur Beteiligung und Entwicklung einer als Staatenverbund konzipierten Europäischen Union. Der Begriff des Verbundes erfasst eine enge, auf Dauer angelegte Verbindung souverän bleibender Staaten, die auf vertraglicher Grundlage öffentliche Gewalt ausübt, deren Grundordnung jedoch allein der Verfügung der Mitgliedstaaten unterliegt und in der die Völker - das heißt die staatsangehörigen Bürger - der Mitgliedstaaten die Subjekte demokratischer Legitimation bleiben.

2. a) Sofern die Mitgliedstaaten das Vertragsrecht so ausgestalten, dass unter grundsätzlicher Fortgeltung des Prinzips der begrenzten Einzelermächtigung eine Veränderung des Vertragsrechts ohne Ratifikationsverfahren herbeigeführt werden kann, obliegt neben der Bundesregierung den gesetzgebenden Körperschaften eine besondere Verantwortung im Rahmen der Mitwirkung, die in Deutschland innerstaatlich den Anforderungen des Art. 23 Abs. 1 GG genügen muss (Integrationsverantwortung) und gegebenenfalls in einem verfassungsgerichtlichen Verfahren eingefordert werden kann. [...]

3. Die europäische Vereinigung auf der Grundlage einer Vertragsunion souveräner Staaten darf nicht so verwirklicht werden, dass in den Mitgliedstaaten kein ausreichender Raum zur politischen Gestaltung der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Lebensverhältnisse mehr bleibt. Dies gilt insbesondere für Sachbereiche, die die Lebensumstände der Bürger, vor allem ihren von den Grundrechten geschützten privaten Raum der Eigenverantwortung und der persönlichen und sozialen Sicherheit prägen, sowie für solche politischen Entscheidungen, die in besonderer Weise auf kulturelle, historische und sprachliche Vorverständnisse angewiesen sind, und die sich im parteipolitisch und parlamentarisch organisierten Raum einer politischen Öffentlichkeit diskursiv entfalten.

4. Das Bundesverfassungsgericht prüft, ob Rechtsakte der europäischen Organe und Einrichtungen sich unter Wahrung des gemeinschafts- und unionsrechtlichen Subsidiaritätsprinzips [...] in den Grenzen der ihnen im Wege der begrenzten Einzelermächtigung eingeräumten Hoheitsrechte halten [...] Darüber hinaus prüft das Bundesverfassungsgericht, ob der unantastbare Kerngehalt der Verfassungsidentität des Grundgesetzes [...] gewahrt ist [...] Die Ausübung dieser verfassungsrechtlich radizierten Prüfungskompetenz folgt dem Grundsatz der Europarechtsfreundlichkeit des Grundgesetzes, und sie widerspricht deshalb auch nicht dem Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit [...] anders können die von Art. 4 Abs. 2 Satz 1 EUV-Lissabon anerkannten grundlegenden politischen und verfassungsmäßigen Strukturen souveräner Mitgliedstaaten bei fortschreitender Integration nicht gewahrt werden. Insoweit gehen die verfassungs- und die unionsrechtliche Gewährleistung der nationalen Verfassungsidentität im europäischen Rechtsraum Hand in Hand.

Verkündet am 30. Juni 2009. BVerfG, 2 BvE 2/08 vom 30.6.2009, Absatz-Nr. (1 - 421), [http://www.bverfg.de/entscheidungen/es20090630\\_2bve000208.html](http://www.bverfg.de/entscheidungen/es20090630_2bve000208.html)

## Trotz Ohrfeige für die Udemokraten: Politiker wollen sich beim Staatstreich nicht bremsen lassen?

Ein uneingeschränkter Vorrang des EU-Rechtes vor dem nationalen Verfassungsrecht, wie im Lissabonner Reformvertrag festgeschrieben, wird also nicht anerkannt. Folglich hat das Verfassungsgericht eine Reihe von Forderungen an den Bundestag als Gesetzgeber und als demokratische Kontrollinstanz gestellt. Doch sowohl Parlamentarier als auch Regierungspolitiker wollen den Auflagen und Empfehlungen der obersten Verfassungsinstanz nicht ohne weiteres folgen. Den vom Bundesverfassungsgericht auferlegten Verpflichtungen und Forderungen an den Bundestag zum Trotz wollen die Politiker in der EU-Politik am liebsten so weitermachen wie bisher, so ist aus den ersten Reaktionen und Äußerungen jedenfalls herauszulesen.

Das 150-seitige Urteil des Bundesverfassungsgerichtes war gerade verkündet und noch nicht ausgewertet, da riefen sich Regierungspolitiker der großen Koalition ebenso wie Parlamentarier der Bundestagsmehrheit sogleich jubelnd zum Sieger und die Kläger zu Verlierern aus - und die ihnen zugeneigten Medien verstärkten das große Aufatmen: Der umstrittene Lissabonner EU-Reformvertrag sei „rechtens“ und die EU damit gerettet! Alles könne so weitergehen wie bisher, das Hinterzimmer-Vertragswerk sei mit dem Grundgesetz angeblich vereinbar. In Wirklichkeit haben weder die Parlamentarier noch die Staats- und Regierungschefs das Vertragsdokument von etlichen Hundert Seiten (mit 300 Verweisen auf 3000 Regelungen in verschiedenen anderen Verträgen) gelesen, weil es unlesbar ist. Ein vom EU-Parlamentsausschuss für Konstitutions- und Verfassungsangelegenheiten einstimmig geforderter Konsolidierungstext, also eine leicht lesbare Fassung des Vertragstextes, die von jedem Bürger verstanden werden kann, war von den Staats- und Regierungschefs nicht gewollt.

Obwohl der ursprüngliche Titel „EU-Verfassung“ aus dem Vertragswerk gestrichen und dieses in den (weitgehend inhaltsgleichen) Lissabonner „EU-Reformvertrag“ umgetauft wurde, wird in dieser EU-„Ersatzverfassung“ weiterhin behauptet, dass die EU mit ihrem EU-Gerichtshof ein legitimes Verfassungssystem sei. Genau das aber haben die deutschen Verfassungsrichter verneint. Die Bundestagsabgeordneten wollten das alles gar nicht so genau wissen und auch nicht fein säuberlich unterscheiden. Jedenfalls hatten die Bundestagsfraktionen von SPD, CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen vor der Abstimmung zum Begleitgesetz einen Antrag der Linksfraktion auf Zugänglichkeit eines kompletten Gesetzesentwurfes mitsamt der konsolidierten Fassung des EU-Reformvertrages einmütig abgelehnt und die Antragsteller als „Europa-Gegner“ bezeichnet.

Was daraufhin ohne jede Bürgerbeteiligung (und ohne Kenntnis des inhaltlichen Wortlauts des Hunderte Seiten umfassenden Vertragswerkes) vom ahnungslosen Bundestag blindlings durchgewunken



worden war, was zuvor in Regierungshinterzimmern unter größter Geheimhaltung im Eiltempo umformuliert worden war - zu 90% ist der Reformvertrag inhaltsgleich mit dem von den Völkern in Frankreich und Niederlanden abgelehnten EU-Verfassungsvertrag - das sollte nun ein gelungener, weil verfassungsrechtlich abgesegneter Staatstreich sein?

## Europa der Kommissionen und Ministerräte statt Europa der Bürger?

Hat das Europa der Kommissionen, der Räte und Ministerräte über das Europa der Bürger damit gesiegt? Ist die schleichende Einführung des europäischen Bundesstaates durch die Hintertür ohne Bürgervotum und mit schrittweiser Entmachtung der deutschen Volksvertreter ein Sieg der Demokratie - oder eher vergleichbar mit dem Ermächtigungsgesetz von 1933, wie der Staatsrechtler Prof. Dr. Murswiek den Lissabonner Reformvertrag nach seinem Rechtsgutachten in der Süddeutschen Zeitung vom 17. April aufzeigte? Immerhin wurden bei der Abstimmung im Bundestag über den EU-Reformvertrag zugleich auch die Artikel 23, 45 und 93 des deutschen Grundgesetzes mit Zweidrittelmehrheit geändert, ohne zu wissen, wofür - allein im Vertrauen darauf, dass die EU schon den richtigen Weg einschlagen würde. Und die dem EU-Vertrag vorangestellte Grundrechte-Charta, auf die man die Vertragskritiker gerne verweist, kann von jedem Staat nach 5 Jahren durch einfache Regierungserklärung ohne Parlamentsbeschluss jederzeit gekündigt werden.

Sind die vor dem Verfassungsgericht klagenden Gegner einer solchen Entwicklung, von der linken Linkspartei bis zur rechten CSU, die ewig Gestrigen, die nationalistischen Europa-Gegner? Oder wie es andere Kommentatoren in den Medien vorsichtig andeuteten: Hängen auch die Verfassungsrichter einem überholten Demokratie- und Staatsmodell nach mit ihrer juristischen Grenzziehung „Bis hierhin und nicht weiter“? Sie halten die bisherigen Mitwirkungsrechte des deutschen Parlamentes für zu gering und beurteilten sie deshalb teilweise als verfassungswidrig. Vor Inkrafttreten des EU-Reformvertrages müssen erst die Mitwirkungsrechte von Bundestag und Bundesrat in Kraft sein.

Allerdings haben es die Verfassungsrichter nicht gewagt, einzelne (auch problematische) Kapitel des EU-Reformvertrages zu beanstanden - obwohl darin z.B. die im Grundgesetz verankerte Sozialverpflichtung des Eigentums in die uneingeschränkten Eigentumsverfügung umgekehrt wird, oder die unternehmerischen Freiheiten und der ungehinderte Finanz- und Kapitalverkehr Vorrang vor den sozialen Rechten erhalten. Aber die Richter haben in ihrer „Sternstunde des Bundesverfassungsgerichtes“ klare Vorgaben für die verfassungskonforme Auslegung des Vertrages in problematischen Bereichen (wie etwa der Sozial-, Innen- und Sicherheitspolitik) gemacht. Eine grundgesetzwidrige Auslegung und Anwendung ist damit untersagt - ohne den Vertrag als Ganzes verfassungsgerichtlich zu stoppen.

Und ohne Zustimmung des Parlamentes kann kein deutscher Minister als Vertreter der Exekutive durch bloßes Handzeichen im EU-Ministerrat mal eben eigenmächtig

Recht setzen: auch das wurde eindeutig klargestellt. Genau dagegen wehrten sich aber wenige Tage nach dem Urteil eine Reihe führender Politiker mit allerlei Argumenten - mit geringem Widerspruch einzelner Parlamentarier. Man muss die CSU in Bayern nicht mögen - aber sie hat nebst der Linkspartei am konsequentesten die Einbindung der Parlamente und der Bürger daraufhin gefordert und dazu auch den Konflikt mit der Kanzlerin im Wahlkampf nicht gescheut.

Die Volksvertreter im Parlament müssen aber auch ihre demokratischen Rechte und Pflichten wahrnehmen wollen, auf die sie bisher in Europa-Angelegenheiten vielfach in einem Akt der Selbst-Entmündigung verzichtet haben - bis hin zum bloßen Durchwinken des Lissabon-Vertrages ohne rechtzeitige und vollständige Vorlage - aus falsch verstandener Expertengläubigkeit und aus zweifelhaftem Demokratie-Verständnis. Selbst nach dem Spruch der Verfassungsrichter kam bei Parlamentariern Unmut auf über die zu erwartende Mehrarbeit und Mehrbelastung bei Erfüllung der Verfassungsvorgaben, die man am liebsten gleich wieder abschwächen würde. Es ist zu hoffen, dass im Herbst der nach dem 27. September neu gewählte Bundestag mit einer demokratischeren Einstellung an die Europafragen herangeht und durch eine entsprechende Grundgesetzänderung endlich Abstimmungen der Bürgerinnen und Bürger in wichtigen Europa-Fragen zulässt.

## Bedenkliche politische Reaktionen auf das Karlsruher Urteil

Die bisherigen Abgeordneten waren befangen in ihren Denkgebäuden: Muss nicht in einem modernen Europa zwangsläufig die „lupenreine Demokratie“ von gestern der europäischen (Super-)Staatsräson weichen, wegen der übergeordneten Integrations- und Binnenmarktziele und der Militärmachtpläne? Ist das althergebrachte europäische Demokratie- und Sozialstaatsmodell damit nicht überholt? Lässt sich ein europäisches Staatsgebilde mit fast 500 Millionen Menschen nur zentralistisch und dirigistisch steuern? Diese heiklen Zukunftsfragen der abgängigen Demokratie wurden politisch nicht klar gestellt und nicht vertieft, die Demokratiefrage nicht im Sinne der Bürger beantwortet und die eigentliche Zielfrage „Europa wohin?“ erneut verdrängt. Ein „anderes Europa“ als das undemokratische Brüsseler Konglomerat scheint für all jene undenkbar, die immer schon ihre gerade praktizierte Politik für „alternativlos“ erklärten. Als Chance für Korrekturen in der Ausrichtung der Europapolitik wurde das Karlsruher Urteil nur durch die klagende Linkspartei gesehen. Die ebenfalls klagende CSU verteidigte zuvorderst das wichtige Demokratieprinzip mit der Gewaltenteilung und das Subsidiaritätsprinzip - und ist hier den anderen demokratischen Parteien voraus, die in den Bayern eher EU-Skeptiker und damit sogleich „Gegner des Integrationsprozesses“ wittern.

Mittlerweile sind immer mehr Politiker dabei, rechtzeitig vor den Bundestagsberatungen die Vorgaben aus Karlsruhe abschwächen oder teilweise ignorieren und nicht befolgen zu wollen. Allein der unnötig gesetzte Zeitdruck während der parlamentarischen Sommerpause lässt keine gründlichen Beratungen zu. Schon bei der Anhörung in Karlsruhe hatte Außenminister

Steinmeier argumentiert, der Lissabonner Reformvertrag sei ohne Einschränkungen notwendig, um die „Handlungsfähigkeit der auf 27 Staaten angewachsene EU sicherzustellen“. Mehr Demokratie gefährdet die Handlungsfähigkeit der Staats- und Regierungschefs und ihrer Ministerräte? Nach dem Richterspruch zeigte er sich erleichtert, dass der Lissabon-Vertrag nicht neu verhandelt werden müsse und ratifiziert werden könne. Für die Bundeskanzlerin Angela Merkel war nach dem Karlsruher Spruch die grundsätzliche Zustimmung zum EU-Reformvertrag, den sie seinerzeit als EU-Ratspräsidenten maßgeblich mit vorangetrieben hatte, das Wichtigste, weil der Vertrag damit „eine wichtige Hürde genommen“ habe. Der Vertrag als Selbstzweck? Noch vor der Bundestagswahl solle das alte Parlament die erforderlichen Nachbesserungen zügig umsetzen.

Anhaltende öffentliche Diskussionen über europäische Demokratiefragen scheuen die Europapolitiker „wie der Teufel das Weihwasser“. Es mangelt der EU und den Regierungschefs an einem demokratischen Leitbild für Europa. Der noch amtierende EU-Präsident Barroso drängte sogleich auf eine „rasche Umsetzung“ des Abkommens in Deutschland und begrüßte die angebliche „Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz“. Der Vorsitzende des konstitutionellen Ausschusses im Europaparlament, Jo Leinen behauptete wahrheitswidrig und polemisch, der „Generalangriff der Kläger“ sei gescheitert und der Vertrag zu Lissabon sei „zu 100% mit dem deutschen Grundgesetz vereinbar“; deshalb sei der 30. Juni als Tag des Richterspruches „ein guter Tag für Europa“. Und der Leiter der Europaprojekte der lobbyistisch einflussreichen Bertelsmann-Stiftung begrüßte das Urteil mit seiner richterlichen „Wortbombastik“ als „ein Stück europäische Rechtsgeschichte,“ bei der es angeblich auch um das Thema „Souveränitätsverzicht“ gegangen sei.

Noch deutlicher wurde der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, der stellv. CDU-Bundesvorsitzende Jürgen Rüttgers: Das Demokratiedefizit der EU dürfe kein Hindernis für die „Vereinigten Staaten von Europa“ sein; dafür sei der Vertrag von Lissabon nur ein Anfang. Er verband diese Forderung mit massiver Schelte am Urteil des Bundesverfassungsgerichtes. Demokratie ist also nachrangig für Rüttgers, der in seinem Bundesland vor 2 Jahren auch die innerbetriebliche Demokratie der Personal- und Betriebsräte im öffentlichen Dienst per Gesetzesänderung drastisch eingeschränkt hatte, um Hürden gegen die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen zu beseitigen - ein Kernanliegen auch der EU mit ihrer EU-Dienstleistungsrichtlinie.

Auch der frühere CSU-Vorsitzende Theo Waigel hat vor überzogener EU-Kritik gewarnt, nachdem seine CSU-Kollegen gegen den Widerstand von Bundeskanzlerin Merkel im Juli eine stärkere Mitsprache von Bundestag und Bundesrat und mehr Bürgerbeteiligung in EU-Angelegenheiten im Sinne des Karlsruher Urteils forderten: Die Regierung könne laut Waigel bei EU-Verhandlungen nicht ständig zu Hause beim Parlament um Erlaubnis fragen. Von der Ablehnung eines „imperativen Mandats“ war sogar die Rede. Mehr Demokratie ist also hinderlich für die Verhandlungen in den Regierungshinterzimmern? Die Exekutive soll durch die Legislative nicht behindert werden bei der Rechtsetzung - ein verfassungswidriger Rollentausch mit Aufhebung

der Gewaltenteilung! Noch problemloser geht die Regierungsarbeit sicherlich in einer Diktatur vorstatten, wo jegliche parlamentarischen und damit öffentlichen Debatten sowie „Verzögerungen“ unterbleiben.

## Die demokratischen Legitimationsprobleme der EU

Selbst nach dem Desaster der Europa-Wahl vom 7. Juni wurde die demokratische Legitimationsfrage der EU gar nicht erst aufgeworfen: 43% Wahlbeteiligung in Deutschland und in Europa insgesamt reichen aus? Nur in 7 von 27 Mitgliedsstaaten lag die Wahlbeteiligung knapp über 50%; deutlich darüber nur wieder in Belgien und Luxemburg mit 90% oder Italien mit immerhin 65%. Die östlichen Staaten Tschechien, Polen, Rumänien oder Litauen dümpelten zwischen 21% und 28% Wahlbeteiligung, die Slowakei bei nur 19%. Und Frankreich, Großbritannien und Portugal (Heimatland des EU-Kommissionspräsidenten Barroso) erreichten gerade einmal 35% bis 37%, Spanien 44%.

Was wäre, wenn nur diejenigen Staaten in der EU verbleiben könnten, deren Wahlzuspruch über 50% liegt? Doch ist die Wahlenthaltung nicht durchgehend auf demokratisches Desinteresse zurückzuführen; sie bringt, sondern Umfragen zufolge, mehrheitlich eine bewusste Wahlenthaltung der Menschen wegen der unzureichenden Einflussmöglichkeiten und der mangelnden Transparenz der Entscheidungsprozesse zum Ausdruck. Die EU darf aus den Wahlenthaltungen keinesfalls eine vermeintliche Berechtigung ableiten, demokratische Teilhabe zu entziehen und Demokratie als entbehrlich zu betrachten.

Wie weit darf die EU in das Leben der einzelnen Bürgerinnen und Bürger eingreifen ohne deren demokratische Einwirkungsmöglichkeit und ohne wirkliche demokratische Legitimation? Das weit verbreitete Unbehagen vieler Europäer an der undurchsichtigen Ausbreitung der EU und ihrer Institutionen, die das gesamte europäische Rechtsleben „von oben“ vorgibt, ist verständlich: Die EU gebärdet sich in der Tat wie ein vormundschaftlicher Superstaat mit Selbstermächtigung - und die Nationalpolitiker der EU-Mitgliedsstaaten haben allmählich Gefallen an den Entscheidungswegen in Hinterzimmern ohne Kontrolle und Beauftragung durch Volk und Parlamente. Dem europäischen Integrationsgedanken und seiner Akzeptanz erweist man damit einen Bärendienst. Trotz aller Rückschläge lernt man leider nicht dazu. Nach wie vor verträgt sich Demokratie offensichtlich nicht mit den Vorstellungen eines weiterhin neoliberal geprägten, allzuständigen und zentralistischen Einheits- und Wirtschaftsstaates, dessen heimliche Regierung die Lobbyisten sind. An mehr Demokratie und Transparenz hat man dort kein Interesse.

Was aber können die Kriterien und Maßstäbe sowie Verfahren und Schritte hin zu einer demokratischen EU sein, die sich bereits klammheimlich vom Staatenbund auf den noch ungeklärten Weg zu einem demokratischen Bundesstaat begeben möchte? Und wie kann der Staat künftig Entscheidungs- und Gestaltungsmacht wieder an die beteiligten Menschen zurückgeben, die eigenverantwortlich und dezentral ihre kulturellen,

sozialen und wirtschaftlichen Belange mitbestimmen möchten? Was ist von dem Schlagwort eines „Europa der Regionen“ übrig geblieben? Die Demokratie in Europa muss neu erfunden und wieder belebt werden, wenn das vereinigte Europa eine Zukunft haben soll. Europa wird entweder demokratisch sein, oder es wird zu Ende sein, kaum dass es begonnen hat.

Wenn nur einer von 27 Mitgliedsstaaten in seiner Verfassung ein Referendum der Bevölkerung zu grundlegenden Verfassungs- und Reformfragen der EU zulässt, und wenn andere Staatsregierungen ein versprochenes freiwilliges Referendum dann lieber doch nicht durchführten wie in Großbritannien oder Dänemark oder Österreich, oder wenn Frankreich sogar seine Nationalverfassung änderte, um das zugesagte Referendum zu vermeiden - dann ist es um die Demokratiefrage in Europa schlecht bestellt. Umfragen zufolge wäre der EU-Reformvertrag von Lissabon in vielen Mitgliedsstaaten am Votum der Bevölkerung gescheitert, wären sie denn dazu gefragt worden. Und weil das eingeholte Bürgervotum in Irland, stellvertretend für die 480 Mio. EU-Bürger, mit 53% Ablehnung des EU-Reformvertrages ein den Regierenden nicht genehmes Ergebnis erbrachte (und man sich nur deshalb auf eine Wiederholung einlässt, weil man sich jetzt, nach allerlei Drohungen und Zugeständnissen und massiver Einflussnahme auf die Meinungsbildung Zustimmung erhofft), wollen sich die Regierenden offenbar ein anderes, passendes Volk wählen.

Von Demokratieverständnis in Europa zeugt das jedenfalls nicht. Was ist dann, wenn den Europa-Politikern das zweite Votum in Irland wieder nicht passt? Zwar stellen die knappen Umfragewerte (etwa 54% Zustimmung und 28% Ablehnung) und der aus der Wirtschaftskrise abgeleitete Stimmungswandel diesmal einen „Erfolg“ in Aussicht. Doch auch bei der letzten Abstimmung waren die Regierenden sich bei noch „günstigeren“ Umfragewerten ihrer Sache sicher und wurden von der deutlichen Ablehnung (53%) dann überrascht. Allerdings ist die Umkehrung schon einmal gelungen: bei der Ablehnung des früheren Nizza-Vertrages der EU durch die Iren mit 44% zu 46%, wo dann im zweiten Anlauf mit verstärkter „Ja“-Kampagne eine Zustimmung von 63% zu 37% erreicht wurde.

Auf einen solchen Effekt hoffen die EU-Politiker auch diesmal. Ihnen geht es nur um eine formale Legitimation, weniger um eine inhaltliche Akzeptanz bei der europäischen Bevölkerungsmehrheit. Schon die Vertrags-Ratifizierung durch die 26 Nationalparlamente hatte der EU-Kommissionspräsident im Vorfeld als eine „reine Formsache“ bezeichnet - und sollte damit recht behalten. Die meisten Parlamente winkten den EU-Reformvertrag ohne Diskussion durch; lebhaftige Parlamentsdebatten gab es nur in Österreich und Tschechien. Auf die Frage, welche wichtigsten Kompetenzen des Bundestages nach ihrer Beschlussfassung auf das EU-Parlament übergehen würden, blamierten sich die deutsche Bundestagsabgeordneten bei einem Kurzinterviews eines Fernsehsenders vor der Abstimmung zum EU-Reformvertrag (Zustimmungsgesetz) allesamt mit absoluter Unwissenheit. Sie wussten schlichtweg nicht, was sie zu beschließen hatten. Dabei wurden Spitzenpolitiker befragt und keine „Hinterbänkler“ (Die Stämmelei unserer Volksvertreter ist im Internet bei youtube mitzuleiden...)

## Nur mit einem erweiterten Demokratieverständnis hat Europa eine Zukunft

Das politische System der EU ist unter demokratischem Verständnis auf Abwegen, beginnend bei den Zuständigkeitsfragen und mangelnden Zuständigkeitsabgrenzungen, über die fragwürdigen Abstimmungsverfahren bis hin zum verwässerten Subsidiarität. Die demokratischen Defizite bei den EU-Organen mit ihrer Exekutivlastigkeit und mangelnden demokratischen Kontrolle, mit einem Pseudo-Parlament mit fehlenden Kernkompetenzen und einer zu mächtigen Kommission und einem zu mächtigen Außenkommissar, mit nichtöffentlichen Regierungszirkeln, mit einem nicht legitimierten Gerichtshof und mit unzureichender direkter Demokratie usw. bereiten allergrößtes Unbehagen. Das politische System der EU ist nicht wirklich demokratisch und bleibt weit hinter den demokratischen Standards und Verfassungsgrundsätzen der Mitgliedsstaaten zurück. Die Bürger als demokratische Akteure und das Volk als Souverän kommen in dem EU-System kaum vor.

In dem lesenswerten Buch „Europa nicht ohne uns!“ von „Mehr Demokratie“ e.V. (vsa-Verlag Hamburg 2009) werden Auswege aus der demokratischen Misere der EU aufgezeigt, gemessen an demokratischen Kriterien, Zielen und Idealen. Eine verstärkte Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger, denen die Letztkontrolle über die Ausgestaltung der EU obliegen muss, ein demokratisches Institutionengefüge, ein demokratischer Konvent für Vertragsreformen, direkt-demokratische Verfahren einer mehrstufigen Volksgesetzgebung mit Bürgerbegehren und Referenden sowie eine dezentrale Zuständigkeitsverteilung mit regionaler Selbstbestimmung in einem Europa der Regionen sind nicht nur vorgeschlagen, sondern in ihrer Ausgestaltung konkret skizziert worden. Konkrete Vorschläge werden auch für die Demokratisierung der EU-Institutionen mit klarer Gewaltenteilung unterbreitet.

In dieser Vision einer demokratischen EU geht alle Staatsgewalt wieder vom Volke aus, während in der EU bisher so gehandelt wird, als ginge „alle Gefahr vom Volke aus“. In dem Konzept zur Demokratisierung der EU sind die Bürger nicht länger ohnmächtige Zuschauer, sondern handelnde Akteure. Im Zentrum der EU stehen dabei die Bürgerinnen und Bürger und die von ihnen erteilte Legitimation europäischer Politik. Ein demokratisches Europa ohne seine Bürgerinnen und Bürger ist undenkbar - denn wir sind Europa und Europa wird nichts ohne uns! Das muss die Botschaft sein, wenn wir die EU nach dem Urteil des Verfassungsgerichtes aus der demokratischen Dauerkrise herausführen wollen, weil uns der Europa-Gedanke und das Europa-Projekt zu wichtig sind, als dass wir sie kleinen demokratie-scheuen Regierungszirkeln oder wirtschaftlichen Interessengruppen überlassen wollen. Europa ohne Demokratie hat keine Zukunft - das bedeutet im Umkehrschluss eine Aufforderung an alle Demokraten, für mehr Demokratie zu kämpfen. „Wir brauchen die Demokratie wie die Luft zum Atmen!“ (Gorbatschow). Europa - nicht ohne uns!

# Jahrzehnt des Gehirns, des Verstandes - oder der Vernunft?

## Die vierte Vorbereitungs- tagung zu einem internationalen „Jahrzehnt des Bewusstseins“ in Albuquerque, New Mexico

*Roland Benedikter,  
James Giordano und James Olds*

(Vorbemerkung der Redaktion: Leser, die mit der wissenschaftlichen Terminologie des Textes weniger vertraut sind, finden Begriffserklärungen ganz am Schluss in einem Glossar.)

Vom 12. - 15. Januar 2009 fand an der Universität von New Mexico in Albuquerque, USA, die vierte Anlauf-tagung zu einem „Jahrzehnt des Bewusstseins“ (*Decade of the Mind, DoM*) statt. Diese Wissenschaftsinitiative soll von 2010 bis 2020 unter der Schirmherrschaft der neuen US-Regierung unter Barack Obama in Kooperation mit der UNESCO die internationale Forschung zum menschlichen Bewusstsein bündeln, koordinieren und ausrichten. Dabei steht nicht weniger als das Selbstbild und die Zukunft des menschlichen Ich als Ganzes auf dem Spiel. Mit der Frage nach der Natur des menschlichen Bewusstseins, seiner Erforschung und Veränderbarkeit werden in den kommenden Jahren interkulturelle Problemdimensionen ebenso verbunden sein wie Fragen nach der Zukunft von Menschenwürde und Sozialität. Die interdisziplinäre und gesellschaftliche Bedeutung von Thema und Veranstaltung wurde unter-

strichen durch die Anwesenheit des Vorsitzenden des Ethikrates des US-Präsidenten, zahlreicher führender Politiker aus vier Kontinenten, von Wissenschaftlern aus den Natur-, Sozial- und Geisteswissenschaften sowie durch die Beteiligung von führenden transdisziplinären Forschungseinrichtungen wie dem Krasnow Institut für höhere Studien, dem Potomac Institute for Policy Studies Arlington, dem Santa Fe Institute und den Sandia Nationallaboratorien New Mexiko. Die drei Autoren dieses Berichtes nahmen daran als Hauptredner teil.

### 1. Der Ausgangspunkt: Der gegenwärtige Schwellenübertritt der Bewusstseinsforschung durch die Kombination äußerer und innerer Faktoren

Das Thema des menschlichen Bewusstseins entfaltet sich erst seit wenigen Jahren zu voller Wirksamkeit im Konzert internationaler Erkenntnisbemühungen. Es enthält laut Überzeugung der Mehrheit der Tagungsteilnehmer „eine tausendmal größere Sprengkraft als alle Atombomben der Erde zusammen“, weil es an das „Zentrum aller Dinge“ im bewussten Ich rührt, ohne das es aus streng empirischer Sicht keine „Wirklichkeit“ im Sinne eines „erscheinenden Realitätsprozesses“ geben kann.

Der Mensch beginnt heute damit, sein eigenes Bewusstsein - und damit notwendigerweise zugleich das noch weit tiefere, darin implizite Geheimnis des Ich, das für diese Suche selbst konstitutiv ist - intensiver als je zuvor in der Geschichte zu erforschen. Milliardenbeträge werden inzwischen weltweit von privaten und öffentlichen Auftraggebern investiert, um zunächst die primordialen physiologischen und operativen Funktionen von Gehirn und Nervensystem (Rückenmark) im Hinblick auf die Entstehung eines „bewussten Bewusstseins“ zu erforschen. Hier sind, wie die Mehrheit der Redner darstellte, in vergleichsweise kurzer Zeit schnelle Fortschritte zu erwarten.

Darauf aufbauend könnte möglicherweise bereits in wenigen Jahren von einzelnen Einrichtungen in verschiedenen Ländern, darunter auch gewinnorientierte Wirtschaftsunternehmen und Militärkreise, damit begonnen werden, das in einem „Ich“ versammelte Bewusstsein einerseits physisch mittels Gehirnimplantaten, Hybridisierung des menschlichen Nervensystems und Bewusstseinsdrogen zu verändern. So ist bereits seit 2007 eine umfassende Studie der Universität Oxford für die britische Regierung in Ausarbeitung, welche die flächendeckende Einführung von leistungssteigernden Drogen in den regulären Schulunterricht prüft. Die Propagatoren dieses Projekts, darunter der Direktor des „Zukunft der Menschheit“-Instituts der Universität Oxford, der international führende Transhumanist und Professor für angewandte Ethik NICK BOSTROM, erwarten sich davon „eine größere Revolution in den Fähigkeiten und Leistungen des menschlichen Denkens und der Erkenntniskapazitäten der menschlichen Spezies, als sie Kopernikus oder Darwin als Einzelpersonen mit ihren wissenschaftlichen Untersuchungen je haben konnten.“<sup>1</sup>

<sup>1</sup> N. BOSTROM: The Future of Humanity (2007); ders.:

Diese Aussage ist nicht mehr nur die vage Hoffnung eines Einzelnen, sondern kulturell repräsentativ und Teil der historischen Symptomatologie. Mit den neuen Möglichkeiten technologischer Eingriffe in die physiologischen Grundlagen des Bewusstseins ist in jenen „technologisch progressiven“ Kreisen, welche wichtige Richtungsentscheidungen der westlichen Gegenwarts-kultur dominieren, zunehmend die Hoffnung verbunden, die gegenwärtige Zivilisation am archimedischen Punkt des Menschen selbst, nämlich dem „Ich“, in eine „trans-humane“ Dimension, das heißt in einen Zustand jenseits der bisherigen „conditio humana“ voranzutreiben - und damit den Menschen von seinem bisherigen Sein in eine angeblich „höhere Stufe“ hinein zu erlösen. Dies, falls nötig, auch um den Preis der Modifikation oder gar des Verlusts der bisherigen Ich-Empfindung. Sollten die Grundmuster subjektiven Denkens in den Struktureigenschaften „individueller Gehirne“ einmal ausreichend in Hochleistungs-Computerprogramm-Simulationen repräsentierbar werden, erhoffen sich Bostrom und seine Mitarbeiter, wie ANDERS SANDBERG oder ADRIAN SAVULESCU<sup>2</sup>, aber auch andere führende Befürworter der „Cyborgisierung“ des Menschen wie KEVIN WARWICK<sup>3</sup>, Professor für die Zukunft des Menschen an der Universität Reading, dass „der menschliche Verstand“ (*the human mind*) sogar ganz in einen Computer oder in das Internet „heruntergeladen“ werden kann - und sich damit vom Körper befreit und faktisch unsterblich wird.<sup>4</sup> Wenn dabei das „Ich“ verloren geht oder „ganz anders“ wird, ist dies für die Transhumanisten kein Problem - denn schließlich scheint ihnen dieses „Ich“ selbst ein Teil des Problems zu sein. Es muss also überwunden werden wie der gesamte bisherige Mensch. Dass mit der Rede von der „prinzipiellen Bedeutungslosigkeit des Ich“<sup>5</sup> (SANDBERG) ein logischer Fehler vorliegt, weil eine solche Aussage nur von einem „Ich“ getroffen werden kann, und sich diese Aussage daher streng logisch *in actu* selbst aufhebt, fällt den Transhumanisten nicht auf.

Wären solche Ideen noch vor einigen Jahren als Auswüchse technoider Zukunftsträume kindlicher Phantasten belächelt worden, sind sie heute salonfähig und werden von einflussreichen Universitäten der Welt als „wagemutige Avantgarde im Dienste eines zeitgemäßen Humanismus“<sup>6</sup> betrachtet. Die Konkretisierung „post“- und „transhumanistischer“ Tendenzen misst sich an den investierten Geldern, die nicht linear, sondern exponentiell zunehmen.<sup>7</sup>

Damit ist eine zweite Tendenz der Veränderung des bisher bekannten menschlichen „Ich“ verbunden. Es

ist die Tendenz, dass die gesamte Gegenwarts-kultur unerschwerlich immer stärker dazu neigt, „über den Menschen hinaus zu wollen“.<sup>8</sup> Im Gefolge der neueren neurophysiologischen und technologischen Bewusstseinsforschungen könnte das menschliche Ich daher auch *psychisch* verändert werden, und zwar mittels der Veränderung der Ich-Empfindung und des Selbstbildes dessen, was als „Ich“ zuallererst vor sich selbst erscheint und „stattfindet“. Bekanntlich ist gemäß einem alten humanistischen Wort „der Mensch das, wofür er sich hält“<sup>9</sup>: wenn sich sein Selbstbild ändert, ändert er sich auch selbst. Daran kann man die Bedeutung von Ideen für die Fortbildung des Menschenwesens im Weltprozess ermessen - biologisch ebenso wie kulturhistorisch. Die seit einigen Jahren zunehmend dominierenden Ideen zur Zukunft des Menschen sind „transhumanistisch“.<sup>10</sup> Sie führen den Menschen nicht nur von außen, sondern auch von innen - in der Wahrnehmung und im Erleben seines eigenen „Ich“ - weniger über sich selbst hinaus, sondern zunächst von sich selbst fort: hinein in die Sehnsucht und Erwartung eines „höheren“ Anderen, das noch nicht ist.<sup>11</sup>

Entscheidend, so die Mehrheit der Tagungsredner in Albuquerque, ist in dieser Konstellation eines Schwellenübertritts die sich erst heute allmählich durchsetzende *Kombination* äußerer und innerer, physischer und psychischer Veränderungstendenzen. Wenn diese sich weiter fortsetzt, dann könnte sich im Verlauf weniger Generationen buchstäblich „alles“ ändern. Denn jede Veränderung in der Zusammenführung zwischen physischen und psychischen Eingriffen hat zugleich auch holistisch-metapsychische („spirituelle“) Implikationen, weil mit diesen das Gesamt der „Ichhaftigkeit“, soweit sie in der Welt bisher vorliegt und vor sich selbstbewusst „erschienen“ ist, modifiziert wird - und zwar bislang ohne ausdrückliches Wissen um die Natur, die Funktionsweise und den „Sinn“ dieses „Ich“. Von der Konzeption und der ontologischen Realität des „Ich“ hängt jedoch buchstäblich alles andere ab, einschließlich die Zukunft der offenen Gesellschaften und der Umgang mit der Welt. Daher kann es für das 21. Jahrhundert kein wichtigeres - und gegenüber Erkenntnis-, Kultur- und Machtansprüchen sensibleres - Thema als das sich selbst begegnende und erforschende menschliche Ich-Bewusstsein geben. Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass sich künftig alles andere am Bewusstseins- und Ich-Rätsel bündeln und das „Ich“ als solches zum zentralen, allen anderen zugrundeliegenden wissenschaftlichen Thema des 21. Jahrhunderts werden wird. Denn vom Ich-Bewusstsein hängt ja die Möglichkeit des gesamten Erscheinens des Weltprozesses vor sich selbst ab, das heißt die Möglichkeit von Realität an sich. Das 21. Jahrhundert wird das „Jahrhundert des Ich-Rätsels“ sein; und hier wird sich auch die Zukunft des „Jahrhunderts der Demokratisierung“ (ERIC HOBSBAWM<sup>12</sup>) maßgeblich mit

Letter from Utopia (2008); ders.: Why I Want to be a Posthuman When I Grow Up (2006).

2 Siehe: The Future of Humanity Institute at Oxford University: <http://www.fhi.ox.ac.uk/>.

3 K. WARWICK: The Matrix - Our Future? (2003), [http://whatisthematrix.warnerbros.com/r/\\_cmp/new\\_phil\\_warwick.html](http://whatisthematrix.warnerbros.com/r/_cmp/new_phil_warwick.html).

4 N. BOSTROM: The Future of Human Evolution (2004).

5 A. SANDBERG: Andart. Essays on Technology, Science and the Human Condition. In: <http://www.aleph.se/andart/>. Vgl. dazu auch A. LANSNER /A. SANDBERG: Functionality and Performance of Brain-Inspired Neural Networks (2001).

6 N. BOSTROM: In Defence of Posthuman Dignity (2005); ders.: Dignity and Enhancement (2007). In: <http://www.nickbostrom.com/ethics/dignity-enhancement.pdf>.

7 A. KEIPER: The Age of Neuroelectronics (2006), <http://www.thenewatlantis.com/archive/11/keiper.htm>.

8B. JOY: Why the Future doesn't need us (2000), <http://www.wired.com/wired/archive/8.04/joy.htm>.

9 M. M. SAM: Im Ringen um eine neue Sprache (2004).

10 Vgl. Terminus „Transhumanism“, in: <http://en.wikipedia.org/wiki/Transhumanism>

11 Beispielhaft dafür ist S.PINKER: The mystery of consciousness (2007), <http://www.time.com/time/magazine/article/0,9171,1580394,00.html>.

12 E. HOBSBAWM: Globalisierung, Demokratie und Terrorismus (2009).

entscheiden, das von progressiven Kreise politisch für die Weltentwicklung erhofft wird.

## 2. Die Folgen: Das Bewusstseinsrätsel wird im 21. Jahrhundert zu einer Renaissance des „Geist“-Begriffs führen sowie Transdisziplinarität und Transkulturalität zur Norm machen

Die Größe des Themas und dessen, was mit ihm „auf dem Spiel steht“: nämlich der Gewinn, die Modifikation oder der Verlust der gesamten „Welthaftigkeit“ des bekannten Seins im - und als - „Ich“ korrespondiert allerdings bislang auffällig mit der fehlenden Holistik der Forschung. Das hat mit der „Jugend“ und Unerfahrenheit der Forschung in diesem Bereich zu tun. Das „Ich“ ist in Wahrheit noch ein fast gänzlich dunkler Kontinent, zu dem hin erst gerade die allerersten Schritte gemacht werden. Es ist im Vergleich zur Erforschung des Körpers (seit etwa 500 Jahren) und der Psyche (seit etwa 150 Jahren) eine dritte Dimension der Selbsterkundung des Menschen; und es lässt sich weder monokausal auf physiologische Faktoren reduzieren noch als Sublimierung psychischer Funktionen begreifen. Das „Ich“ ist im Vergleich zu den anderen beiden Dimensionen das erst wenige Jahre alte „Baby“ der wissenschaftlichen Investigation. Das wird gegenwärtig vor allem von den „transhumanistischen“ Materialisten allzu leicht vergessen.

Zugleich ist der Ort des menschlichen „Ich“ ohne Zweifel die Speerspitze und die Avantgarde der Überschneidung aller drei Dimensionen, in dem sich alle bisherigen einzeldisziplinären Forschungen bündeln, weil sie hier an dem Ort ihrer Selbsterfassung zusammenfließen und als bewusster Akt zu sich kommen. Umso vorsichtiger muss deshalb die angestrebte neue inter- und transdisziplinäre Forschung agieren, die neben naturwissenschaftlichen und psychologischen Verfahren zunehmend auch Computerwissenschaften und technologische Inversionsexperimente auf diesen „Zentrumsbereich der Welt, der im menschlichen Antlitz zur äußersten physiologischen Konzentration und zur unmittelbaren Selbst-Anschauung wird“ (EMANUEL LEVINAS<sup>13</sup>), zulässt. Dies auch angesichts der Tatsache, dass jene Erfahrungen, die in den „metaphysischen“ und „spirituellen“ Forschungen der Welttraditionen mit Ort und Bereichslogiken des „Ich“ - oder des „bewussten Bewusstseins“ - über tausende von Jahren nicht nur spekulativ, sondern auch empirisch-systematisch gemacht wurden, bisher sträflich außer Acht gelassen werden.

Die Tagung DoM-IV war, der Tiefe und Bedeutung dieser für die gegenwärtige Kultursituation primordialen Sachverhalte gemäß, durchgängig inter- und transdisziplinär gehalten. Dies nicht zuletzt deshalb, weil das Bewusstseinsrätsel neben den heute im Vordergrund stehenden, je einseitig *objektivistischen* (Gehirn) und *subjektivistischen* (Unmittelbarkeit der Selbsterfahrung) Aspekten zunehmend auch eine gewissermaßen proto-„spirituelle“ Dimension empirischer Selbstreferentialität einschließt: nämlich die selbstschöpferische Rolle des Bewusstseins *genau am Überschneidungspunkt zwischen objektiver*

*und subjektiver Dimension*, wo sich „etwas“ als „bewusstes Bewusstsein“ „künstlerisch“, das heißt selbstgestaltend *in actu* ständig an sich selbst erneuert und bildet. Dieses „etwas“ zeigt weder „subjektive“ noch „objektive“ Eigenschaften, sondern ist ein „subjektiv-objektiv“ fließender Prozess. Das „Ich“ ist weder „subjektiv“ noch „objektiv“, sondern es ist „subjektiv-objektiv“ konstituiert: es ist ein individueller Prozess, der in objektiven Gesetzmäßigkeiten lebt und sich aus diesen zusammensetzt. Das kann nicht nur von außen mittels gehirnphysiologischer Experimente indikativ gemessen werden, sondern auch von innen heraus als Charakter des eigenen „Ich“ mittels Introspektion<sup>14</sup> erfahren werden.

Mit anderen Worten: Im dreidimensionalen Schnittpunkt zwischen naturwissenschaftlichen (materialistische biophysiological Gehirnforschung, „erste Stufe“), psychologischen (rekonstruktive Verfahren der Ich-Forschung „von außen“, „zweite Stufe“) und introspektiven (ontologische Verfahren der selbstbeobachtenden Ich-Forschung „von innen“, „dritte Stufe“) wird heute in der internationalen wissenschaftlichen Forschung zunehmend deutlich, dass sich das menschliche Bewusstsein um das Zentrum eines noch gänzlich unverstandenen „Kern-Ich“ bildet - ja, dass es in diesem seinen mutmaßlichen Ereignis-Fokus hat, der sich sozusagen in psychische Dimensionen einkleidet und in einem physischen Körper artikuliert, aber *als solcher* noch kaum durchschaut ist. Vor allem die Abhängigkeiten und die Autonomie dieses „Kern-Ich“ von den beiden anderen Dimensionen sind noch gänzlich terra incognita - sofern die Forschung nicht, wie derzeit allerdings nicht selten der Fall, der Versuchung verfällt, reduktionistisch zu verfahren und eine oder mehrere der drei prinzipiell unterschiedlichen (und unterschiedlich „funktionierenden“) Dimensionen auf die jeweils anderen zu reduzieren.

Solche Reduktionismen sind nicht auf der Höhe der Zeit, welche in der Entwicklung struktureller und methodischer Multidimensionalität der Anschauung von miteinander „inkommensurablen“<sup>15</sup> Teilen eines Ganzen besteht; sondern sie sind im Grunde noch der primitiven Universalphysiologie des 19. Jahrhunderts verhaftet. Reduktionismen im Blick auf das menschliche Bewusstsein und sein „Kern-Ich“ sind heute jedoch gang und gäbe; sie erfolgen sowohl in diachroner wie in synchroner Art. Wo aber - diachron - behauptet wird, das „Kern-Ich“ sei nur eine kausale Folge physiologischer Prozesse, oder - synchron - die Vermutung dominiert, es sei nur eine im Wesentlichen illusorische „Einnistung“ in höhere psychische Funktionen, geht die Forschung am multidimensionalen Charakter dieses „Ich“ vorbei.

Seine Erfassung wird aufgrund der äußersten Komplexität seiner impliziten Dialektik zwischen „Autonomie“ und „Einwebung“ voraussichtlich nur im Schnittpunkt von Innenzugang und Außenzugang, also von Materie, Seele und „Geist“ angemessen möglich sein - das heißt, genau am Begegnungs- und Überschneidungsort von „mind“ und „spirit“. Dieser Überschneidungsort wurde in den humanistischen Traditionen des deutschsprachigen Zentraleuropa „Geist“ genannt. Er bezeichnet die als Pa-

13 E. LEVINAS: Ethik und Unendliches (1996).

14 Vgl. dazu ausführlicher R. BENEDIKTER: Der sich selbst erforschende Mensch (2005).

15 J.-F. LYOTARD: Der Widerstreit (1982).

radoxie konstitutive Ursprungs- und Strukturidentität des individuellen mit dem objektiven „Ordnungsverfahren“ (Logos) von Welt - den fließenden Übergangsbereich zwischen subjektivem Logos und objektivem Logos, oder zwischen Vernunftbegabung des „Ich“ und der „logischen“ Aufbaustruktur des Kosmos insgesamt. „Geist“ ist genau dort, wo das allgemeine Gesetz sich in der individuellen Vernunftbegabung manifestiert und spiegelt (erste Stufe der Selbstrelation) und wo es sich dieser seiner Strukturidentität zwischen Subjektivem und Objektivem bewusst wird (zweite Stufe der Selbstrelation).<sup>16</sup>

Deshalb wird das Bewusstseinsrätsel für das 21. Jahrhundert einerseits, für viele zweifellos überraschend, eine Renaissance des „Geist“-Begriffs nötig machen - und aller Voraussicht nach auch unweigerlich, nun allerdings wissenschaftlich, neu hervorbringen. Denn nur am Überschneidungspunkt zwischen „mind“ und „spirit“ wird der komplexen Verwebung von Außen (Gehirnfunktionen) und Innen (ontologische Selbsterfahrung), durch die das menschliche Bewusstsein *überhaupt erst das ist, was es ist*, Gerechtigkeit widerfahren können. Der Überschneidungspunkt zwischen „mind“ und „spirit“ kann aber durch die englische Sprache begrifflich gar nicht angemessen gefasst werden, da diese streng zwischen subjektiven Bewusstseinsfaktoren („mind“) und objektiven „logischen“ Gesetzmäßigkeiten („spirit“) unterscheidet, aber keinen Zwischenbegriff des Zusammenhangs kennt. Genau dieser Zusammenhang wird aber durch den deutschen Begriff „Geist“ bezeichnet. Hier erwächst Zentraleuropa die Aufgabe, sich in den kommenden Jahren auf der Grundlage seiner eigenständigen geistigen Traditionen und Begrifflichkeiten viel stärker als bisher an der internationalen Bewusstseinsforschung zu beteiligen - und zwar sowohl konzeptuell als auch empirisch.

Es gibt über diese notwendige Rekonstitution des „Geist“-Begriffs hinaus aber auch noch eine zweite Folge, die durch den Aufstieg des Bewusstseinsrätsels zur wissenschaftlichen Zentrumsstellung zu erwarten ist: sie wird sowohl Transdisziplinarität wie Transkulturalität zur Norm machen. Die künftige Kernstellung des Bewusstseinsrätsels wird Transdisziplinarität und Transkulturalität nicht nur als *Methoden*, sondern auch als *Erkenntnisformen* des Selbstbezugs durchsetzen.

Mit dieser doppelten Paradigmen-Bewegung hin zu „Geist“ und zu Transdisziplinarität wird sich die Konzentration der menschlichen Bewusstseinsforschung insgesamt von den bisher im Vordergrund stehenden partikularistischen eher auf universalistische Faktoren und von den bisher dominierenden nominalistischen (konstruktivistischen) eher auf neo-essentialistische (realistische und ontologische) Dimensionen verlagern. Jedenfalls wird die Forschung am menschlichen Bewusstsein einen zunehmend entscheidenden Faktor für die Durchsetzung eines „subjektiv-objektiv“ ausbalancierten Weltbildes und für die damit verbundene Erneuerung von Avantgarde-Teilen der institutionalisierten Wissenschaften darstellen. Diese Erneuerung wird vermutlich

im Prinzip durchaus jenem bahnbrechenden subjektiv-objektiven Ansatz folgen, den Relativitätstheorie und Quantenphysik bereits in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts für die Grundauffassung des physischen Kosmos eingebracht haben - nur jetzt in dessen empirische Grundlage, nämlich in das Ich-Bewusstsein hinein verlagert. Damit wird die subjektiv-objektive Problematik, wie sie in der Quantenmechanik erscheint, mittels Verlagerung in das diese studierende (und sie damit erst zur Wirklichkeit bringende) Bewusstsein selbst hinein einen entscheidenden Schritt weiter- und höhergetrieben werden. Mit anderen Worten: Die Bewusstseinsforschung des 21. Jahrhunderts wird für das menschliche Bewusstsein dasjenige vollziehen müssen, was Relativitätstheorie und Quantenphysik für die physische Welt im 20. Jahrhundert postuliert und - im Sinn einer nicht realitätsabspiegelnden, sondern realitätsverändernden - „Aktionsforschung“ erkenntnistheoretisch und wissenschaftsphilosophisch nachgewiesen haben. Dabei wird sich, ebenso wie die Grundlagen der Kosmologie im 20. Jahrhundert, im 21. Jahrhundert nun auch das Ich-Bewusstsein als ontologisch-schöpferischer Prozess erweisen, in dem sich Subjektivität und Objektivität, Konstruktion und Gesetz in der Befähigung zum vernünftigen Selbstbewusstsein verbinden. Und damit wird jenes Paradigma endgültig hinfällig werden, welches das Ich-Bewusstsein immer noch als repräsentationale (und dabei in gewisser Weise „automatische“) Spiegelung eines angeblich „objektiven“ Weltprozesses in einem illusorischen Subjektkörper ansieht, so wie es bis heute Teile der materialistischen Wissenschaften in der Nachfolge des 19. Jahrhunderts postulieren.<sup>17</sup>

Die Frage der kommenden Jahre wird nicht sein, *ob* diese Neuerungen kommen werden; sondern die Frage wird nur sein, *welche Färbung* sie annehmen werden: „transhumanistisch“-technoid oder „neohumanistisch“-balanciert. Das ist derzeit noch völlig offen, und die kulturelle Durchsetzung eines anspruchsvollen „Geist“-Begriffs sowie von erstmals wirklich konsequenter „Multiversität“<sup>18</sup>, Transdisziplinarität und Transkulturalität kann jede der beiden Färbungen annehmen.

In dieser Konstellation wird Ethik in Zukunft nicht mehr vorrangig die Bemühung um ein „gemeinschaftlich Gutes“ sein, als das sie im Zeitalter des radikalen Nominalismus der Postmoderne notdürftig - und sachlich unzureichend, weil zutiefst ambivalent - einseitig diskursologisch und sprachpolitisch definiert wurde.<sup>19</sup> Sie wird vielmehr wieder zu den (griechischen, später scholastischen) Ursprüngen ihres begrifflichen Selbstverständnisses zurückkehren: jene äußerste intellektuelle und geistige Bemühung zu sein, „wesensgemäß“ und also „logisch“ das Wesen der Dinge in ihrer Erscheinung zu erkennen und in Kenntnis der Beziehung zwischen Wesen und Erscheinung - und damit wesensfördernd

<sup>16</sup> Ich bereite dazu in Zusammenarbeit mit der School of Social Sciences der Universität Northampton, England (Harald Walach), ein eigenes Buch vor, das voraussichtlich 2010 erscheinen wird und diese Sachverhalte angemessen ausarbeitet: ROLAND BENEDIKTER: Die neuen Politiken des Ich. Kritik und Perspektiven der „Neurophilosophien“.

<sup>17</sup> Wie zum Beispiel K. WARWICK: The Matrix, oder die „neuen materialistischen Reduktionisten“ in Deutschland, wie W. SINGER oder G. ROTH. Siehe dazu u. a. die Artikel auf der Homepage von W. SINGER: <http://www.muenster.de/~angergun/gehirnforschung.html> sowie die Artikelsammlung in: <http://arbeitsblaetter.stangl-taller.at/GEHIRN/GehirnFreiheit.shtml>.

<sup>18</sup> U. HAUENSTEIN: Zeitgemäße Masterstudiengänge (2007).

<sup>19</sup> Vgl. J.-F. LYOTARD: Der Widerstreit.

- zu handeln.<sup>20</sup> Ethik hat im Kern nichts mit „gut“ und „böse“ zu tun, sondern mit „logisch“ und „unlogisch“, oder mit der Beziehung zwischen „wesensgemäß“ und „erscheinungsgemäß“.

Sie wird daher im Zusammenhang des Bewusstseins- und Ich-Rätsels ausdrücklich jenseits von „gut“ und „böse“ (wenn auch nicht im nietzscheanisch-„verrückten“ Sinn) auf „logische“ Selbsterkenntnis drängen.<sup>21</sup> Nur dadurch, dass die künftige Ethik der Bewusstseinsforschung den Logos in seiner wesenhaften Eigenstruktur aufdeckt, so wie er, ähnlich dem Teilchen in der Quantenphysik, als Objektives nicht ohne den subjektiven Bewusstseinsakt ist und erscheint - und damit zugleich die logischen Widersprüche in der Argumentation der „Ich“-Überwinder offenlegt, wie etwa die Unmöglichkeit, die grundlegende, ja archimedische Bedeutung des „Ich“ zu leugnen, solange man als „Ich“ von „etwas“ spricht, und sei dieses „etwas“ das „Ich“ selbst - wird sie in der Lage sein, die „transhumanistischen“ Tendenzen auszubalancieren, in progressive Bahnen zu lenken und eine nicht-regressive, vielmehr vorausweisende, weil sowohl „einschließende wie transzendierende“<sup>22</sup> neohumanistische Epoche des Ich- und Menschenverständnisses einzuläuten.

### 3. Umriss einer möglichen Konzentration der kommenden globalen Forschung zum Zweck der Inklusion: Das Projekt eines „Jahrzehnts des Bewusstseins“

Vor dem Hintergrund dieser tiefreichenden ideengeschichtlichen, kognitiven und wissenschaftspolitischen Verschiebungen präsentierte die Tagung DoMIV vom Februar 2009 an der Universität New Mexico in Albuquerque bewusst Schlüsselredner aus allen heute anerkannten wissenschaftlichen Disziplinen. Dies, um durch die Kombination von deren Sichtweisen wenigstens ansatzweise ein erstes, freilich noch durchaus unkoordiniert „fließendes“ Gesamtbild von Situation und Perspektiven gegenwärtiger Bewusstseinsforschung zu entwerfen. Ziel war, eine erste lose Zusammenschau des „Rätsels des Bewusstseins“ im Spannungsfeld zwischen physischem Gehirn (*brain*), Verstandesfähigkeit (*mind*), innerer Fähigkeit zum Selbstbezug (*self*), metaphysischer Dimension der logischen Gesetzesordnung des Kosmos (*spirit*) und, sie alle zusammenführend, der Fähigkeit zur Vermittlung und Integration von Verstandesfähigkeit, Selbstbezug und objektiver Ordnungsstruktur in der subjektiv-objektiven Vernunftbefähigung des Individuums (*Geist*) vorzubereiten. ROLAND BENEDIKTER trat dabei als geisteswissenschaftlich-ideengeschichtlicher Hauptredner, JAMES GIORDANO als medizinethischer und JAMES OLDS als neurowissenschaftlicher und institutionenpolitischer Hauptredner auf. Giordano diente daneben auch als wissenschaftlicher Leiter und Moderator der Tagung.

Die zentralen Fragen, die sich uns dabei stellten und die sich in den Diskussionen mit den Teilnehmern

20 T. v. AQUIN: De ente et essentia (1996).

21 Ebda.

22 S. INAYATULLAH /J. GIDLEY (Hrsg.): The University in Transformation (2000).

zusehends als Kernfragen für die kommenden Jahre herauszuschälen, lauteten:

1. Wo kann eine mögliche Konzentration der globalen Bewusstseinsforschung zum Zweck der Vermeidung von Auswüchsen und Einseitigkeiten zumindest symbolisch einen vermittelnden, balancierenden Ort finden?
2. Wie kann ein möglichst inklusives „Jahrzehnt des Bewusstseins“ in liberaler, zusammenführender, transdisziplinärer und transkultureller Absicht gestaltet werden?
3. Was sind seine unvermeidlichen Probleme und ideologischen Implikationen - die in Erkenntnisabsicht notgedrungen stets öffnende und verschließende, produktive mit destruktiven Faktoren verbindende, Pluralismus und Reduktionismus, Idealismus und Pragmatismus zusammenführende Aspekte aufweisen werden?

Die Beantwortung dieser Fragen setzt die Kenntnis einiger Eckpfeiler ihrer Vorgeschichte voraus. Dabei ist das Verhältnis und die Einbeziehung der geistigen Traditionen von USA und Europa eine besonders wichtige Dimension, da sich in ihnen die begrifflichen Möglichkeiten der heuristischen Konturierung von Erkenntnisinteressen konstituieren, und zwar auf beiden Seiten des Atlantiks bislang auf sehr unterschiedliche, möglicherweise aber für die Zukunft komplementäre Weise. Inwiefern?

Die Bemühungen um ein „Jahrzehnt des Bewusstseins“ blicken auf eine längere Geschichte zurück. Im 20. Jahrhundert stieß eine Handvoll von „Big Science“-Initiativen auf gesteigertes Interesse in der Öffentlichkeit und erhielt finanzielle Unterstützung vor allem aus den Reihen der US-Regierung. Zu ihnen gehörten das Manhattan-Projekt, das Apollo-Projekt, das Humangenomprojekt und die später als Internet bekannt gewordene DARPA-Initiative. Solche Projekte konnten verwirklicht werden, weil eine Reihe von Faktoren zusammenspielten - eine ausgereifte Technik, hochmotivierte Wissenschaftler und eine einfache Zielsetzung als Rahmen. Erfolgreich waren die Projekte vor allem deshalb, weil es einen klar definierten Schlusspunkt gab - jenen Moment, in dem klar war, dass man sein Ziel erreicht hatte. Eine Vorläufer-Initiative von DoM in den 1990er Jahren war die „Decade of the Brain“, das „Jahrzehnt des Gehirns“ (1989 - 1999). Dieses lässt sich jedoch nicht in die oben genannten Projekte einreihen, weil es in allen Punkten versagte: Wissenschaft und Technik waren nicht ausgereift, für eine erfolgreiche Begründung des Projekts fehlte es an der entsprechenden Zielsetzung und es gab keinen klaren Zielpunkt. Daher sollte es nicht verwundern, dass das „Jahrzehnt des Gehirns“ auch nicht annähernd ähnliche Investitionsfreudigkeit hervorrief wie die vorhergehenden „Big Science“-Projekte.

Im Mai 2007 traf sich am Krasnow-Institute for Advanced Studies der George Mason-Universität in Virginia eine Gruppe führender Kognitionswissenschaftler, um sich mit jener Frage auseinanderzusetzen, die von vielen für das bedeutendste ungelöste Problem der postmodernen Wissenschaft gehalten wird: Wie produzieren die Aktivitäten des menschlichen Gehirns jene Phänomene, die wir (subjektives) „Bewusstsein“ nennen? Und wie



formt, umgekehrt, das (subjektive) „Bewusstsein“ das (objektive) Gehirn?

Das Ergebnis dieses Treffens war ein Manifest, das für eine „Decade of the Mind“, ein „Jahrzehnt des Bewusstseins“ eintrat, welches durch eine Investition von 4 Milliarden US-\$ aus Bundesmitteln, verteilt über zehn Jahre, gestützt werden sollte. Dies entspricht in etwa der von den US-National Institutes of Health (NIH) gegenwärtig getätigten Investition für die Neurowissenschaften. Der Umfang der propagierten „Decade of the Mind“ ist um einiges größer als das Humangenomprojekt und ließe sich rein vom Ausmaß her mit jeder der oben genannten „Big-Science“-Initiativen vergleichen.

Seit dem Treffen im Mai 2007 hat die Idee eines nationalen „Decade of the Mind“-Projekts, kurz DoM genannt, internationale Maßstäbe angenommen und vor allem damit auch öffentliches Interesse auf sich gezogen. Was sind die Gründe dafür?

Erstens ist die Technik inzwischen um einiges reifer geworden. Während Wissenschaftler immer noch mit Modellsystemen wie *Drosophila* oder der Laberratte arbeiten, haben nicht-invasive Bildgebungsverfahren wie die Funktionelle Magnetresonanztomographie der empirischen Forschung Zugang zu den physiologischen Grundlagen der menschlichen Psyche verschafft. Zweitens vereint das US-„National Steering Committee for the Decade of the Mind“ einige der fähigsten wissenschaftlichen Köpfe, deren Arbeit sich derzeit an der Schnittstelle zwischen Nervensystemen und Kognition konzentriert. Über den wissenschaftlichen Koryphäen des DoM steht mittlerweile eine ausgesuchte Gruppe von Entscheidungsträgern, Medienvertretern und qualifizierten Beamten, die ebenfalls der Überzeugung sind, dass das DoM eine Idee verkörpert, welche sich in einen Erfolg umsetzen lässt.

Was die dritte Voraussetzung anbelangt (den klar definierten Endpunkt), so ist es notwendig, sich die erklärten Ziele des Projekts vor Augen zu führen: Heilung, Bereicherung, Bildung und Verständnis des Bewusstseins. In gewisser Hinsicht bilden diese Ziele einen Prozess hin zu einem Endpunkt mit festgelegten Meilensteinen. Die Heilung des Gehirns wird zu einer Verringerung der enormen Last führen, die dem öffentlichen Gesundheitswesen durch Erkrankungen des Gehirns wie Alzheimer und Depression auferlegt ist. Von einer Bereicherung des Bewusstseins wird man sprechen können, wenn es gelingt, die gewonnenen Erkenntnisse im Hinblick auf den Zusammenhang zwischen Bewusstsein, Gehirn und Geist so umzusetzen, dass im Bildungsbereich bessere Ergebnisse erzielt werden. Die Formung des Bewusstseins wird erreicht durch eine Rückkoppelung der architektonischen Prinzipien des realen Bewusstseins und die Anwendung derselben auf neue robotergesteuerte Konstruktionen (wie z. B. führerlose Elektroautos), die zu einer Weiterentwicklung der Technologie und damit zum Wohle des Menschen beitragen können.

Der definitive Schlusspunkt jedoch besteht im Verständnis des Bewusstsein-Gehirn-Geist-Komplexes. Einfach ausgedrückt: DoM wird dann als erfolgreich bezeichnet werden können, wenn wir imstande sind, das Zusammenspiel von Nervenaktivität, subjektivem Bewusstsein

(definiert durch komplexes Verhalten, Erkenntnis und Bewusstsein an sich) und Geist zu verstehen, aus dem das sogenannte „existente Ich“ bzw. das „ontologische Selbst“ hervorgehen.

Man hofft heute, den Beginn von DoM mit dem US-Bundshaushalt 2010 ansetzen zu können. Dies würde die Zusammenarbeit vieler staatlicher Stellen, nationaler Laboratorien und akademischer Zentren bedeuten. Gleichzeitig beginnt sich DoM zu internationalisieren, insbesondere unter aktiver Beteiligung von Europa und Asien.

#### **4. Inklusive Perspektiven: Die delikate Balance zwischen Grenzziehung und Öffnung, Autonomie der Sphären und Integration**

In erster Linie kommt es bei DoM darauf an, Stärken und Grenzen von Neurowissenschaft und Neurotechnologie zu verstehen, ebenso wie die mit den neuen Informationen und Erkenntnissen verbundenen Implikationen und Verantwortlichkeiten.

Das heißt, dass die (neuro)ethischen, rechtlichen und sozialen Fragen (NELSI = neuroethical, legal and social issues), die durch Untersuchungen in der Gehirn-Bewusstsein-Geist-Dimension aufgeworfen werden, als prinzipiell voneinander unabhängige und autonome Bereiche „logischer“ Strukturierung zu betrachten sind. Was DoM anbelangt, so muss man sich vor Augen halten, dass in den letzten zehn Jahren weniger als 2% des US-Wissenschaftsbudgets dafür aufgewendet wurden, den translatorischen Wert der Forschung, die Auswirkung von Informationsdefiziten auf den Einsatz neuer Methoden und Technologien in der Biomedizin und die Nutzen-Risiko-Einschätzung von Forschung und Therapeutik zu prüfen. Ähnliche Zahlen gelten für die meisten anderen Länder. Um das Für und Wider verschiedener Untersuchungsmethoden und translatorischer Anwendungen gegeneinander abzuwägen, müssen wirtschaftliche Förderprogramme entwickelt werden, die Anreize bieten für:

1) eine reflexive Kontrolle darüber, wie Forschung erfolgt, 2) Möglichkeiten zur Umsetzung in brauchbare Therapeutika und 3) die Entwicklung und Anwendung von Richtlinien und Methoden zur Unterstützung eines ethisch gesunden Fortschritts (im oben genannten Sinne von „Ethik“).

Daher müssen DoM und das mit ihm assoziierte NELSI-Projekt bestrebt sein, sicherzustellen, dass die Politik diese Probleme genügend berücksichtigt, die aufgrund mangelnder Überprüfung, fehlenden Weitblicks und unzulänglicher Einsicht häufig missachtet bzw. nicht erwartet werden, in der Folge deshalb aber den Fortschritt bzw. praktische und ethisch ausgewogene Ergebnisse verhindern. Als ein erster Schritt in diesem Prozess ist es unerlässlich, anzuerkennen, dass der gegenwärtige Zustand nach Weiterentwicklung ruft, und Vorsichtsmaßnahmen zu treffen, um solchen Tendenzen entgegenzuwirken. DoM wird dabei nicht nur Einblicke in das „logische“ Muster des Gehirn-Bewusstsein-Geist-Kontinuums gewähren, sondern auch für ein größeres Bewusstsein der potentiellen Probleme an der Grenze

zwischen dem Bekannten und dem Unbekannten sorgen müssen. Die durch DoM erreichbaren Möglichkeiten könnten Umfang und Art der Forschung, Entwicklung und Anwendung neuer Technologien ebenso wie den Ge- oder Missbrauch von Pharmakologie und Genomik beeinflussen. Im Gegenzug könnten Modelle des Bewusstseins zu verschiedenen Iterationen im Grenzbereich zwischen Mensch und Maschine zu den oben bereits erwähnten transhumanen Möglichkeiten führen, die nach heutigem Kenntnisstand mehrheitlich abzulehnen sind.

Die anstehenden Herausforderungen sind also:

1) zu erkennen, was diese Möglichkeiten mit sich bringen und bedeuten könnten; 2) voreilige oder riskante Schlüsse bezüglich des potentiellen Nutzens oder der möglichen Anwendung von Forschung und neuer Technologie entsprechend einzuschränken und 3) zu erkennen, wie sich diese Bemühungen auf Kultur und humanistisches Denken auswirken könnten.

Das Ziel ist daher nicht, einfach zu erkennen, was Neurowissenschaft und Neurotechnologie tun können, sondern Einsicht und Umsicht walten zu lassen, was sie tun sollten. Das verleiht DoM praktische und moralische Authentizität und erlaubt es, bei der Arbeit sowohl die sozio-kulturellen Unterschiede anzugehen als auch die verschiedenen Lager um einen Tisch zu vereinen, um nicht ausschließend zu verfahren. Dies ist nicht nur die Aufgabe der Neurowissenschaft, sondern auch der Neuroethik, und so bleiben DoM und NELSI im Prinzip reziprok, synergistisch und kontingent.

## 5. Kernthemen der kommenden Jahre: Das fließende Feld der Ursprungsbegriffe, die das Bewusstseinsrätsel zu umkreisen versuchen - und ihr potentiell synergetisch kreativer Wert

Wohin kann diese Initiative führen? Selbstverständlich sind auch in das Projekt „Jahrzehnt des Bewusstseins“ zahlreiche Ambivalenzen und Probleme in gewissermaßen „natürlicher“ Weise „eingebaut“. Das scheint unvermeidlich - ebenso wie bei allen anderen wichtigen Wissenschafts- und Erkenntnisprojekten zur Genese einer neuen, „subjektiv-objektiven“ Konstitution von Realität, die seit dem 20. Jahrhundert zusehends Platz greifen.

Unter diesen Problemen ist, erstens, die noch immer deutlich „westliche“ Präformierung der intendierten Zusammenführung weltweiter Bewusstseinsrecherchen unter die designierte Patenschaft der neuen US-Regierung. Die US-Zentrierung des Gesamtunternehmens mag - wenn sie auch bisher in Zentraleuropa noch immer nicht ausreichend kritisch öffentlich rezipiert wird - nicht nur bei Skeptikern der Vorherrschaft der „ersten Welt“ Zweifel über implizite macht- und militärpolitische Implikationen und Strategien „postindustrieller“ Bewusstseinsforschung auslösen.<sup>23</sup> Diese zu bedenken,

23 Vgl. die gute Zusammenfassung entsprechender Argumente bei B. JOY: *Why the Future Doesn't Need Us*. Ähnlich N. BOSTROM: *Technological Revolutions: Ethics and Politics in the Dark*. In: <http://www.nickbostrom.com/revolutions.pdf>, Oxford

und sie im Hinblick auf eine wahrhaft internationale Sammelbemühung auf dem Gebiet der inklusiven Bewusstseinsforschung vergleichbar den Vereinten Nationen auf politischem Gebiet zu implementieren, wird eines der ersten Ziele der Initiative DoM sein müssen. DoM sollte eine Art „Vereinte Nationen“ der Bewusstseinsforschung mit Sitz in den USA werden, nicht ein neues machtpolitisches Konglomerat.

Unter den Kernproblemen der Initiative sind, zweitens, aber auch tiefgreifende, ja für das Gesamtprojekt konstitutive begriffliche Ambivalenzen. Diese werden in mindestens ebenso prägender Weise wie kulturelle, technologische und politische Kontexte für die künftige Entwicklung der Bewusstseinsforschung bedeutsam sein. Worum handelt es sich?

Noch einmal: „mind“ bedeutet, vom Englischen ins Deutsche (also in wesentliche Elemente der zentraleuropäischen Begriffstradition) übersetzt, ebenso „subjektiver Verstand“ wie „Bewusstsein“. Der Bedeutungsgehalt ist hier im Englischen in ein und demselben Begriff fließend, wobei aber die „objektive Vernunft“ („reason“) ebenso davon unterschieden wird wie der objektive Gehalt des Logos oder die Existenz einer „logisch“ stabilen Weltordnung an sich („spirit“). Zwischen subjektivem und objektivem Logos wird im Englischen strikt geteilt, und zwar durch die Aufteilung in „mind“ (subjektiver Verstand) und „spirit“ (universale Metaphysik des Logos), wobei dann „reason“ eher eine Detaileigenschaft des „mind“ denn ein Bindeglied zwischen „mind“ und „spirit“ darstellt.

Dagegen liegt im Deutschen im inklusiven Schlüsselbegriff „Geist“ eine nicht nur okkasionelle, sondern strukturontologische Verbindung zwischen „mind“ und „spirit“ vor. „Geist“ entspricht begrifflich am genauesten dem, was die Quantenphysik als subjektiv-objektive Konstitutionsgesetzmäßigkeit von Welt empirisch herausgearbeitet hat. Denn „Geist“ bedeutet: *Der individuelle „Logos“ der subjektiven „Ich“-Erfahrung ist von derselben strukturalen „Bauart“ wie der universale „Logos“ oder die kosmisch objektive Ordnungs-Struktur der Welt an sich. Im „Geist“-Begriff sind universaler (objektiver) und personaler (subjektiver) Logos eins, da sie sich im Prinzip strukturidentisch zur Vernunftbegabung des individuellen „Ich“ zusammen-ereignen.*

In solchem Begriffsverständnis manifestiert sich die europäisch-christliche Vernunftkonzeption des Griechen-/Christentums, die sich dann im Personbegriff des Römertums zur Gesellschaftskomponente konstituierte. Davon ausgehend ermöglichte sie später die europäisch-westliche Kultur- und Gesellschaftsentwicklung hin zu Individualismus und Pluralismus und als subjektivobjektiv ausbalancierte Konzeption die „empirischen“ geistigen Traditionen des Abendlandes - etwa (reguläre) Freimaurerei und Rosenkreuzertum, später auch Theosophie und Anthroposophie<sup>24</sup> - die sich entscheidend von einseitig

University 2006.

24 Vgl. dazu die Publikationen der „Internationalen Forschungsstelle Demokratische Bewegungen in Mitteleuropa 1770-1850“ der Universität Innsbruck im Peter Lang Verlag der Wissenschaften 1990-2008, deren Mitarbeiter ich 1992 bis zu ihrer wegen des österreichischen Universitätsgesetzes 2002 notwendig werdenden formalen Auflösung 2002 war. Siehe: <http://www.peterlang.com/index.cfm?vSiteName=SearchBo>

„objektivistischen“ Geistverständnissen, wie etwa fundamentalistischen Glaubensströmungen des Christentums (einschließlich von Teilen des kanonisierten Kirchenchristentums), aber auch der konservativen Hauptströmungen etwa des Islam abhoben, welche die subjektive Vernunft als hierarchisch einer von ihr prinzipiell unerfassbaren und daher nicht gleichursprünglichen, sondern scharf entgegengestellten objektiven Vernunft untergeordnet postulierten. Der humanistische Hauptstrom des abendländischen Geistbegriffs postulierte demgegenüber das „Wesen“ als eine Einheit in Verschiedenheit, als „sowohl ungetrennt wie unvermischt“ zwischen subjektiven und objektiven Dimensionen. „Geist“ hatte hier im Prinzip von Anfang an einen sowohl inklusiven logischen *Status* (weil er auf zwei Ebenen zugleich beheimatet ist), wie er ein ausdrücklich paradoxal konstituierter ontologischer *Prozess* ist. *Genau damit* aber wird die Trennung zwischen „mind“ und „spirit“ hinfällig. Im „Geist“-Begriff werden „mind“ und „spirit“ vielmehr zur fließenden, sowohl ursprungs- wie strukturidentischen und paradoxal-produktiv miteinander verbundenen „Doppel-Einheit“: zum „Einen aus Zweien“<sup>25</sup>.

Mit anderen Worten: Die europäisch begrifflich vorwiegende Perspektive des Bewusstseinsrätsels ist *Monismus in Dualismus*, die anglo-amerikanisch vorwiegende ist: *Dualismus in Kausalbezug*.

Das bedeutet: Eine „multiversale“ Vernunft der Bewusstseinsforschung für die kommenden Jahre zu entwickeln kann, wie oben angeführt, in amerikanisch-europäischer Blickrichtung nur bedeuten: den Begriff „Geist“ als heuristische Verbindungsstelle zwischen „subjektiv“ und „objektiv“ als Methodengrundlage (und darauf aufbauend dann auch ontologisch) zu aktivieren. Doch aufgrund der anglo-amerikanischen Teilung desselben Sachverhaltes in „mind“ und „spirit“ ist das aus der Sicht der „einzigen Supermacht“ nur dualistisch möglich, nicht *monistisch-dualistisch*, wie im „Geist“-Begriff Kontinentaleuropas im Grunde bereits seit dem Beginn der Neuzeit, eigentlich bereits seit dem Realismus-Nominalismus Streit der Scholastik, angedacht und konzeptioniert.

*Es ist jedoch genau diese Einheit der begrifflichen Konzeption*, welche Kontinentaleuropa in den kommenden Jahren unseres Erachtens in die konzeptionellen Grundlagen von DoM einbringen wird müssen, wenn es verhindern will, dass das „Jahrzehnt des Bewusstseins“ aufgrund seiner einseitig angloamerikanischen begrifflichen Konturierung von vornherein statt als Autonomisierung von Sphären in ihren je unabhängigen und prinzipiell gleichberechtigten Strukturlogiken (Physis, Psyche, „Kern-Ich“, Geist) als Spaltung - und damit Abspaltung - von Teildimensionen aus dem Zentrum der Investigation beginnt, und sich als solches dann weltweit fortsetzt und ausbreitet. Das Problem, die Standards der begrifflichen Grundlagen für das „Jahrzehnt des Bewusstseins“ möglichst früh möglichst ausbalanciert

zu setzen, kann in seiner Bedeutung gar nicht überschätzt werden. Inklusionsfähige geistige Traditionen Europas werden hier ebenso mitwirken müssen wie die aufklärerischen Humanismen der Moderne und deren in der „Postmoderne“ noch verbliebenen Reste - auch und gerade wegen der bisherigen auffälligen Abwesenheit genuin zentraleuropäischer begrifflicher Beiträge auf diesem Gebiet.<sup>26</sup>

## 6. „Logische“ (logosbegründete) Probleme

Unter den eingebauten Ambivalenzen und Problemen sind, aus dem bisher Beschriebenen folgend, drittens, Aspekte rein „logischer“ (logosdefinitiver) Natur. Diese sind aus unserer Sicht mindestens ebenso wichtig wie die oben beschriebenen, wahrscheinlich für den Kern der verhandelten Sache noch weit wichtiger, ja für die Güte der Urteilsbildung in den kommenden Jahren grundlagenentscheidend. Worum handelt es sich?

Der Ansatz der meisten sogenannten „Neurophilosophen“ ist heute übereinstimmend der, das „Ich“ - und damit das „bewusste Bewusstsein“ - im Wesentlichen (mit einigen Varianten) als sekundäres Derivat oder monokausalen Effekt vorgängiger chemisch-physiologischer Gehirnprozesse zu deuten. Dabei wird jedoch übersehen, dass diese Deutung in *streng empirischer Logik bereits eine Interpretation seitens des selbstbewussten Denkens darstellt, welches ein aktives Ich bereits voraussetzt*. Dieses aktiv-unmittelbar als „Tatsache an sich selbst“ ontologisch erfahrene „Ich“ muss also streng empirisch besehen jedem Begriff von „Gehirnprozessen“ vorausgehen, weil ohne seine ontologische Existenz dieser Begriff - und damit die angebliche physiologische Tatsache des „Gehirns“ als neuer protomythologischer Ursprungsbegriff „transhumanistischer“ Bestrebungen - gar nicht existierte.

Anders ausgedrückt: Es gibt keinen Begriff des „Gehirns“ ohne ein *vorgängiges* ontologisches Ich-Zentrum, das diesen Begriff hervorbringt. Damit ist aus rein logischer Sicht aber der Satz hinfällig, der die heutige materialistische Bewusstseinsforschung typologisch zu dominieren scheint: „Das Gehirn ist die Ursache und der Ursprung des Ich“. Denn streng empirisch-ontologisch genommen muss es umgekehrt sein: Der Begriff des „Gehirns“ setzt bereits ein Ich *vorgängig* voraus, das diesen Begriff überhaupt erst bildet. Streng genommen impliziert also der obige Satz aus rein logischer Sicht den folgenden Satz: „Das Ich ist die Ursache und der Ursprung des Begriffs des Gehirns, das die Ursache und der Ursprung des Ich ist.“ Das ist ein paradoxaler Zirkelschluss, der sowohl selbstreferentiell wie zirkulär ist.

Was ist damit - wiederum aus rein logischer Sicht - faktisch ausgesagt? Während die Ideologien der neuen

oksResult.cfm&vLang=D&iValue=Stichwort&iQuickSearch=rein alter&iStichwort=rein alter&vSearchBooks=Yes&vRecordPhrase=True&CFID=7811021&CFTOKEN=97189230. Die Arbeiten der Forschungsstelle wurden anschließend vom „Institut für Ideengeschichte und Demokratieforschung“ Innsbruck fortgesetzt, dessen Mitarbeiter ich 2002 - 2008 war.

<sup>25</sup> THOMAS VON AQUIN: *De ente et essentia* (1996).

<sup>26</sup> Die entsprechende paradigmatische (und ideenpolitische) „Zurückhaltung“ hat eine längere und komplexe Geschichte, die ich in anderen Publikationen mehrfach kontextspezifisch erklärt und in ihren multidimensionalen Ursachenschichten historisch zu rekonstruieren versucht habe. Siehe z. B. R. BENEDIKTER: *Drei exemplarische Kritiken an den Geisteswissenschaften im 20. Jahrhundert* (2001); ders.: *15 Zukunftsentwürfe der Geisteswissenschaften am Beginn des 21. Jahrhunderts* (2002); ders.: *Politik und Religion* (2008).

„Neurophilosophien“<sup>27</sup> heute weitgehend fraglos von der monokausalen Forschungsfrage ausgehen, wie aus den neuronalen physiologischen Prozessen „Bewusstsein“ und „Ich“ entstünden (und dabei analytische, das heißt „raumgreifende“ oder synchrone Logik anwenden), wird dabei ein entscheidendes logisches Problem übersehen. Dieses besteht darin, dass bereits die reine Tatsache dieser Frage ein sich ontologisch selbstgegebenes, der unmittelbaren Subjektivitätsempfindung fähiges „Ich“ voraussetzt. Ohne dieses könnte diese Annahme gar nicht gemacht werden. Die Tatsache jedoch, dass das „Ich“ oder das „bewusste Bewusstsein“ allen anderen Weltphänomenen, inklusive jeder Sinneswahrnehmung, bereits als Tatsache zugrunde liegen und also als Interpretationsgrundlage vorausgehen muss, wenn diese überhaupt im Seins-Raum „erscheinen“ wollen, weist darauf hin, dass aus strikt logischer und empirischer Sicht das „Ich“ als unmittelbare ontologische Erfahrungstatsache die erste - und unhintergebar erste - Tatsache ist. Das „Ich“ geht aus empirischer Sicht allen anderen Dingen, Erscheinungen, Tatsachen, Wahrnehmungen, Begriffen, Interpretationen und Erkenntnissen voraus.

Wendet man diese nicht analytische, sondern ontologische (d. h. zeitbegründete, diachrone) Logik an, dann ist klar, dass bereits die heuristische Ausgangsdefinition einer Frage wie: „Wie entsteht aus neuronalen Prozessen ein ‚Ich‘?“ zwar legitim ist, aber logisch so nicht gestellt werden kann. Warum? Weil sie als Erkenntnisakt einen Widerspruch aufweist, der sie selbst als unmöglich aufhebt. Denn es ist ein ontologisch bereits vorhandenes Ich, das diese Frage stellt und dabei den Begriff der „neuronalen Prozesse“ schon hervorgebracht hat.

Mit anderen Worten: Die Frage weist einen blinden Fleck auf, der ihre wissenschaftliche Validität außer Kraft setzt. Dieser kann allerdings nur dann entdeckt werden, wenn man die raumgreifende Logik der analytischen Betrachtung in diachrone Bewegung versetzt. Sie übersieht nämlich, dass zur Stellung dieser Frage: „Wie entsteht aus neuronalen Prozessen ein ‚Ich‘?“ bereits ein aktives „Ich“ vorausgesetzt werden muss, in dessen unmittelbarem ontologischem Selbstbezug z. B. der Begriff des „Gehirns“ nicht unmittelbar und notwendig vorkommt. Die oben genannte Ausgangsfrage, gestellt aus der Warte einer inklusiv zeitgemäßen Bewusstseinsforschung, müsste aus streng logischer Sicht also vielmehr lauten: „Wie entsteht aus meinem selbstbewussten Ich der Begriff ‚neuronale Prozesse‘, aus denen mutmaßlich ein ‚Ich‘ entsteht?“ Oder noch genauer: „Wie wirken ontologisch-unmittelbare Selbsterfahrung im Ich, die das Erste ist, was mir unmittelbar gegeben ist, und die aus diesem hervorgebrachte interpretative ‚Tatsache‘ neuronaler Prozesse so zusammen, dass ein Gesamtvorgang des Erkennens zum selbstdurchsichtigen Vollzug erwachsen kann, der damit - da das erkennende ebenso wie das erkannte Subjekt ich selbst bin - unweigerlich auch zur Selbsterkenntnis werden muss?“

Die Sprengkraft dieser Unterscheidung ist deshalb so groß, weil im Rahmen der heutigen Bewusstseinsfor-

schung nicht mehr nur vom Subjekt aus über Objekte seiner Lebenswelt verhandelt wird, über die es auf der Grundlage einer dualen Innen-Außen oder Ich-Es-Spaltung verfügen kann wie bisher. Sondern im Rahmen dieser Bewusstseinsforschung wird in Kürze über die Veränderung dieses Ich selbst entschieden werden - und damit über die Veränderung des archimedischen Punktes selbst, aus dem alle Welt entspringt: über das sich selbst innerhalb einer „objektiven“ Basis individuell selbst gegebene „Ich“.

Sollte dieses „Ich“ im Verlauf der neurotechnologischen Forschungen und der introversiven mechanischen Hybridisierung des Menschenwesens gefährdet werden oder gar verloren gehen, was durchaus möglich ist und von einigen führenden Transhumanisten sogar angestrebt wird, wäre damit aus streng logischer Sicht „alles“ verloren - weil das „Ich“ aus rein logischer Sicht als „bewusstes Bewusstsein“ der Ursprung, der Ort, das Ziel und die Perspektive von „allem“ ist, was je ist, war und sein wird. Ohne Ich „gäbe es keine Bäume, keinen Kosmos, nichts“<sup>28</sup>, wie MARTIN HEIDEGGER nicht als einziger Avantgarde-Denker im 20. Jahrhundert immer wieder, wenn auch mit unzureichenden Mitteln, kenntlich zu machen suchte. Die Transhumanisten, die sich heute philosophisch auf ihn (und vor allem auch auf eines seiner „posthumanistischen“ Vorbilder, FRIEDRICH NIETZSCHE) berufen, haben auch dies übersehen.

Die Summe dieser Probleme hat für die gegenwärtige „Schwellenzeit“ der Bewusstseinsforschung einen dialektisch-synergetischen Wert. Was die aufklärerische Intelligenz im „späthumanistischen“ Zeitalter unter anderem tun wird müssen, um diese Forschung angemessen zu erneuern und in ihrer zeitüberdauernden Substanz zu retten, ist, die den modernen „Neurophilosophien“ inhärenten kulturellen und sozialen Implikationen in einer angewandten sozialpolitischen Perspektive detailliert aufzuzeigen. Die logische Kohärenz bzw. der Widerspruch des Bildes vom Menschen, das von diesen Philosophien inmitten der heutigen Kultur produziert wird, sind kritisch zu hinterfragen. Dabei darf es weder unser Ziel sein, die augenfälligen Mängel dieser Philosophien einseitig zu kritisieren noch ihre „progressiven“ Impulse im Hinblick auf die sogenannte „Wiederaneignung“ der aufklärerischen Traditionen einseitig zu loben, zu der sie die vorherrschende Richtung zeitgenössischen Denkens indirekt zu zwingen scheinen.

Das Ziel der Untersuchung kann nicht sein, den eher polarisierenden Tendenzen der gegenwärtigen Debatte zwischen mechanistischen und transzendentalen Konzepten zu folgen, sondern zu versuchen, die produktive Ambivalenz der „neuen“ Philosophien herauszuarbeiten und so einen stärker inklusiven Standpunkt zu schaffen. Jeder inklusive Standpunkt - und ein solcher hat das erklärte Ziel einer wirklich zeitgenössischen Analyse und Perspektivenbildung zu sein - muss die partielle Bedeutsamkeit und Berechtigung sämtlicher Standpunkte, die im Spiel sind, berücksichtigen, gleichzeitig aber auch deren jeweilige Einseitigkeit und logischen

<sup>27</sup> Vgl. dazu ausführlich R. BENEDIKTER: Die neuen Politiken des Ich.

<sup>28</sup> M. HEIDEGGER: Unterwegs zur Sprache (2007). Vgl. ders.: Nur noch ein Gott kann uns retten (1976). Siehe dazu meinen ausführlichen Kommentar im Hinblick auf die „Ich“-Frage und ihr grundlegendes Zukunftspotential in: R. BENEDIKTER: Wer ist der „rettende Gott“? (2002).

Widersprüche kritisch beleuchten. Auf diese Weise könnten experimentelle Komplementaritätsmodelle für ein nachhaltigeres und multidimensionales Konzept des Menschen entstehen, die in der Lage sind, sowohl die Naturwissenschaften als auch die Traditionen des „tiefen“ (d. h. nicht bloß ethischen, sondern auch streng kognitiven) Humanismus einzubeziehen.

## 7. Ausblick: Welcher Geist wird das „Jahrzehnt des Bewusstseins“ 2010 - 2020 prägen: der „Geist“ des Gehirns, des Verstandes oder der Vernunft?

Fazit: Insgesamt gesehen sind, um die volle Bedeutung und Tiefe der (produktiven) Probleme zu begreifen, die durch die trans- und posthumanen wissenschaftlichen Ansprüche und Philosophien der neuen Untersuchungen zum Ursprung und zur Natur des „menschlichen Bewusstseins“ entstehen, eher logische als ethische Überlegungen anzustellen. Dies deshalb, weil wir die derzeitigen ethischen Fragen im Prinzip als „jenseits von Gut und Böse“ stehend betrachten, da sie mehr denn je von rein logischen Überlegungen (und Widersprüchen) abzuhängen scheinen.

Die grundlegende Frage unserer Annäherung an moderne „Neurophilosophien“ aus einer entschieden transatlantischen Perspektive lässt sich daher wie folgt zusammenfassen: Wie können wir das Konzept des klassischen Humanismus und der Aufklärung im Licht der neuen „Neurophilosophien“ und ihrer Implikationen für das „Wesen“ des Menschen nicht nur wiederherstellen, sondern gleichzeitig auch weiterentwickeln - durch Anwendung rationaler Untersuchungsmethoden sowohl in formaler als auch in ontologischer Perspektive?

Diese Frage ist deshalb wichtig, weil das Jahrzehnt 2010-2020 in jedem Fall das „Jahrzehnt des Bewusstseins“ sein wird - ob es nun von Regierungen und Öffentlichkeit als solches deklariert wird oder nicht. Welcher Geist aber wird dieses Jahrzehnt prägen? Wird, was aus den transdisziplinären Forschungen unserer Zeit als neues Selbstbild des menschlichen Bewusstseins und seiner Fähigkeit zur Selbstbezüglichkeit entspringt, ein bewusstseinspolitischer Objektivismus des Gehirns, ein existenzontologischer Subjektivismus des Verstandes oder eine inklusiv realitätskonforme, d. h. subjektiv-objektive - also weder passiv *a priori* noch passiv *a posteriori*, sondern aktiv *in actu* auf ihr eigenes Rätsel bezogene - neohumane Vernunft sein?<sup>29</sup>

Aus unserer Sicht wird diese Frage die grundlegenden kulturellen und sozialen Führungskonzepte der europäisch-westlichen Zivilisation in Zukunft entscheidend beeinflussen. Dies deshalb, weil die Frage, was der Mensch ist - ob ein neuronaler Apparat oder ein geistiges, d. h. bewusst selbstbezügliches Wesen - , den innersten Kern unserer Kultur betrifft. Es wird daher in den kommenden Jahren und Jahrzehnten in allen Gesellschaftsbereichen zu entsprechenden Auswirkungen

29 Vgl. dazu ausführlich R. BENEDIKTER /J. GIORDANO / K. FITZGERALD: Towards A Trans-Human Future? (2009); R. BENEDIKTER /J. GIORDANO /J. ENGEBRETSON: Culture, Subjectivity and the Ethics of Patient-Centered Pain Care (2009).

kommen. Die vierte Vorbereitungstagung zu einem „Jahrzehnt des Bewusstseins“ in Albuquerque hat dies klar herausgearbeitet.

Die Diskussion wird voraussichtlich 2010 mit einer fünften Vorbereitungstagung in Berlin fortgesetzt. Bereits vorher wurde auf der 2. Mind-Body-Conference der Nour-Foundation, „Brain, Mind & the Nature of Being“, an der Universität Oxford vom Juli 2009, wo ROLAND BENEDIKTER und JAMES GIORDANO wiederum als Hauptredner auftraten, dasselbe Thema behandelt.<sup>30</sup> Hier und in Zukunft wird darauf zu achten sein, stärker als bisher europäische Perspektiven in die Debatte einzubringen. Darunter ist zum Beispiel der „Geist“-Begriff als Bindeglied zwischen „objektivem“ und „subjektivem“ Bewusstsein. Der Geist-Begriff ist ein zentraleuropäisches Unikum und kann der Konzeption, dem Selbstverständnis und der Ausrichtung der interdisziplinären Bewusstseinsforschung wesentliche Impulse geben. Er kommt aber - wie eingangs angeführt - in der amerikanischen Terminologie nicht vor, da diese nur die Dichotomie des Wortpaares „mind“ und „spirit“ kennt, nicht aber ihren Übergangspunkt ineinander im Begriff „Geist“. Daher ist auch der Begriff „Ich“ in der englischen Sprache nicht wie im Deutschen als subjektiv-objektives Ereignis fassbar. Zentraleuropa ist hier aufgefordert, sich stärker als bisher auf der Grundlage seiner geistigen Tradition an der Schaffung einer internationalen Theorie des Bewusstseins zu beteiligen - eine wesentliche Aufgabe auch für erkenntnistheoretisch-axiologisch fundierte Sozialwissenschaften!

Die erkenntniskritische Dimension wurde allerdings unter „postmoderner“ Paradigmen-Ägide weitgehend aus der Agenda der Sozialwissenschaften verdrängt, da man sie unter radikal-(de)konstruktivistischem Gesichtspunkt für irrelevant beziehungsweise nicht existent hielt. Sie wird vor allem in Zentraleuropa - dem einzigen Wissenschaftsgebiet weltweit, in dem die Paradigmen der „Postmoderne“ auch nach dem 11. September 2001 weiterhin unangefochten dominieren - bis heute noch immer weitgehend vernachlässigt. Das gereicht den Sozialwissenschaften zum Schaden, denn sie können auf diese Weise keinen Zugang zu den Innendimensionen der Bewusstseinsforschung erlangen und daher auch nicht mitreden, wenn sie erkenntnistheoretische und ontologische Fragestellungen und Aspekte nicht aktiv in ihr methodisches Zentrum einbeziehen, was faktisch die Überwindung des einseitigen Dekonstruktivismus zugunsten einer balancierteren, subjektiv-objektiven oder nominalistisch-realistischen Paradigmenformation bedeutet.

Zu Recht schreiben dazu unseres Erachtens E. G. GUBA und Y. S. LINCOLN:

„... das Problem ist viel weitreichender, als wir uns das zunächst vorgestellt haben. Wenn wir das Ganze noch einmal machen müssten, würden wir Werte, oder besser gesagt: die Axiologie - jenen Zweig der Philosophie, der sich mit Ethik, Ästhetik und Religion befasst - in die grundlegenden philosophischen Dimensionen des Paradigmenvorschlags einbeziehen. Dies würde uns unserer Meinung nach helfen zu erkennen, dass

30 <http://www.mindbodysymposium.com/Technology-Neuroscience-and-the-Nature-of-Being/Brain-Mind-and-the-Nature-of-Being.html>.

die Ethik nicht außerhalb der Paradigmen steht, sondern in sie eingebettet ist ... und würde zu Überlegungen und zum Gespräch über die Rolle der Spiritualität in den Fragen des Menschseins beitragen. Wohl wurde die Axiologie in wissenschaftlichen Fragen „ausdefiniert“... (doch) ist die Ausweitung grundlegender Fragen auf die Axiologie... einer der Wege, um unter den verschiedenen interpretierenden Framemodellen zu einer größeren Einheit zu gelangen.“<sup>31</sup>

Doch auch wenn diese Beteiligung europäischer Methoden der Begriffsbildung auf der Grundlage einer „axiologischen“ Paradigmen-Erweiterung verwirklicht sein wird: Wohin blicken wir, wenn wir auf das Bewusstseinsrätsel und seine Erforschung in den kommenden Jahren sehen? Die Antwort der Zeit auf diese Frage bleibt derzeit ebenso offen, wie die Antwort der bislang einseitig dominierenden physiologisch-materialistischen Wissenschaften unzureichend und logisch widersprüchlich bleibt.

Sicher ist jedoch eines: Wenn wir im zeitgenössischen Spannungsfeld zwischen Objektivismus und Subjektivismus eine inklusive Perspektive ihres Überschneidungspunktes am Ursprung des menschlichen Bewusstseins und seines Nachdenkens über sich selbst finden wollen, müssen wir im 21. Jahrhundert auf eine *multidimensional* - wenn nicht gar „multiversal“<sup>32</sup> - zusammenschauende Theorie des Gehirns, des Verstandes, der Vernunft und des Geistes übertragen, was die Quantenphysik als subjektiv-objektives Weltbild bereits in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts als synchrone Doppelstruktur oder konstitutive Paradoxie des Realitätseignisses für die physikalische Welt postulierte. Das wird nicht genug sein. Aber es wird ein erster wichtiger konzeptioneller Schritt mit über Jahrzehnte hinaus weitreichenden Folgen sein - ins Unbekannte jenes dunklen Kontinents des „Ich“ hinein, der uns erwartet, und der von uns erwartet, dass wir nun in ihn eintreten: mit dem größtmöglichen Bewusstsein, das uns in der gegenwärtigen historischen Passage zur Verfügung steht.

## Literatur

BENEDIKTER, R.: Drei exemplarische Kritiken an den Geisteswissenschaften im 20. Jahrhundert: Schweitzer, Adorno, Steiner. In: *Neohelicon. Acta Comparationis Litterarum Universarum*. Edited by the Eötvös L. University Budapest, Akadémiai Kiadó. Issue XXVIII / 2: Universitas Futura. Dordrecht; Boston; London: Kluwer Academic Publishers, 2001, S. 159-171.

- 15 Zukunftsentwürfe der Geisteswissenschaften am Beginn des 21. Jahrhunderts. In: *Neohelicon. Acta Comparationis Litterarum Universarum*. Edited by the Eötvös L. University Budapest, Akadémiai Kiadó. Issue XXIX / 2: Universitas Futura. Dordrecht; Boston; London: Kluwer Academic Publishers 2002, S. 261 - 276.

- Wer ist der "rettende Gott"? Das Doppelantlitz der Technik am Beginn des 21. Jahrhunderts. In: *Kulturzeitschrift „Die Drei“* 72 (2002) 8 - 9, 53 - 74.

- Der sich selbst erforschende Mensch. Die wissenschaftliche Wiederentdeckung der Introspektion. In: *Das Goetheanum* 84 (2005) 5, 6 - 7.

- Politik und Religion. Anmerkungen zur gegenwärtigen Bestimmung ihres Verhältnisses. In: *Berliner Debatte Initial*. Zeitschrift für sozialwissenschaftlichen Diskurs. Hrsg.von der Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Forschung und Publizistik 19 (2008)

31 E. G. GUBA / Y. S. LINCOLN: Paradigmatic Controversies, Contradictions, and Emerging Confluences (2005), S. 200.

32 U. HAUENSTEIN: Zeitgemäße Masterstudiengänge (2007).

4, 90 - 101.

BENEDIKTER, R. / GIORDANO, J. / FITZGERALD, K.: Towards A Trans-Human Future? The Current Change in the Self-Perception of Humanity at the Interface between Biotechnology and Society - and the Perspectives. In: J. Giordano (Hrsg.): *Advances in Neurotechnology: Ethics, Legal and Social Issues*. CRC-Taylor-Francis Press, 2009.

BENEDIKTER, R. / GIORDANO, J. / FITZGERALD, K.: The Future of the (Self-)Image of the Human Being in the Age of Transhumanism, Neurotechnology and Global Transition. In: *Futures. The Journal for Policy, Planning and Futures Studies*. Volume 41: Special issue „Global mindset change“ (ed. J. Gidley). Elsevier, 2009. BENEDIKTER, R. / GIORDANO, J. / ENGEBRETSON, J.: Culture, Subjectivity and the Ethics of Patient-Centered Pain Care. In: *The Cambridge Quarterly of Healthcare Ethics* 18 (2009) 1, 47 - 56.

BENEDIKTER, R.: Die neuen Politiken des Ich. Kritik und Perspektiven der „Neurophilosophien“, i. Vorber. (2010).

24 Roland Benedikter - James Giordano - James Olds BOSTROM, N.: The Future of Human Evolution. In: Charles Tandy (Hrsg.): *Death and Anti-Death: Two Hundred Years After Kant, Fifty Years After Turing*. Palo Alto, California: RiaUniversity Press, 2004, S. 339 - 371.

- In Defence of Posthuman Dignity. In *Bioethics* 19 (2005) 3, 202 - 214.

- Why I Want to be a Posthuman When I Grow Up. In: Bert Gordijn / Ruth Chadwick (Hrsg.): *Medical Enhancement and Posthumanity*. Berlin: Springer, 2006.

- Technological Revolutions: Ethics and Politics in the Dark. In: <http://www.nickbostrom.com/revolutions.pdf>. Oxford University, 2006.

- Dignity and Enhancement (2007). In: <http://www.nickbostrom.com/ethics/dignity-enhancement.pdf>.

- The Future of Humanity. In: Jan-Kyrre Berg Olsen / Evan Selinger (Hrsg.): *New Waves in Philosophy of Technology*. Palgrave: MacMillan, 2007.

- Letter from Utopia. In: *Studies in Ethics, Law and Technology* 2 (2008) 1, 1 - 7.

GUBA, E. G. / LINCOLN, Y. S.: Paradigmatic Controversies, Contradictions, and Emerging Confluences. In: N. K. Denzin / Y. S. Lincoln (Hrsg.): *The Sage Handbook of Qualitative Research*. Thousand Oaks, 32005.

HAUENSTEIN, U.: *Zeitgemäße Masterstudiengänge*. Solothurn, 2007.

HEIDEGGER, M.: *Unterwegs zur Sprache (1950 - 59)*. Stuttgart: Klett-Cotta, 2007.

- Nur noch ein Gott kann uns retten. In: *Der Spiegel*, Nr. 23 / 1976.

HOBSBAWM, E.: *Globalisierung, Demokratie und Terrorismus*. München: dtv, 2009. Internetseite der vierten Vorbereitungskonferenz zum „Jahrzehnt des Bewusstseins“ DoMIV: <http://dom4.org/index.html>.

INAYATULLAH, S. / GIDLEY, J. (Hrsg.): *The University in Transformation. Global Perspective on the Futures of the University*. Westport: Bergin and Garvey, 2000.

JOY, B.: Why the Future doesn't need us. In: *Wired*. New York, 2000, <http://www.wired.com/wired/archive/8.04/joy.htm>.

KEIPER, A.: The Age of Neuroelectronics. In: *The New Atlantis* (2006) 11, 4 - 41, <http://www.thenewatlantis.com/archive/11/keiper.htm>.

LANSNER, A. / SANDBERG, A.: *Functionality and Performance of Brain-Inspired Neural Networks*. Zao, Sendai, Japan: NOLTA, 2001, S. 501 - 504.

LEVINAS, E.: *Ethik und Unendliches*. Wien: Passagen-Verlag, 1996.

LYOTARD, J.-F.: *Der Widerstreit*. München: Fink, 1982.

MUSCHALLE, M.: Rudolf Steiners Begriff der Denk-Beobachtung. 22.07.2005, in: [www.studienzuranthroposophie.de](http://www.studienzuranthroposophie.de).

PINKER, S.: The mystery of consciousness. In: *Time Magazine*, Jan. 19, 2007, <http://www.time.com/time/magazine/article/0,9171,1580394.00.html>.

RAVAGLI, L.: *Meditationsphilosophie. Untersuchungen zum Verhältnis von Philosophie und Anthroposophie*. München: Trithemius Verlag, 2000.

SAM, M. M.: Im Ringen um eine neue Sprache. Dornach: Verlag am Goetheanum, 2004.

SANDBERG, A.: Andart. Essays on Technology, Science and the Human Condition. In: <http://www.aleph.se/andart/>.

STEINER, RUDOLF: Anthropologie und Anthroposophie. In: R. Steiner: Von Seelenrätseln. Dornach / Basel: Rudolf Steiner Verlag, 1983.

- Die Philosophie der Freiheit. Dornach / Basel: Rudolf Steiner Verlag, 2005. The Future of Humanity Institute at Oxford University: <http://www.fhi.ox.ac.uk/>.

THOMAS von AQUIN: De ente et essentia - Das Seiende und das Wesen (etwa 1254 - 56). Jahrzehnt des Gehirns, des Verstandes - oder der Vernunft? 25 Stuttgart, 1996.

WARWICK, K.: The Matrix - Our Future? Reading, 2003. In: What Is The Matrix?, [http://whatisthematrix.warnerbros.com/rl\\_cmp\\_phil\\_warwick.html](http://whatisthematrix.warnerbros.com/rl_cmp_phil_warwick.html).

WITZENMANN, H.: Intuition und Beobachtung. 2 Bde. Basel: Gideon Spicker Verlag, 1992.

## Die Autoren

ROLAND BENEDIKTER, Dott. DDDr., Research Professor of Sociology in residence, The Orfalea Center for Global and International Studies, University of California at Santa Barbara, und Visiting Scholar 2009 - 10, The Forum on Contemporary Europe, Stanford University.

JAMES GIORDANO, Professor of Neuroscience, Philosophy and Ethics, Institute for Psychological Sciences, Centre for Philosophical Psychology; Fellow, Blackfriars Hall, University of Oxford; und Director, Center for Neurotechnology Studies and Chair, Academic Programs, Potomac Institute for Policy Studies Arlington, VA, USA.

JAMES OLDS, Prof. PhD (Philosophie), Professor für Neurowissenschaften und Direktor des Krasnow Institute for Advanced Studies der George Mason University, Fairfax VA; seit 2007 Co-Direktor des "Decade of the Mind"-Projekts.

## Zusammenfassung

BENEDIKTER, ROLAND / J. GIORDANO / J. OLDS: Jahrzehnt des Gehirns, des Verstandes - oder der Vernunft? Die vierte Vorbereitungstagung zu einem internationalen „Jahrzehnt des Bewusstseins“ in Albuquerque, New Mexico.

Der Beitrag gibt einen Eindruck über die internationale Wissenschaftsinitiative „Jahrzehnt des Bewusstseins 2010-2020“. Diese soll unter Schirmherrschaft der neuen US-Regierung unter Barack Obama die weltweite Forschung zu Bewusstsein, Gehirn und Geist sammeln und koordinieren. Die drei Autoren schildern Inhalte, Themen und zentrale Probleme der 4. Vorbereitungstagung zu dieser Initiative, die im Februar 2009 an der Universität New Mexico in Albuquerque stattfand und an der sie als Hauptredner teilnahmen. Aus dem Bericht wird einerseits deutlich, dass die globale Bewusstseinsforschung einer der wichtigsten Forschungszweige der Menschheit sein wird mit Auswirkungen nicht nur auf das Selbstverständnis des Menschen, sondern davon ausgehend auch auf Politik, Kultur und Gesellschaft. Andererseits wird klar, dass nur eine transdisziplinäre Blickrichtung angemessene Antworten auf die neuen, hochkomplexen Frage- und Phänomenbereiche liefern wird können. Bewusstseinsforschung Gehirn Geist Transdisziplinarität

## Summary

BENEDIKTER, ROLAND / J. GIORDANO / J. OLDS: Decade of the Brain, of the Mind - or a new Epoch of Reason? The 4th preparatory conference for an international "Decade of the Mind" in Albuquerque, New Mexico.

The paper discusses the international science initiative „Decade of the Mind 2010 - 2020“ which, under the patronage of the new US-government, aims to connect and coordinate the worldwide research on mind, brain and spirit. The three authors describe the contents, topics and central problems of the 4th preparatory conference for this initiative which took place at the University of New Mexico in Albuquerque and where they served as main speakers. The report shows that the global research on mind and matter is destined to become one of the most important branches of the inquiry of mankind into its own nature, with consequences not only for the self-conception of the human being, but also for politics, culture and society. It also shows that the new, highly complex problems and phenomena can be addressed adequately only by a transdisciplinary me-

thodology which is still in the process of being developed. Brain mind spirit transdisciplinarity

## Glossar

*Axiologisch* - Die Lehre von den moralischen Werten betreffend

*Cyborgisierung* - der Zusammenschluss von Mensch und Maschine, z.B. durch Implantate

*Dekonstruktivismus* - eine kulturell dominante philosophische Zeitströmung zwischen 1980 und 2001, die versuchte, alle Erscheinungen zu „zerlegen“ in ihre angeblich konstitutiven Einzelteile und dabei zu beweisen, dass alles „gemacht“ sei durch Zusammensetzung, dass aber nichts eine „in sich stimmige“ „Substanz“ habe - alles ist künstlich, nichts ist real

*diachron* - auf die Zeitebene bezogen bzw. nachzeitig

*Genomik* - auf das Genmaterial ausgerichtet

*Holistik* - Ganzheitlichkeit

*Hybridisierung* - Vermischung

*In actu* - währenddessen

*Inklusiv* - einschliessend

*Investigation* - Untersuchung

*Iterationen* - Wiederholung eines Begriffs, wodurch seine Bedeutung mit der Zeit immer mehr kulturkonform variiert und verändert wird

*Konvergent* - zusammenfließend

*Multiversität* - Netzwerk verschiedener Universitäten

*Multiversale Vernunft* - vielschichtige, bewusst verschiedene Sichtweisen einbeziehende und versöhnende Vernunft

*Ontologisch* - die erlebte Seinsebene betreffend (nicht die logisch-reflektierte Ebene)

*Primordial* - grundlegend

*Repräsentational* - das Wiedergespiegelte

*Selbstreferentialität* - das auf sich selbst Bezogene

*Synergistisch* - zusammenschauend

*Transdisziplinarität* - Disziplinen zusammenführend / überschreitend

*Transkulturalität* - Kulturen zusammenführend / überschreitend

*Translatorisch* - überführend, übersetzend

*Transzendental* - dasjenige, was das gewöhnlich Bekannte und Anerkannte überschreitet

# Betrachtungen und Berichte

## Gedenken: Manfred Borchert

\*18. Mai 1947, + 14. Juni 2009

*„Kaum jemand hat das effe so nachhaltig geprägt wie Manfred Borchert“ schreibt Ingo Krampen im Infobrief 5/2009 des Europäischen Forums für Freiheit im Bildungswesen. Freiheit im Bildungswesen ist eine wesentliche Forderung in der Dreigliederung. So habe ich in Manfred Borchert immer einen wichtigen Verbündeten in meiner Arbeit gesehen und erlebt und sein Engagement bewundert und geschätzt. Ich glaube, dass ich ihn hier nicht besser würdigen kann, als durch Auszüge aus Ingo Krampens Nachruf, in dem dieser aus der engen Zusammenarbeit vieler Jahre seine Lebensleistung und seine menschlichen Qualitäten schildert:*

Er war von der ersten Stunde an dabei. Schon das erste Kolloquium in Witten 1989 gestaltete er mit; 1990 in Velence/Ungarn gehörte er zu den Gründern des Europäischen Forums. In den Jahren danach war er zum Teil ehrenamtlich neben seinen Aufgaben für die Freie Schule Bochum und für den Bundesverband Freier Alternativschulen und zum Teil auch hauptamtlich für das effe tätig. In dieser Zeit plante und organisierte er viele Kolloquia und Tagungen, führte das Büro und verwaltete ganz nebenbei auch noch die Finanzen.

Geboren am 18. Mai 1947, starb Manfred Borchert nach langer Krankheit am 14. Juni 2009, einen Monat nach seinem 62. Geburtstag. Viel zu früh, darüber waren sich alle einig. Als er vor einigen Jahren krankheitsbedingt seine Tätigkeiten aufgeben und seine diversen Ehrenämter abgeben musste, war an vielen Stellen niemand in Sicht, der ihn hätte ersetzen können. Und dennoch: die Einrichtungen in denen er nachhaltig gewirkt hat, entwickelten sich nach seinem Ausscheiden sehr positiv weiter. Warum?

Die Freie Schule Bochum, sein erstes „Kind“, nach der Gründung zunächst von allen offiziellen Stellen ignoriert oder verboten, hat sich zu Manfreds Zeit fast 10 Jahre lang ungenehmigt durch alle Instanzen hindurch

kämpfen müssen. Heute ist sie eine geschätzte und beliebte Alternative der Bochumer Bildungslandschaft, die sogar von der Oberbürgermeisterin jüngst als wichtige „Blüte im Strauß“ der Bochum Schulen bezeichnet wurde. Pädagogik und Struktur der Schule, die sich als so erfolgreich erwiesen haben, hatte Manfred Borchert maßgeblich mitgeprägt. Die „Blüten“ und Früchte seiner Arbeit ernten nun die Schüler/innen und Lehrer/innen der nächsten Generation.

Der Bundesverband Freier Alternativschulen, Manfreds zweites „Kind“, hat sich mit der Zahl der Neugründungen von Alternativschulen in den letzten Jahren sprunghaft vergrößert und professionalisiert. Ohne die vielen Service und Hilfeleistungen, die er heute bietet, und die auf der Pionierarbeit von Manfred aufbauen, wären viele Gründungen nicht oder nur viel schwieriger möglich gewesen. Manfred war jahrelang oft ehrenamtlich treu und aufopferungsvoll von Ort zu Ort gereist, um Initiativen zu beraten.

Das Europäische Forum für Freiheit im Bildungswesen hat nach seinem Ausscheiden aus dem Vorstand einen großen Schritt nach vorn gemacht, indem eine hauptamtliche Mitarbeiterin eingestellt werden konnte, deren Aufgabe die Wahrnehmung der EU Bildungspolitik in Brüssel, die Vernetzung des effe mit amtlichen Stellen und anderen NGO's sowie die Stärkung des effe Netzwerkes war. Auch dieser Schritt war noch mit Manfreds Hilfe und unter seiner Verantwortung eingeleitet worden. Die Zukunftsstiftung Bildung der GLS Treuhand, deren Stiftungsrat er angehörte, initiierte vor einigen Jahren ein Projekt, das jetzt von der Landesregierung NRW übernommen wurde: das Projekt „Jedem Kind ein Instrument“, mittlerweile von Kulturstiftungen des Bundes und der Länder gefördert und flächendeckend in Nordrhein Westfalen erfolgreich: Jedem Grundschulkind im Ruhrgebiet wird damit ermöglicht, ein Musikinstrument zu erlernen.

Auch dieses Projekt war noch unter Mitwirkung von Manfred entwickelt worden und kam zur Blüte, als er aus dem Stiftungsrat ausgeschieden war. Das ist kein Zufall: Dass alle Initiativen, die Manfred Borchert angestoßen, entwickelt oder selbst begonnen hat, sich erst oder besonders nach seinem jeweiligen Abschied als besonders erfolgreich herausstellen, das entspricht seiner Art und seinem Charakter. Manfred, promovierter Soziologe, war kompetent und willenskräftig zugleich. Aber er hat nie Wert auf persönliche Anerkennung gelegt. Ihm war wichtig, dass die Initiativen florierten, Lorbeeren erwartete er nicht, Lob war ihm eher peinlich.

Manfred war ein Mensch, der bürgerlich und zugleich sehr unbürgerlich war: Einerseits freute er sich über das Häuschen in dem abgeschiedenen Ort Marl am Rande des Ruhrgebiets, das er mit seiner lieben Frau Bua (Walburga Henry) zusammen bewohnte, und genoss die Idylle dort, fern vom Getriebe der Großstädte. Auch sonst pflegte er durchaus eine gewisse Konformität mit gesellschaftlichen Gepflogenheiten und Traditionen. Aber: Wo Manfred Borchert etwas als notwendig erkannte, da war für ihn das Problem nicht mit dieser Erkenntnis erledigt, sondern da begann er, selbst Abhilfe zu schaffen. Wo er die



Notwendigkeit einer Bildungsreform sah, gründete er eine modellhafte Schule mit sehr unbürgerlichem, ja geradezu revolutionärem pädagogischem Konzept: die Freie Schule Bochum.

[...] Was Manfred in seinem Leben als menschliche Kompetenz entwickelt hat, ist für mich vorbildlich für alle, die moderne Menschen sein möchten: Er war eine in sich ruhende Individualität, aber ohne den Anspruch, persönlich für seine Erfolge gefeiert zu werden. Er kämpfte für seine Überzeugungen, aber ohne andere zu verletzen. Sein Abschied vom Leben passt dazu. Er ging langsam auf den Tod zu, ließ zu, dass er überall Nachfolger fand und Erfolge sich auch ohne ihn einstellten. Dann konnte er gehen, ohne Lücken zu hinterlassen. [...]

[http://www.effe-eu.org/effe2/include/uploads/infobrief/newsletter\\_2009-06-01\\_DE.pdf](http://www.effe-eu.org/effe2/include/uploads/infobrief/newsletter_2009-06-01_DE.pdf)

## Angst - Vernunft und Einsicht - Mut

*Bettina Kalambokis, Michael Rist  
Johannes Kreyenbühl Akademie  
in Zusammenarbeit mit dem Förderverein Zürich*

Angst und Mut sind zwei entgegengesetzte Gefühlsregungen. Es erscheint deshalb berechtigt, auf ihr Entstehen einzugehen.

Älter und krank zu werden und dadurch anderen zur Last zu fallen, macht Angst. Dem unerbittlich wachsenden Leistungsdruck eines Tages nicht mehr gewachsen zu sein, macht Angst. Die Aussicht, eines Tages sogar den Arbeitsplatz zu verlieren, macht Angst. Die Eltern haben Angst davor, dass ihre Sprösslinge den Anforderungen der Schule nicht mehr gewachsen sein könnten. Schlussendlich provoziert das Ohnmachtsgefühl gegenüber allem Unbewältigten, mit dem man es zu tun haben könnte, die Ungunst.

Die Gewissheit, dass man allen Lebenssituationen allein oder mit Hilfe der anderen gewachsen ist, würde keine Angst aufkommen lassen. Ja, das sichere Wissen der eigenen Unsterblichkeit würde selbst die Todesangst verschrecken.

Nun haben gewisse Kreise ein kurzfristiges Interesse daran, die Menschen in Angst zu versetzen, denn dadurch sind sie leichter manipulierbar. Al Gore, der frühere Vizepräsident von Bill Clinton und Verfasser von „Eine unangenehme Wahrheit“ nennt dies in seinem Buch einen „Angriff auf die Vernunft“, indem die Medien den Menschen nur unvollkommene oder fälschliche Urteilsgrundlagen liefern (z. B. Irakkrieg) und ihnen versuchen weiszumachen, dass sie auch bei der Lieferung zutreffender Urteilsgrundlagen doch prinzipiell zu keinem sicheren Urteil - zu keiner vernünftigen Einsicht - fähig sind.

Um die Angst zu überwinden, kommt es darauf an, ein sicheres Wissen zu entfalten. Wie erreicht man aber ein solches? Eine Frage der Erkenntniswissenschaft, die dank Rudolf Steiner bereits in zweifacher Weise gegenüber der gegebenen Natur und der noch nicht gegebenen Zukünftigkeit theoretisch gelöst wird: Durch Denken entwickeln wir gegenüber den Naturgegebenheiten zunächst an sich unbezweifelbare Begriffe und Ideen (Hypothesen). Dann überprüfen wir diese, ob sie auf die gegebene Welt (Natur) zutreffen. Ist dies der Fall, so hat man ein sicheres Wissen über diese entfaltet, wie dies die Angstfreiheit gegenüber den Alltäglichkeiten zeigt.

Aber wie kann man gegenüber der Zukunft, dem noch nicht Gegebenen, ein solches Wissen erlangen? Man kann ja durch sein Denken unbezweifelbare Begriffe und Ideen an dem noch nicht Gegebenen nicht überprüfen, also nicht zu einer sicheren Vorstellung kommen.

Trotzdem gibt es aber zwei Wege. Der eine besteht in „demokratischem“ Vorgehen, indem man nur kleine Schritte in die Zukunft hinein macht und dann nachsieht, ob sie dem erwarteten Erfolg entsprechen. Ist dies nicht der Fall, so muss man den gemachten Schritt rückgängig machen und einen neuen Versuch unternehmen. Dies ist also ein Vorgehen, das sich an die naturwissenschaftliche Erkenntnisweise anlehnt. So geht z. B. auch die Verhaltenswissenschaft bei Tieren vor: Man versucht durch kleine Schritte - durch ihre Bestätigung oder Nichtbestätigung - herauszubringen, was das artgerechte Verhalten einer bestimmten Tierart ist. Hat man dies herausgebracht, so ist es ein Leichtes, ein artgemäßes Haltungssystem für diese Tierart zu kreieren. Das bedeutet jedoch, dass man das wesensgemäße Verhalten dieser Tierart erfasst hat.

Will man also in der Sozialwissenschaft sozialere Verhältnisse haben, als sie bisher erreicht wurden, so müsste man das wesensgemäße Verhalten der Menschen verstehen. Wie der Name der Sozialwissenschaften schon sagt, ist das wesensgemäße Verhalten der Menschen ein soziales. Das kann man schon bei dem menschlichen Verhalten in der Familie beobachten, denn dort sorgen die Eltern für ihre Kinder.

Aber es gibt - als zweiten Weg - noch ein mutigeres Beispiel für menschengemäßes Verhalten: die AHV, die Alters- und Hinterbliebenenversicherung in der Schweiz. Im Gegensatz zu den Pensionskassen, wo jeder aufgrund seiner eingezahlten Beiträge für sich selbst sorgt und gegebenenfalls durch die Verluste an der Börse seine Altersvorsorge reduziert wird, werden bei der AHV die heute einbezahlten Beiträge der „Versicherten“ dazu verwendet, die Renten für die Pensionierten auszuzahlen.

Die heute Schaffenden stellen also einen Teil ihres Arbeitsertrags für die Pensionärinnen und Pensionäre zur Verfügung. Es gilt der sog. „Generationenvertrag“, d. h. die arbeitende und verdienende Generation sorgt für den Unterhalt der Rentnerinnen und Rentner. Es waltet also ein soziales und mutigeres System, weil jede Generation auf die nachfolgende vertraut.

# Bildungsstreik: Protestkultur mit Gespür für Dreigliederung

Wilhelm Neurohr

## Besinnung auf den Bildungsbegriff und sein Menschenbild

Der „Bildungsstreik“ dieses Sommers mit über 200.000 beteiligten Schülern und Studierenden und der zeitgleiche Streik der Erzieherinnen zeugen von einer neuen Protestkultur. Nach den Montagsdemos gegen Hartz IV trat die größte soziale Bewegung als Jugendbewegung auf den Plan, um für einen anderen Bildungsbegriff zu streiten. Mit einem Gespür für die überfällige soziale Dreigliederung wird thematisiert, dass die Einmischung von Staat und Wirtschaft in das freie Bildungswesen mehr schadet als nutzt.

Welches Menschenbild und welcher Bildungsbegriff liegen unserem Erziehungs- und Bildungswesen eigentlich zugrunde? Das ist die eigentliche inhaltliche Kernfrage, die hinter den Protesten und Forderungen sowohl der Erzieherinnen als auch der Schüler und Studenten, unterstützt von vielen Lehrern und Professoren, binnen weniger Wochen massiv zutage getreten ist. Sollen Bildung und Studium nur noch einseitig und in möglichst kurzer Zeit auf das Funktionieren für die Anforderungen des Wirtschafts- und Arbeitslebens hin ausbilden - und das schon möglichst ab dem Kindergarten- und Vorschulalter? An vielen Kritikpunkten der jungen Protestbewegung wird deutlich, dass die Einmischung von Staat und Wirtschaft in das freie Bildungswesen und in die Wissenschaft mehr Schaden als Nutzen angerichtet hat und von den Betroffenen nicht länger akzeptiert wird. Ihnen geht es neben einem höheren Stellenwert für Bildung und für tätige Erzieherinnen auch um Demokratie und Partizipation, um Mitbestimmung und Selbstbestimmung in einem selbstverwalteten Bildungs- und Hochschulwesens. Die Frage ist aufgeworfen: Wohin soll die Bildungsreise gehen und wem soll sie dienen?

Der Übergriff materialistischer Anschauungen auf die Pädagogik durch Politik und Wirtschaftsinteressen hat sich aktuell durch die Vorverlegung des Abiturs um ein Jahr bereits vollzogen. Hier musste zwangsweise gerade auf diejenigen Fächer verzichtet werden, die für die weiteren Lebensabschnitte prägend und deshalb unverzichtbar sind: Kunst, Musik, Religion, Ethik, Geistes- und Sozialwissenschaften und andere. Und bereits in den Kindergärten drängen Politik und Wirtschaft mit ihrer Vorgabe der nicht kindgerechten Frühintellektualisierung. Das finale Einheitsabitur für den „Einheitskopf“ nach überhastet eingeführter Verkürzung auf 12 Schuljahre wurde von den protestierenden Schülern aus den viel zu großen Klassen ebenso abgelehnt wie das sozial selektierende dreigliedrige deutsche Schulwesen mit seinem Benotungs- und verfrühten Auslesesystem, mit der Ausgrenzung von sozial Benachteiligten und nicht integrierten behinderten Schülern. Dessen Negativfolgen wurde bereits von der UNESCO und anderen internationalen Institutionen für inakzeptabel erklärt,

zumal das scheinbar unbelehrbare Deutschland im internationalen Vergleich längst zum Schlusslicht zu werden droht. „Bildung ist ein Bürgerrecht“ hieß es hingegen noch bei den gerade absolvierten Festtagsreden zum 60-jährigen deutschen Grundgesetz unter Berufung auf den Artikel 5 (3): „Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei.“

## Materialistische Anschauungen statt Wahrheitsuche in der Wissenschaft?

Die Studierenden an den Hochschulen wehren sich vor allem gegen Bürokratie und Reglementierung, gegen die ebenfalls sozial ausgrenzenden Studiengebühren und gegen die Verschulung des Bachelor-Studiums mit „Prüfungsorgien“ und ohne selbstbestimmte Schwerpunktsetzungen und Reflexionsphasen. Sie werden gezwungen, nur noch Stoff zu büffeln, statt ihn zu verarbeiten und sich von ihm begeistern zu lassen; dazu fehlen notwendige Verarbeitungs- und Erprobungsphasen. Das Zurückdrängen der Sozial- und geisteswissenschaftlichen Studienangebote zugunsten der technischen Fächer nach technokratischen und profitablen Verwertungsgesichtspunkten verengt das wissenschaftliche Spektrum sowie den Wissenschaftsbegriff und verhindert ein „Studium fundamentale“ zur Erkundung von Wahrheit, von Mensch und Welt, als eigentliches Grundanliegen von Wissenschaft und Forschung. Heutzutage verkommt Wissenschaft stattdessen immer mehr zur „Brotwissenschaft“ für das spätere Erwerbsleben oder für bestimmte Wirtschaftsinteressen, auf schmale Ausschnitte und immer engere Spezialisierungen begrenzt, teilweise auch zur Pseudowissenschaft, wie etwa die ideologisch geprägten und missbrauchten Wirtschaftswissenschaften.

Die Einflussnahme der Wirtschaft auf die Finanzierung sowie die Lehrinhalte und Forschungsschwerpunkte der Hochschulen, vorangetrieben von willfährigen neoliberalen Politikern unter Berufung auf den „Bologna-Reformprozess“ - ein neoliberales EU-Projekt zur weiteren Kommerzialisierung von Bildung und Studium - bringt die einstmaligen freien Hochschulen in neue Abhängigkeiten. Nachdem sich vor allem die Vertreter der Wirtschaft und der Banken intensiv für die Einführung der Studiengebühren starkgemacht haben, verdienen sie jetzt an den Studenten als profitierende Kreditgeber, teilweise mit Sitz und Mandat in den Hochschulgremien, um dort Elite-Studiengänge durchzudrücken. Symptomatisch hierfür ist der heftige Streit um die Präsidentin der Hamburger Universität, die als ehemalige Raketenforscherin von der konservativen Wissenschaftsnomenklatur ausgewählt wurde, um als Bildungsmanagerin oder -funktionärin im technokratischen Wissenschaftsverständnis gegen den Widerstand von 120 Professoren ein fast nur noch ingenieurhaftes Studienangebot durchzusetzen, bei dem Ergebnisse im Mikroskop und Labor auch angefasst werden können.

## Haben Technokraten Angst vor gebildeten Menschen?

„Bachelor und Master sind in diesem Sinne nur Chiffren einer Bildungspolitik, die vor Gebildetheit Angst hat - und nur für Ausbildungsmärkte ausbildet, die diese Ausgebildeten nicht nötig hat“, schrieb Jan Feddersen

als ehemaliger Student der Hamburger Hochschule und jetziger Journalist. Die protestierenden jungen Menschen spüren, dass in dem staatlich und wirtschaftlich beeinflussten Erziehungs-, Schul- und Bildungssystem sowie Hochschulwesen ihre individuellen Entfaltungsmöglichkeiten unter die Räder geraten. Deshalb lagen konservative Bildungspolitiker wie die deutsche Forschungsministerin Schavan mit ihrem Kommentar, die Streikenden seien „von gestern“ oder deren Veranstaltungen trügen, „den Geist der Destruktion in sich“ (Bundestagsabgeordneter Michael Kretschmer) völlig daneben: Diese Protestbewegung wird sich in Zukunft noch kraftvoll ausweiten, und das ist gut so, denn die soziale Dreigliederung will gesellschaftlich zum Durchbruch gelangen. Das materialistische Welt- und Menschenbild wird mit dem Proteststurm hinweggefegt und mit ihnen die ewig gestrigen Politiker- oder unser Bildungssystem scheitert in Gänze. Die akute Finanz- und Wirtschaftskrise ist schließlich Ausdruck des Versagens eines seit Jahrzehnten verirrten Sozial- und Bildungssystems, das den Menschen Konkurrenzkampf statt menschliche Solidarität beibringen will. Das aber hat keine nachhaltige Zukunft und eignet sich deshalb nicht für nachhaltige Bildung.

## Nicanor Perlas kandidiert für die philippinische Präsidentschaft

*Walter Siegfried Hahn  
(NNA-Korrespondent)*

Nicanor Perlas, 59, hat am 17. Juni in der philippinischen Hauptstadt Manila seine Kandidatur für das Amt des Präsidenten der Republik Philippinen bekannt gegeben. Die Wahl findet im Frühjahr 2010 an einem bisher noch nicht festgelegten Datum statt.

Perlas hatte sich für den Start seiner Kampagne einen bedeutungsschwangeren Ort ausgesucht: den Heldenplatz in der Nähe der EDSA Avenue, der den Helden der im Februar 1986 siegreichen „Gelben Revolution“ gewidmet ist. Zwei Millionen Menschen waren damals unter Führung der in gelb gekleideten Märtyrerwitwe Corazon Aquino auf der größten Straße der Hauptstadt aufmarschiert und hatten die 14 Jahre währende Marcos-Diktatur in drei Tagen friedlicher Demonstrationen zu Fall gebracht. Aquino übernahm das Präsidentenamt, Tausende von aus politischen Gründen eingesperrte Philippiner wurden aus den Gefängnissen entlassen, Tausende kamen aus dem Exil zurück. So auch Nicanor Perlas, der seit seiner Ausreise 1978 inzwischen in den USA die Anthroposophie kennengelernt hatte.

Nationale Bekanntheit erlangte Perlas Anfang der 1970er Jahre, als er den Protest gegen den Bau des ersten Atomkraftwerks Bataan organisierte - die Baugenehmigung dafür und für elf weitere Reaktoren war aufgrund illegaler Zahlungen erwirkt worden. Perlas, der statt seiner zweiten Vorliebe Kernphysik lieber Landwirtschaft studierte, um mehr für die Armen tun zu

können, war jedoch so firm in punkto Nukleartechnologie, dass er nach dem Sturz von Marcos im Atom-Komitee der Präsidentin zum „Aus“ der Atomenergie in dem Inselstaat beitragen konnte.

Obwohl er schon verschiedene politische Ämter angeboten bekam, zuletzt 2003 das Umweltministerium, hat er bis heute alle abgelehnt. Doch jetzt sieht Nicanor Perlas die Zeit gekommen, Verantwortung zu übernehmen und aus seinem „privaten Leben ins Rampenlicht“ herauszutreten. Zugleich ist er bereit, zur Seite zu treten, falls sich ein „besser qualifizierter Kandidat“ findet, wie er am Mittwoch sagte. Der Grund, gerade jetzt mit dem Entschluss an die Öffentlichkeit zu gehen, ist der Anfang Juni kulminierte Prozess, die Verfassung von 1986 außer Kraft zu setzen und so der jetzigen Präsidentin Arroyo eine weitere Amtszeit zu ermöglichen. Perlas sieht das als den Versuch, „unter dem Deckmantel der Demokratie eine permanente totalitäre Kontrolle über das Land für die jetzige Administration und ihre Vasallen zu schaffen“. Diese Administration sieht er als schlimmer an als die Marcos-Regierung. „Marcos kontrollierte und beschädigte die Institutionen der Gesellschaft. Arroyo aber bemächtigt sich mehr und mehr unserer Moral und unserer Gedanken“, so beschreibt er es in einer Rund-Mail. Nach den Knechtungen der Spanier, Amerikaner und Japaner sei das Land jetzt mit der Knechtschaft der Eigenen konfrontiert.

Zum Kampagnen-Start präsentierte Nicanor Perlas, der von seinen Freunden liebevoll Nicky genannt wird, auch eine eigens für die Aktion gestaltete Internet-Seite [www.nicanorperlas.com](http://www.nicanorperlas.com) - auf die wies er alle hin, die sich ausführlich über ihn und seine Qualifikationen informieren wollen. In seiner kurzen Ansprache betonte er, dass er sich schon ganze 40 Jahre aktiv für Land und Leute einsetze. Besonders glücklich äußerte er sich über seine erfolgreiche Einführung von Elementen der sozialen Dreigliederung in nationale und internationale Institutionen [...].

Auf die Bedeutung seiner Arbeit in dieser Hinsicht wies in seiner gestrigen Ausgabe auch der „Philippine Daily Inquirer“ hin, eine der führenden Tageszeitungen des Landes. Stolz heißt es in dem Bericht, der Ideen-Rahmen von Perlas sei in die Strategie der Vereinten Nationen zur Verwirklichung der Millenniums-Ziele eingeflossen: „Die Dreigliederung begreift Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft als Teile gesellschaftlicher Gestaltung. Perlas nutzte das Ideengut zuerst beim Schreiben der Philippinischen Agenda 21, die er als Blaupause für nachhaltige Entwicklung unter Präsident Ramos schrieb. Beim Gipfel der Asia Pacific Economic Cooperation (APEC) 1996 wurde es präsentiert und als grundsätzlicher Entwicklungsrahmen anerkannt. Heute wird dieser Rahmen nicht nur bei den UN genutzt, sondern auch von vielen führenden Ländern der Erde“, so der Inquirer.

Perlas ist Pionier der Anthroposophie und der biologisch-dynamischen Landwirtschaft auf den Philippinen. In unzähligen weiteren Lebensbereichen ist er mit Beiträgen aktiv. So war er von Anfang an beteiligt an der Ausbildung von Waldorfflehrern, wird aber auch von der katholischen Bischofskonferenz oder der bedeutendsten Unternehmensberatung OCCI Seminars als Ideengeber

gesucht. Mit seiner Autorität erreichte er die Streichung von 32 besonders schädlichen Pestiziden. Und 2001 war er maßgeblich am Sturz des korrupten Präsidenten Estrada beteiligt, was - Ironie des Schicksals - der damaligen Vize-Präsidentin Arroyo zur Macht verhalf, die sie bis heute behielt und nun nicht aufgeben will.

Perlas erhielt national und international bedeutende Ehrungen. 2003 war es der Right Livelihood Award, besser bekannt als Alternativer Nobelpreis, für seine Leistungen auf dem Gebiet Dreigliederung und Globalisierung. Schon 1994 verliehen ihm die UN den Global 500 Award, auch bekannt als Champions of the Earth Award. Aber auch auf den Philippinen wurde ihm mit dem Outstanding Filipino Award eine der wichtigsten Ehrungen des Landes zuerkannt.

Sollte er Präsident werden, so geht es Perlas als erstes um Armutsbekämpfung, in einem Land, wo 50 Prozent der Bevölkerung mit weniger als einem US Dollar pro Tag auskommen müssen. „Philippiner haben Unternehmensegeist, auch die Armen“, fasste er seine Erfahrungen als Vorsitzender der anthroposophisch orientierten Life Bank zusammen, die momentan 230.000 Menschen Mikrokredite gewährt.

Nicanor Perlas hat die Kandidatur von langer Hand vorbereitet. Nicht nur die seit 2005 stattfindenden Karangalan-Konferenzen dienten dazu, einen weiteren Sympathisanten-Kreis aufzubauen, auch mit der Organisation PAGASA arbeitete er zielstrebig daran, verantwortungsbewusste Multiplikatoren um sich zu scharen. In diesem Kreis lancierte er dann im Laufe des Monats Mai Artikel über die „Wissenschaft des Unmöglichen“ und über „die Möglichkeit zu gewinnen“ (winnability), um den Glauben zu stärken, auch ein in den Medien unbekannter Kandidat könne eine Wahl auf den Philippinen gewinnen, einem Land, wo ein Schauspieler wie Estrada oder der jetzige Boxweltmeister Manny Pacquiao allein wegen ihrer Bildschirmpräsenz viel größere Aussichten auf einen politischen Posten haben als von der Sache her befähigte Kandidaten. Doch auch hier hat Perlas versucht, sein politisches Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, da er seit Beginn des Jahres eine Talkshow im Fernsehen leitet. Ob er mit geistreichen Gesprächen seine Popularität gegenüber Westernhelden und Sportlern steigern kann, wird sich in einigen Wochen oder Monaten zeigen.

Quelle: News Network Anthroposophy Limited (NNA) [http://www.nna-news.org/news/de/index.cgi/090619-01DE\\_PHILIPPINEN-PERLAS-PRAESIDENTENWAHLEN.html](http://www.nna-news.org/news/de/index.cgi/090619-01DE_PHILIPPINEN-PERLAS-PRAESIDENTENWAHLEN.html). Links: [www.nicanorperlas.com](http://www.nicanorperlas.com), [www.truthforce.info](http://www.truthforce.info), [www.pagasa.net.ph](http://www.pagasa.net.ph)

Nachtrag der Redaktion: In einer Mail an Freunde aus Europa, die ihm zu seiner Kandidatur gratuliert hatten, darunter Christoph Strawe, bedankt sich Nicanor herzlich und u.a. „Das Echo auf die Bekanntgabe war überwältigend, nicht nur auf den Philippinen, sondern weltweit. Die größten Fernsehsender, Rundfunkanstalten brachten die Nachricht zur Hauptsendezeit und erreichten Millionen Phillipinos.“ Wer sich über den Fortgang der Kampagne unterrichten will, sollte öfters die Website [www.nicanorperlas.com](http://www.nicanorperlas.com) ansurfen.

## Bürgerschulen für alle!

### DPWV Berlin setzt sich für mehr Freiheit im Bildungswesen ein

Bereits im Januar hat der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin hat bereits im Januar dieses gefordert, zur Lösung der Schulmisere, die Trägerschaft der Schulen zu verändern und damit einen Schritt in ein freieres und zugleich solidarischeres Bildungswesen zu tun. Im Vorwort zu der Broschüre des Verbandes „Bürgerschulen für alle“ erläutern die vorsitzenden Geschäftsführer des DPWV Berlin, Prof. Barbara John und Oswald Menninger das Konzept und äußern dabei Gedanken, wie sie in dieser Zeitschrift seit langem vertreten werden:

Ein gutes Bildungssystem ist die beste Armutspolitik. Ein guter Schulabschluss legt fest, welche soziale Stellung und welches Einkommen erzielt werden kann. Ein gutes Bildungssystem für alle ist heute die zentrale Aufgabe, um die sozialen Herausforderungen in global wirtschaftenden Gesellschaften zu bestehen.

Aus Sicht des PARITÄTISCHEN bedarf es deshalb einer grundlegenden Reform unseres Schulwesens. Das staatlich betriebene Schulsystem in Deutschland hat deutliche Mängel offenbart. Soziale Ungleichheit wird zementiert. Das lässt sich an vielen Zahlen belegen: So sind in den letzten fünf Jahren in Berlin rund 30.000 Jugendliche ohne Schulabschluss „ins Leben entlassen“ worden. 25.000 davon haben einen Migrationshintergrund. Jahr für Jahr kommen Tausende Jugendliche ohne Schulabschluss hinzu. Dieses Bildungssystem bietet kein Rüstzeug gegen Armut und für den sozialen Aufstieg. Die Schulen müssen aus der Gängelung staatlicher Bürokratie herausgelöst werden um ihrem Bildungsauftrag gerecht zu werden. Es geht aber nicht darum, die öffentliche Verantwortung des Staates für das Schul- und Bildungswesen in Zweifel zu ziehen oder gar aufzugeben. Korrigiert werden muss aber die Vorstellung, dass der Staat der beste Produzent von Bildung ist.

Im Auftrag des PARITÄTISCHEN Berlin haben Daniel und Warnfried Dettling ein ausführliches Konzept für eine grundlegende Reform des Schulwesens formuliert: „Bürgerschulen für alle!“ Mit diesem Konzept wird sich der Verband verstärkt in die gesellschaftliche Bildungsdebatte einmischen. Mit der Übertragung von staatlichen Kitas in freie Trägerschaft in den letzten fünf Jahren hat der Senat einen ersten Schritt in die richtige Richtung getan. Kitas sind Bildungseinrichtungen, die entscheidende Grundlagen für die sprachliche und soziale Entwicklung des Kindes legen. Inzwischen beenden sich von den 105.000 Kitaplätzen nur noch 31.000 in öffentlicher Hand, der Rest wurde in freie Trägerschaft übertragen. Unter PARITÄTISCHEM Dach sammeln sich knapp ein Drittel der gesamten Plätze: 103 PARITÄTISCHE Träger betreiben 421 Kindertagesstätten mit 32.500 Plätzen. Die freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe, Kita-Träger und Nachbarschaftszentren im PARITÄTISCHEN Berlin haben langjährige Erfahrungen mit Kindern aus benachteiligten bildungsfernen Familien. Soziale Vernetzung gehört zu ihrem täglichen Handwerkszeug. Mit diesen Kompetenzen empfehlen sie sich auch als geeignete Schulträger.

Seit der Schulreform zu Beginn des Schuljahres 2005/2006 sind freie Träger schon zu Partnern von Schule geworden. Die 450 Berliner Grundschulen erweiterten ihr Angebot zur Verlässlichen Halbtagsgrundschule und viele auch hin zum offenen Ganztagsbetrieb. Die Horte wurden an die Schulen geholt. Inzwischen halten 34 PARITÄTISCHE Träger an 59 Grundschulen rund 6500 Plätze. Zudem bestehen weitere teils langjährige, teils neu entstandene Kooperationen freier Träger mit Schulen in der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit. Allein der PARITÄTISCHE bietet mit 60 Trägern unterschiedliche Angebote an rund 110 Schulen: Schulstationen oder Schülerclubs, sowie Sozialarbeiter an Haupt- und Sonderschulen. Zusätzlich halten diese freien Träger Projekttag und -wochen zu unterschiedlichen Themenschwerpunkten wie Gewaltprävention, Mediation, Suchtprävention, Berufsorientierung usw. vor. Fünf PARITÄTISCHE Mitglieder sind bereits Träger freier Schulen; weitere Schulen sind in Planung.

In Berlin wächst die Zahl der Privatschulen ständig. Oft können sich nur Eltern mit hohem Einkommen solche Schulen für ihre Kinder leisten. Der PARITÄTISCHE will, dass es Wahlfreiheit für alle gibt, auch für Eltern mit kleinem Portemonnaie. Dazu müssten die Schulen aus den öffentlichen Organisationsstrukturen herausgelöst werden, damit Schulträgerschaften über öffentlich- oder privatrechtliche Stiftungen oder über gemeinnützige Organisationsstrukturen begründet werden können. Die Finanzierung erfolgt dann über Platzgelder oder über Bildungsgutscheine. So kann ein produktiver Wettbewerb zwischen den Schulen und den Schultypen beginnen. Bildungsgutscheine für Eltern zur Einlösung bei der Schule ihrer Wahl wären ein Meilenstein auf dem Weg zur Wahlfreiheit für alle.

Unter Moderation der Stiftung Zukunft Berlin haben sich die Handwerkskammer Berlin (HWK), die Industrie- und Handelskammer Berlin (IHK), der Verein der Berliner Kaufleute und Industrieller e.V. (BKI), die Bürgerstiftung Berlin und der PARITÄTISCHE Berlin Anfang Juli 2007 mit einer „Kooperationskonferenz“ erstmals gemeinsam in die öffentliche Diskussion über die Zukunft Berlins eingemischt. Es geht dabei darum, Zukunftsstrategien für Berlin zu entwerfen. Hier hat der PARITÄTISCHE viel beizutragen. Das Thema Schule und Bildung stand im Endergebnis der Kooperationskonferenz ganz oben. Das Besondere dieser Initiative ist, dass Zukunftsstrategien für Berlin als gemeinsame Chefsache der bedeutendsten Berliner Wirtschaftsverbände, der genannten Stiftungen und des PARITÄTISCHEN als größtem Wohlfahrtsverband in Berlin vorangetrieben und gemeinsam mit der Politik umgesetzt werden sollen.

Das Bündnis arbeitet weiter an allen Themen - der PARITÄTISCHE bringt auch seine Vorstellungen ein für eine bürgernahe Verwaltung. Eltern mit geringem Einkommen die freie Wahl ihrer Schule zu sichern, das hält der PARITÄTISCHE für ein bedeutsames Berliner Reformkonzept der Zivilgesellschaft.

Man kann die Broschüre im Internet herunterladen kann: [www.paritaet-berlin.de/upload/download/3606\\_buergerschulen.pdf](http://www.paritaet-berlin.de/upload/download/3606_buergerschulen.pdf)

## Ein Jahr Lehman-Pleite: Von Finanzmarktregulierung keine Spur

Anlässlich des Jahrestags der US-amerikanischen Bank Lehman Brothers am 15. September hat das globalisierungskritische Netzwerk Attac der Politik und den Banken vorgeworfen, nicht einmal ansatzweise die notwendigen Konsequenzen aus der Finanzkrise gezogen zu haben. Allen Ankündigungen zum Trotz sei in den vergangenen zwölf Monaten so gut wie nichts in Richtung einer verstärkten Kontrolle und Regulierung der Finanzmärkte passiert, so Detlev von Larcher vom bundesweiten Attac-Koordinierungskreis. Egal, ob es um strenge Regeln für den Handel auf den Finanzmärkten gehe, um ein Verbot von hoch riskanten Finanzprodukten wie Zertifikaten, Derivaten und Hedgefonds, um strengere Eigenkapitalvorschriften oder die Besteuerung von Finanzmarkttransaktionen - keine der notwendigen Regeln sei in Angriff genommen worden. Stattdessen werde, weil es so schön populär ist, ein großes Bohei um Managerboni gemacht, als wäre es damit getan.

Neben der ausbleibenden Regulierung der Finanzmärkte warf Attac der Bundesregierung vor, die Geschäftsmodelle der Banken unangetastet zu gelassen zu haben, während die Allgemeinheit gezwungen wurden, marode Institute mit Milliarden Euro an Steuergeld zu retten. Die Banken hätten das Casino längst wieder eröffnet und zocken ungehindert. Erneut verdienen sie mit Kreditausfall-Versicherungen (CDS) und Verbriefungen, also jenen Produkten, die die Krise maßgeblich mit verursacht haben. Die Politik habe zudem versäumt, das Problem der Großbanken in Angriff zu nehmen, deren Zusammenbruch die ganze Wirtschaft in den Abgrund reißen könnte („too big to fail“). Im Gegenteil: Auf Kosten der Steuerzahler habe die Commerzbank sogar noch die Dresdner Bank schlucken und so ihr Erpressungspotenzial vergrößern können. Attac begrüßte, dass SPD ein Jahr nach der Eskalation der Krise endlich öffentlich die zehn Jahre alte Forderung der globalisierungskritischen Bewegung nach einer Finanztransaktionsteuer aufgreife. Das hänge wohl mit dem Wahlkampf zusammen. Man werde Steinmeier und Steinbrück beim Wort nehmen und Druck machen, dass sie ihre vollmundigen Ankündigungen nach dem 27. September nicht wieder vergessen. Dafür werde sich Attac unter anderem bei den G20-Protesten in Pittsburgh stark machen.

Quelle: [www.attac.de/aktuell/presse](http://www.attac.de/aktuell/presse)

## DESERTEC Solarprojekt

Große Konzerne, darunter Siemens, EON und RWE wollen 400 Milliarden Euro investieren, um 15% des europäischen Strombedarfs mit Hilfe der Wüstensonne in der Sahara zu gewinnen. Dieser Plan wird im zivilgesellschaftlichen Kontext unterschiedlich bewertet und kontrovers diskutiert. Während Greenpeace sich eher positiv äußert, warnt EURO-Solar-Präsident Herrmann

Scheer vor einer Mogelpackung. Wir dokumentieren hier die unterschiedlichen Positionen.

## **EUROSOLAR: DESERTEC ist eine Fata Morgana**

Das Desertec-Projekt „Saharastrom für Nordeuropa“ ist eine Fata Morgana, so Dr. Hermann Scheer, MdB, Präsident von EUROSOLAR und Vorsitzender des Weltrats für Erneuerbare Energien. Die Initiatoren selbst wissen: Daraus wird nie und nimmer etwas. Dabei könnte Desertec wirklich eine gute Idee sein. Wenn es darum ginge, den Sahara-Staaten zu helfen, ihre eigene Energieerzeugung vollständig auf Erneuerbare Energien umzustellen, würde ich den Desertec-Plan uneingeschränkt begrüßen. Dies wäre ein zentraler Beitrag der EU für eine stabile wirtschaftliche und soziale Perspektive der südlichen Mittelmeerländer und zugleich ein enormer Beitrag zum Klimaschutz. Aufgrund des dortigen Solar- und Windpotenzials wäre es sogar in weniger als 20 Jahren möglich, die Stromversorgung dieser Länder vollständig auf Erneuerbare Energien umzustellen. Daraus können sie erheblich höheren wirtschaftlichen Nutzen ziehen als durch Stromexporte nach Europa.

Aus mehreren substantziellen Gründen ist das jetzt präsentierte Desertec-Konzept eines großangelegten Solarstromexports nach Europa höchst fragwürdig. Die erwarteten Kosten werden künstlich heruntergerechnet. Und die praktischen Reduzierungsmöglichkeiten des Baus der Stromtrassen werden grob überschätzt. Selbst wenn der Plan, 15 Prozent des EU-Strombedarfs zu Investitionskosten von angeblich 400 Milliarden Euro realisierbar wäre, so wäre das keineswegs kostengünstiger als eine Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien innerhalb der EU selbst. Allein in Deutschland wurde seit 2000 - also innerhalb von neun Jahren - der Stromerzeugungsanteil aus Erneuerbaren Energien auf 15 Prozent gesteigert, mit einem Investitionsvolumen von rund 80 Milliarden Euro. Die Kosten pro erzeugter Kilowattstunde sinken laufend.

Unbeachtet vom Desertec-Konzept bleiben auch die neuen technologischen Möglichkeiten zur Speicherung von Sonnen- und Windstrom innerhalb Europas. Mit dem zügigen Ausbau der Erneuerbaren Energien innerhalb Europas ergibt sich die Notwendigkeit schnell zuschaltbarer dezentraler Regelkraftwerke statt des Baus von Grundlastkraftwerken in der Wüste. Die dezentrale Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien hierzulande mit zahlreichen Produzenten wird in absehbarer Zeit zu 100 Prozent kostengünstig und flexibel möglich sein. Kürzlich fand in Kassel eine Konferenz statt, bei der 90 deutsche Kommunen und Landkreise ihre konkreten Konzepte vorstellten, wie sie bis spätestens 2030 zu hundertprozentiger Stromversorgung aus lokalen und regionalen Quellen kommen. Darin steckt die Dynamik Erneuerbarer Energien. Ein wahres Großprojekt, nämlich das Gegenkonzept zu Desertec, ist schon seit 2000 in vollem Gang: Das Erneuerbare-Energien-Gesetz, das schon hunderte Tausende Investoren hervorgebracht hat. Wer Desertec befürwortet, muss außerdem eine andere Kernfrage beantworten: wo künftig die Wertschöpfung aus Erneuerbaren Energien stattfindet. Es ist ein fundamentaler volkswirtschaftlicher Unterschied, ob

sie dezentral produziert werden, die Wertschöpfung also dezentral erfolgt, oder durch Großkraftwerke mit konzentrierter monopolisierter Wertschöpfung.

Quelle: Pressemitteilung vom 13. Juli 2009, [www.eurosolar.de](http://www.eurosolar.de)

## **Greenpeace: Desertec Initiative hat Modellcharakter**

Die Gründung der Desertec Industrie Initiative (DII) kann nach Ansicht von Greenpeace ein Meilenstein für die weltweite Nutzung von Solarkraftwerken in Wüstenregionen werden. Greenpeace fordert die beteiligten Unternehmen auf, das Desertec Projekt mit Entschlossenheit voranzubringen. Die Unternehmen müssen Desertec als Alternative zu umweltschädlichem Atom- und Kohlestrom verstehen und nicht als Konkurrenz zu dezentraler Windkraft und Photovoltaik in Deutschland.

Die Energiekonzerne, Finanzinstitute und Anlagenbauer können die Nutzung von Wüstenstrom zu einem weltweiten Vorbild machen. Den Ankündigungen müssen deshalb schnell Taten folgen und die Vision vom Sonnenstrom aus den Wüsten dürfe nicht als grünes Feigenblatt verkommen, so Andree Böhling, Energieexperte von Greenpeace. „Die dramatische Klimaveränderung macht einen noch schnelleren Abschied von fossilen Energiequellen und die breite Nutzung von Ökostrom notwendig, der zukünftig auch aus Wüstenimporten bestehen kann. Der Ausbau von Windkraft und Photovoltaik in Deutschland hat aber weiter Vorrang.“ Dezentrale erneuerbare Technologien sollen zukünftig den Löwenanteil einer umweltfreundlichen Energieversorgung ausmachen.

Deutschland steht vor einer Systementscheidung in der Energiepolitik: Setzen wir auf den schnellen und vollständigen Ausbau Erneuerbarer Energien oder verbauen wir die Zukunft einer sauberen Energieversorgung mit Atom- und Kohlekraft? Andere Länder wie die USA und China schicken sich bereits an, Deutschland als Vorreiter im Bereich der Erneuerbaren Energien-Technologien zu überholen. Hier bieten solarthermische Kraftwerke laut einer Greenpeace-Studie neue industriepolitische Chancen für den Standort Deutschland: Heimische Unternehmen haben beim Bau der Anlagen mit einem Marktanteil von mehr als 30 Prozent weltweit eine Spitzenstellung. Durch eine internationale Nutzung dieser Technologie könnten in hiesigen Unternehmen zukünftig rund 250.000 Arbeitsplätze allein beim Bau der Kraftwerke entstehen.

Greenpeace verlangt von der Bundesregierung, sichere politische Rahmenbedingungen für Investitionen in Übertragungsnetze und Solarkraftwerke zu schaffen. Dafür sollen Forschungsmittel und Fördergelder verstärkt von Atom- und Kohlekraftwerken in den Ausbau der Erneuerbaren Energien umgeleitet werden. Die Desertec Industrie Initiative soll gemeinschaftlich mit den Wüstenstaaten in Afrika und dem Nahen Osten vorgehen, neben solarthermischen Kraftwerken auch andere Erneuerbare Energien in das Konzept einbinden und von Beginn an die sozialen

und ökologischen Folgen des Desertec Projekts für die Regionen berücksichtigen.

[http://www.greenpeace.de/themen/energie/nachrichten/artikel/greenpeace\\_desertec\\_initiative\\_hat\\_modellcharakter-1/](http://www.greenpeace.de/themen/energie/nachrichten/artikel/greenpeace_desertec_initiative_hat_modellcharakter-1/)

## „Die Mauer zwischen Sozialem und Wirtschaft muss weg“

### Ein Aufruf für mehr soziales Unternehmertum

Einen entsprechenden gemeinsamen Aufruf veröffentlichten das Genesis Institut, Grameen Creative Lab, Humboldt- Viadrina School of Governance, Schwab Foundation for Social Entrepreneurship und KfW-Stiftungslehrstuhl für Entrepreneurial Finance:

„Deutschland ist stolz auf unternehmerische Innovationen. Aber auch auf unsere sozialen Innovationen können wir stolz sein. Im Land der Ideen gründen immer mehr Menschen Organisationen, die gesellschaftliche Probleme mit neuen Ansätzen lösen. So machen sie zum Beispiel Schwächere und Benachteiligte zu starken Mitgliedern unserer Gesellschaft. Diese Sozialunternehmer (Social Entrepreneurs) arbeiten unternehmerisch für gesellschaftliche Ziele. Dabei sind sie heute schon Vorbilder für Organisationen der Zivilgesellschaft. Ihre Geschäftsmodelle maximieren den sozialen Nutzen, unterscheiden sich aber nach dem Grad der Kostendeckung durch eigene Umsätze:

Viele Sozialunternehmer maximieren unternehmerisch die Wirkung von Spenden oder staatlichen Fördermitteln, indem sie zum Beispiel ihre Zielgruppen statt zu Leistungsempfängern selbst zu Problemlösern machen, Freiwillige und Sachmittel einwerben und damit nachhaltig wirtschaften. Andere Sozialunternehmer können Teile ihrer Mittel selbst erwirtschaften und ergänzen die eigenen Erlöse mit Spenden oder Fördergeldern. Einige Organisationen arbeiten vollständig als selbstfinanzierende Social Businesses. Diese Organisationen erwirtschaften ihre Kosten selbst, erzielen für ihre Eigentümer anstelle einer monetären eine soziale Rendite und reinvestieren ihre Profite vollständig. Sie machen aus einem gesellschaftlichen Anliegen ein Geschäftsmodell - wie zum Beispiel die von Friedensnobelpreisträger Muhammad Yunus gegründete Grameen-Bank mit Mikrokrediten.

Aus diesen Einzelbeispielen entsteht eine breite Bewegung von Menschen, die Probleme anpacken und sie lösen, statt auf Hilfe von oben zu warten. Wir wollen unser Land von unten nach oben reformieren. Denn es gibt nichts Wirksameres als gute Ideen in den Händen unternehmerisch denkender Menschen. Dafür arbeiten wir gemeinsam daran, zwanzig Jahre nach der deutschen Einheit die nächste Mauer zu überwinden - die zwischen Unternehmertum und Gemeinnützigkeit!“ Dieser Aufruf ist als inhaltlicher Auftakt zu einem geplanten „Vision Summit“ in Berlin vom 6 bis 9. November zu verstehen. Quelle: <http://www.genesis-institute.org>

## Zukunftskongress in der Region Bodensee

Dieter Koschek

Im Jahr 1999, also vor 10 Jahren erschien eine neue Bewegung am Horizont der Erdkugel. Eine soziale Bewegung, die sich gegen den Neoliberalismus wendete und aufzeigte, dass die Welt durchaus nicht einstimmig den Weg nach einem globalen Dorf der Konzernen mitgehen wollte. In Seattle zogen Gewerkschafter, Bauern und alternative Gruppierungen gemeinsam gegen die Herrschenden los. Eine weltweite Bewegung wurde sichtbar und manifestierte dann sich in zwei Kristallisationspunkten: attac und den Weltsozialforen. Eine andere Bewegung vollzog Peter Schilinski im Jahr 1954. Er trampelte durch Deutschland um Verbündete im Kampf für eine neue Gesellschaftsordnung zu suchen. Ihm war die Anthroposophie in der Gestalt der Sozialen Dreigliederung auf einem Büchertisch in Rendsburg begegnet. Seine bisherige geistige Welt - der Marxismus - war durch den Hitler-Stalin-Pakt und die Entwicklung in der Sowjetunion ins Wanken geraten. Da kam ihm die Idee der Sozialen Dreigliederung gerade recht. Sie fügte sich in seine Gedanken ein und bildete ein Gerüst seiner Gedanken. Die soziale Dreigliederung wurde von Rudolf Steiner 1917 formuliert und sagt kurz, dass die Parole der Französischen Revolution „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ im 20. Jahrhundert neu gedacht werden muss: Freiheit im Geistesleben, Gleichheit im Rechtsleben und Brüderlichkeit im Wirtschaftsleben. Das war für den Osten sowohl für den Westen revolutionär und damit fürs erste chancenlos. Was ausblieb, war die große erhoffte politische Wende. Selbst Steiner sagte 1925, das die Sache wohl beendet sei. Und selbst Peter Schilinski begegnete dieser Haltung bei seiner Tramptour durch Deutschland. Er fand keine Verbündete für eine Bewegung. Was blieb anderes übrig, als den Weg durch den Instanzen, heute würde man sagen, den Weg der Bürgerinitiative zu gehen.

Doch die Soziale Dreigliederung war nicht nur Gerüst für die Gedanken, sondern auch ein Impulsgeber. Neben der biodynamischen Landwirtschaft, der Homöopathie und der Waldorfpädagogik entdeckte Peter Schilinski viele Elemente „alternativer“ Politik darin: er las die Volksabstimmung darin raus, er gründete einen ersten alternativen Betrieb in Selbstverwaltung in Form einer Lebensgemeinschaft (wenn man so will eine erste politische Kommune) und betrieb mit seiner Zeitung „jedermensch“ Volksaufklärung..

Wir erkennen das Problem der heutigen sozialen Bewegungen - oder zumindest die Frage, die die heutigen gesellschaftlichen Konflikte bilden: z.B. „Wie kann der Staat das Raubtier Kapitalismus in Form des globalisierten Kapitalismus zähmen?“ Diese Frage beschäftigte auch die Demonstranten in Seattle. Heftigst angegriffen von konservativer Seite wird wohl meine These, dass „1968“ ein weiterer Punkt der gesellschaftlichen Entwicklung bedeutet. Nicht die Diskussion der Gewaltfrage (die im RAF-Terrorismus führte) oder der Glaube an den Sozialismus (den die UdSSR ad absurdum führte), sondern die konkreten Folgen der Befreiung des Denkens aus der Nachkriegsdepression der Intellektuellen. Ich behaupte, dass dieses Ergreifen

der Gefühle von Befreiung und der Veränderung sich bis in die Ecken der tiefsten Provinz Westdeutschlands eindrang, zumindest in homöopathischen Dosen. Die Jugendlichen in der Bodenseeregion, und auch damit der Autor, brachen inspiriert durch die Ereignisse in Frankfurt, Berlin, Paris und San Francisco mit den Konventionen der Provinz. Rock'n Roll, Sex and Drugs trafen in kleinen Dosen am Bodensee ein.

Die Jugendzentrumsbewegung, die am Bodensee stark war, öffnete Räume für Kultur und Kreativität. Selbstorganisation und Selbstverwaltung waren bestimmende Momente. Festivals, Vernetzung, alternative Betriebe wuchsen in den 70er Jahren aus dem Boden und bereicherten die Region. Viele der heute etablierten Kultureinrichtungen entstanden in den 70er Jahren. Ein Verknüpfungspunkt zwischen Region und dem Aufbruch in der Welt war das Internationale Kulturzentrum in Achberg mit seinen Sommerkongressen Anfang der 70er Jahre. Ota Sack, Josef Beuys und andere diskutierten mit Jugendlichen über die Weltprobleme. Peter Schlinski war eine treibende Kraft zur Entstehung des INKAs.

Doch eine weitere Person war schon seit den Sylter Jahren bei der Dreigliederungsbewegung dabei. Sie folgte den Spuren Peter Schilinskis bis zur Gründung des Gasthauses „Zum Eulenspiegel“ 1976, für das sie eine wichtige Gründungsperson war. Ingrid Feustel verließ aber bald den Eulenspiegel und gönnte sich eine familiäre Pause. Nach dem Tod ihres Mannes Wenzel betrat sie wieder den politischen Schauplatz. Mit Ulle Weber und Traute Nierth gründete sie die Interessengemeinschaft für Lebensgestaltung in Wangen und gestaltete den sozialen Prozess am östlichen Bodensee aktiv mit. Das Christophorus-Haus in Wangen war bald ein Kristallisationspunkt der Aktivitäten. Die Idee, dass gesellschaftlicher Besitz an Boden und Kapital notwendig ist, zog durch ihr Wirken: sie arbeitet aktiv bei der Edith Maryon Stiftung mit, die Boden dauerhaft der privaten Spekulation entziehen will. Die Interessengemeinschaft ist ein Vernetzungs- und Beratungsprojekt für soziale Initiativen und Betriebe um Wangen und Lindau herum. Seit 1999 übernahm die IG die Herausgabe der Welle, ein anthroposophisches Anzeigenblatt rund um den Bodensee.

Ingrid Feustel sieht in ihrem Arbeitsalltag die vielen Initiativen in der Region, die ihren Beitrag leisten, um die Zukunft mitzugestalten und leidet darunter, dass diese vielen Initiativen ihren Beitrag im Kleinen leisten und von der Menge und den großen Tageszeitungen fast nicht wahrgenommen werden. In ihrem Herzen wächst der Wunsch hier mit einem öffentlichen Ereignis, diese Nische zu verlassen und öffentlich sichtbar zu werden. Ihre Idee stößt auf offenen Herzen im Umfeld ihrer Aktivitäten und bald trifft sich regelmäßig eine Initiativgruppe um diesen „Event“ vorzubereiten. „Die Idee, eine Messe mit einem Kongress zu verbinden entstand, weil die Mitglieder der Interessengemeinschaft für Lebensgestaltung e.V. aus verschiedenen Lebens- und Arbeitsfeldern Alternativen anzubieten haben. Schon 1973 wurde zu einem Achberger Jahreskongress ein Heft herausgegeben mit dem Titel: „Werkstatt einer neuen Gesellschaft“. Diese Werkstatt möge nie geschlossen werden! Rund um den See gibt es viele Initiativen, Einrichtungen und Unternehmen mit und ohne anthroposophischem Hintergrund. Immer stärker werden ökologische und soziale Bewegungen. Welt-

weit kennen wir diese als Non-Profit-Organisationen (NPO) und Non Governmental Organizations, (NGO). Immer mehr Bürger engagieren sich ehrenamtlich. In vielen Kommunen gibt es Bürger-Büros. Wo finden diese Begegnungen bei uns statt?“ (aus einem Vorbereitungspapier) Im Grußwort der Veranstalter im Programmheft heißt es dann zwei Jahre später: „Im März 2007 hieß es: „Kooperative Mitglieder, Bündnispartner und Netzwerke aus Kunst, Wissenschaft, Forschung, Bildung, Landwirtschaft, sozialen Projekten, Tauschsystemen und solidarischen Wirtschaftsunternehmen stellen sich einer breiten Öffentlichkeit vor.“ Weiter: „Der Anspruch, die Zukunft gemeinsam gestalten zu wollen, ist nur glaubhaft, wenn es gelingt, besonders die Jugend aktiv mit einzubeziehen. Als Besucher werden Sie verschiedene Aktionen von Jugendlichen erleben können. Es war unser Anliegen, neben sensitiven Erlebnisräumen, Platz für die Präsentation geistiger Forschungsergebnisse zu schaffen und den Dialog darüber zu führen. Die Vorträge haben im Wesentlichen Impulscharakter.“

Die Qualität und Kraft, die der Kunst innewohnt, möge die Gesellschaft und das Leben gestalten, war der Gedanke, den z.B. Joseph Beuys mit dem Erweiterten Kunstbegriff und der Sozialen Plastik geprägt hat. Es erhebt sich heute die Frage, wie diese Gestaltungspotenz des Menschen entfaltet werden und in Wirtschaft, Technik und Sozialem Einzug finden kann. Naturwissenschaft, Geisteswissenschaft, Spiritualität und Kunst müssen sich wieder wechselseitig befruchten und durchdringen, um zu einer noch größeren Ganzheit zusammenzuwachsen.

Es trafen sich Menschen aus dem Umfeld der Welle, des Inka, des Mehrgenerationenhauses Memmingen und der Tauschkreise der Region. Diese letzteren hatten bereits 2006 mit einem Bundestreffen der Tauschkreise in Wangen Erfahrungen mit einer größeren Veranstaltung gesammelt, und die Bereitschaft mitzuarbeiten war groß. Die europäische Region Bodensee spannte sich gleich hinüber nach Vorarlberg, wo der Tauschkreis mit über 1000 Mitgliedern eine Struktur aufzuweisen hat. Gernot Jochum-Müller vom Tauschkreis und Ernst Schwald von der Bodenseekademie waren sofort bei der Idee dabei und entwickelten eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit und brachten das Interreg Projekt „Gemeinschaft | Vorsorge | Nahversorgung - Kooperation mit neuem Geld schaffen“ in die Gestaltung der Messe und Kongress mit ein. Und dann waren wir in Friedrichshafen im Graf-Zepelin-Haus, gegen das vor Jahren eine Bürgerinitiative kämpfte und stattdessen ein Bürgerzentrum forderte. Vielleicht zog mit dem regionalen Kongress im Jahre 2009 für drei Tage diese Idee eines Bürgerzentrums für eine gemeinsame Zukunft in das Haus ein.

Der Zukunfts-Kongress „Zukunft gemeinsam gestalten“ mit seinen acht Themenblocks lies für mich drei wichtige Schwerpunkte erkennen:

**Direkte Demokratie:** Ersteres brachte Gerald Häfner in seinem Eröffnungsvortrag zum Ausdruck, in dem er über die Herausforderungen der Zukunft sprach. Häfner empfing seine Inspiration im Inka in Essersweiler in der Arbeit zur direkten Demokratie, gründete 1979 die Grünen mit, wurde dann von den Grünen als Bundestagskandidat aufgestellt und hatte für 10 Jahre ein Mandat. Heute ist er wieder im Vorstand der Bürgerbewegung Mehr De-



mokratie e.V. und kämpft aktuell im Wahlkampf für den Volksentscheid im deutschen Grundgesetz. Dazu werden Unterschriften gesammelt, aber auch alle Kandidaten befragt und für jeden Wahlkreis wird ein Flugblatt erstellt mit den Reaktionen der Kandidaten. Eine Testvolksabstimmung im bayrischen Vaterstetten brachte eine deutliche Mehrheit von 82 Prozent für den Volksentscheid, dessen Modell im Inka in Achberg entwickelt wurde. Unterstützt wurde der Schwerpunkt durch den „Omnibus für direkte Demokratie“, der direkt am Bodenseeufer stand und auch Promenadenbummler über die Aktion informierte. Volksabstimmungen sind ein wesentliches Instrument einer Bürgergesellschaft und entwickelt die Demokratie weiter fort. auch die europäische Union braucht dringend mehr Demokratie. Gerade die Volksabstimmungen in holland, Frankreich und Irland zeigen deutlich, dass die EU noch deutliche Demokratiedefizite hat.

**Grundeinkommen:** Den nächsten Schwerpunkt setzt Götz Werner, der Gründer der DM-Drogeriekette und Milliardär. Durch sein öffentliches Eintreten für ein bedingungsloses Grundeinkommen erregte der mediale Interesse und brachte der Idee einen medialen Schub, der inzwischen in einer Online-Petition über 50.000 Unterschriften brachte. Drei deutschsprachige Kongresse und im Herbst die 2. Woche des Grundeinkommens mit vielfältigen Aktionen und Aufklärungsaktivitäten machen es zum Beispiel Dieter Althaus, Thüringens Ministerpräsidenten leicht an Mehrheiten für sein Bürgergeldmodell zu glauben (Das Bürgergeldmodell hat allerdings wenig mit dem bedingungslosen Grundeinkommen zu tun.) Obwohl Werner die meisten Zuhörer anlockte (der Saal war mit 300 Menschen dicht gefüllt) fand sich keine Initiative für eine regionale Bürgerinitiativen für ein Grundeinkommen, obwohl die Sympathie querbeet zu spüren war. Vielleicht werden ja die Kontakte, die in dieser Arbeit entstanden sind, mittelfristig ein solchen aktivierenden Impuls noch bringen.

**Neue Formen solidarischen Wirtschaften:** Die Tauschringe waren am stärksten vertreten, ja sogar mit einem eigenen Teil in der ganzen Messe. Unter dem Motto „Gemeinschaft, Vorsorge, Nahversorgung“ soll durch die Erfindung des Tauchkreises mit Regionalgeld oder Talente Gutscheinen die regionale Wirtschaft gestärkt werden. Ein Auszug aus der Selbstdarstellung des Talentaustauschring Vorarlberg: „Regionale Wirtschaft - wertvoll wirtschaften: Talente nutzen, das stärkt die regionale Wirtschaft. Wer mehr Geld, mehr Netzwerk und mehr Fähigkeiten hat, kann besser wirtschaften. Regionale Wirtschaft bedeutet, Kreisläufe in der Region zu schließen. Dabei unterstützen wir Betriebe und Organisationen im Ländle. Die Talente bleiben da, wo sie entstehen - in der Region! Um diesen Themenschwerpunkt intensiver bearbeiten zu können, haben wir im Herbst 2007 die Talent Dienstleistung und Handel e.Gen. gegründet. Hier finden Sie alle Informationen zu diesem Arbeitsbereich.“

Talente Gutscheine für regionale Wirtschaft: Mit unseren Talente-Gutscheinen bieten wir ein besonders effektives Instrument für die regional orientierte Wirtschaft an. Unser Gutschein ist wirklich nachhaltig und regional gebunden, er kann bei zahlreichen kleinen und größeren Betrieben eingelöst werden. Sinn des Gutscheins ist, oft weitergegeben zu werden, damit sich möglichst viele Kreisläufe schließen. Bei einem Rücktausch in Euro ist ein Abschlag

fällig. Ein Eintausch in Talenten erfolgt bei der Talente-Genossenschaft zum vollen Wert des Gutscheins“. aus der website [www.talentierte.at](http://www.talentierte.at)

**Vernetzung:** Rund 40 Aussteller und 30 Referenten bildeten den Bodensatz für die gesuchte Vernetzung, Alte Bekannte trafen sich seit Jahren wieder einmal, viele nutzten zum Beispiel die Gelegenheit den Schriftsteller Anton Kimpfler wieder zu sehen und zu hören. Kontakte entstanden und Begegnungen beeindruckten. So war der Kongress für mich der ausschlaggebende Impuls für den Beitritt in den Tauschring Vorarlberg, um an einer konkreten Initiative für eine solidarische Wirtschaften teilzunehmen und aus den langjährigen Erfahrungen wieder zum konkreten Tun zu kommen.

**Öffentlichkeit:** Auch wenn die Besucherzahl mit 1500 gezählten Besuchern nicht gering erscheint, waren es letztlich doch zu wenige, auch um den Kongress auch finanziell zu einem Erfolg werden zu lassen. Auch waren die Erwartungen hoch, doch bedeutet dies, das beim Nächsten mal die Öffentlichkeitsarbeit verstärkt werden muss. Dieser Überblick macht auch deutlich, dass es nicht gelang die gesamte Bandbreite der Bürgerbewegung deutlich zu machen: wichtige Bereiche haben sich nicht gezeigt. Auch wenn die Greenpeacejugend einen Stand hatte, fehlte jedoch die Ökologiebewegung des Bodensees weitgehend. Auch bei den Kultureinrichtungen war der anthroposophische Überhang deutlich. Die Vielfalt wollte nicht so richtig gelingen. Zwar waren zwei Biobauern anwesend, aber die Breite der Ökologielandbaubewegung hätte durchaus mehr Beteiligung zugelassen. So fehlten die Verbände für eine Verbraucheraufklärung gänzlich. Auch wenn attac mit einem Büchertisch und einem Vortrag dabei war, dann fehlte doch die politische Bürgerinitiativszene gänzlich, denn die besteht ja doch aus viel mehr als der „Dreigliederungsbewegung“.

Es bleibt zu wünschen, dass sich die Bewegung für eine Wiederholung des Kongresses in zwei Jahren, vielleicht in Bregenz, sich mit noch größeren Engagement für die Zivilgesellschaft außerhalb der anthroposophischen Szene bemüht. Die Bandbreite spiegelt ja das 1984 erschienene (leider nicht wieder aufgelegte) Provinzbuch wieder. Dort waren einst 2000 Adressen gelistet, die einer „alternativen“ Kultur zugeordnet werden konnten. Sicher ist die Bewegung kleiner geworden, aber nicht so, dass sie nicht über ihren Schatten springen kann und ihre Berührungspunkte mit anthroposophen Initiativen überwindet. Mit dem Kongress wurde auch Josef Beuys gehuldigt, der in etlichen Beiträgen von Rainer Rappmann, Johannes Stüttgen, und dem Inka zum Gelingen beitrug. Vielleicht war der Kongress ja ein Soziale Plastik, zumindest mit seinen Künstlern, Musikern, Malerinnen und Bildhauern, die einen wesentlichen Teil des Kongresssees ausmachten. Wie schreibt Josef Beuys in seinem „Aufruf zur Alternative“ von 1978: „Es geht um den Durchbruch in eine neue soziale Zukunft. Wie ist dieses Ziel erreichbar? Dadurch, dass in den europäischen Zonen eine Bewegung entsteht, die durch ihre Erneuerungskraft die Mauern abträgt ... und die Klüften zuschüttet...“ Der Kongress ZUGEGEN trägt in der Bodenseeregion jedenfalls dazu bei. (Dieter Koschek ist Redakteur des „jedermensch“ und Leiter der Projektwerkstatt am See - prowas.)

# Initiativen, Termine und Ankündigungen

## Atomkraftwerke abschalten!

### Nein zum Ausstieg aus dem Ausstieg!

Die folgende Erklärung kann unter <http://www.campact.de/atom2/sn3/signer> online unterzeichnet werden:

Endlich soll der Atomausstieg greifen: Vier Reaktoren stehen vor der Abschaltung. Doch jetzt versucht die Atomlobby, den Ausstieg auf den Sankt Nimmerleinstag zu verschieben. Für längere Laufzeiten verspricht sie mehr Klimaschutz und niedrigere Strompreise. Den Lügen der Energiekonzerne gehen wir nicht auf den Leim. Wir Bürgerinnen und Bürger sagen Nein zum Ausstieg aus dem Ausstieg! Atomkraftwerke müssen abgeschaltet werden, denn:

- Das Risiko von Unfällen steigt kontinuierlich. Die deutschen Reaktoren werden immer maroder. Die Gefahr eines SuperGAUs nimmt mit jedem Betriebsjahr zu. Vor Terrorangriffen sind Atomreaktoren nicht effektiv zu schützen.

- Atomkraft macht Strom nicht billig, sondern Konzerne reich. Strom aus abgeschriebenen Reaktoren ist billig - und wird teuer verkauft. Mit jedem Jahr Laufzeitverlängerung spülen die Atomkraftwerke den Unternehmen rund 10 Milliarden Euro Gewinn in die Kasse.

- Der Atommüll strahlt unbegrenzt. 450 Tonnen hochradioaktiver Müll entstehen jährlich in deutschen Atomreaktoren - ohne dass es eine sichere Entsorgung über Millionen Jahre gibt.

- Atomkraft schützt nicht das Klima. Würden keine Atomreaktoren ausgeschaltet, gäbe es zu viel Strom auf dem Markt. Die Atomkonzerne würden dann noch stärker die Einspeisung von Strom aus Erneuerbaren Energien und Kraft-Wärme-Kopplung behindern. Die Energiewende wäre gestoppt, noch ehe sie richtig begonnen hat.

- Strom ist genug da. Das Umweltbundesamt hat es vorgerechnet: Wir können aus der Atomkraft aussteigen und auf neue Kohlekraftwerke verzichten, ohne dass der Strom knapp wird.

Atomkraft muss ein Auslaufmodell bleiben. Sonne, Wind und Wasser plus Energieeffizienz gehört die Zukunft! Gemeinsam gegen Atomenergie!

## Die Erneuerung der Idee der Demokratie aus dem Geist der Kunst

*Johannes Stüttgen*

Griechenland, allem voran Athen als der Ort der Geburt der Demokratie aus der Kunst - das Bild dafür: das Dionysos-Theater am Fuß der Akropolis - und der Ort der Geburt der Philosophie, also des freien Denkens, ist der Geburtsort Europa. Heute, 2500 Jahre später, steht wiederum Europa, die Frage seiner zukünftigen Form - das ist die Frage seiner Identität - aktuell auf der Tagesordnung: die Erneuerung der Demokratie aus dem Geist der Kunst. Dies wollen wir auf der Pnyx, dem historischen Abstimmungsort Athen, feierlich besieghen.

Die Arbeit des OMNIBUS FÜR DIREKTE DEMOKRATIE ist im Erweiterten Kunstbegriff begründet, der - auf das Freiheitswesen gerichtet - den Menschen befähigt, die Strukturen der Fremdbestimmung abzulösen. Der OMNIBUS, immer gemeinsam mit MEHR DEMOKRATIE, versteht sich als Instrument einer Neubegründung der Idee der Demokratie in jedem Menschen. Der Idee also, in der jeder Mensch als verantwortlicher und dazu fähiger Mitgestalter der Form der Gesellschaft auf der Basis der Gleichberechtigung in Erscheinung tritt. Darauf bezieht sich auch die Erklärung von Joseph Beuys, daß „jeder Mensch ein Künstler“ ist.

Diese Neubegründung der Demokratie kann nur direkt erfolgen - daher: direkte Demokratie. „Direkt“ heißt: sie kann nur im Menschen-Ich selbst aufgehen und muß auch von ihm direkt gehandhabt werden. In Form direkter Abstimmungen über alle lebenswichtigen Fragen, die alle betreffen. Das Prinzip 'Wahl' ist - auf allen Ebenen - durch das Prinzip 'Abstimmungen' zu ergänzen. Die dafür geeignete Form ist die Dreistufigkeit: Volksinitiative, Volksbegehren, Volksentscheid.

Ohne diese Ergänzung verkommt die bloß parlamentarische, d.h. indirekte Demokratie immer mehr zur Parteienherrschaft, die von den Menschen zunehmend als Fremdherrschaft erlebt wird. Als Nichtdemokratie. Auch daß diese Manövriermasse der kapitalistischen Profitinteressen und deren Machtmonopolen geworden ist, wissen wir längst. Die Auffassung, die Menschen seien zur Selbstbestimmung und Selbstverwaltung nicht befähigt, ist der Grundirrtum, aus dem im Verbund mit dem demokratisch nicht kontrollierten Kapitalismus, die verheerenden Schäden hervorgehen.

Die sind mittlerweile als Ökologische Krise, Soziale Krise, Geldkrise usw. bekannt. Allesamt sind es globale Katastrophen, deren Ursache nicht zuletzt verkürzte Begriffe - sie zusammen: ein verkürztes Menschenbild sind. Die beherrschenden Machtstrukturen sind Aus-

druck dafür. Aber der Mensch ist zum Freiheitswesen bestimmt! Nicht in dessen noch verkürzter, sondern als Hervorbringer der höheren Form. Das nicht wahrhaben, ist sein und der Erde und aller auf ihr lebender Wesen Untergang.

Die Demokratiefrage, so direkt gestellt, ist die Identitätsfrage. Ein Beispiel dafür: die ganz aktuelle Frage nach einer Identität Europas über die nationalen Grenzen hinaus. Der OMNIBUS auf der Fahrt aus Deutschland heraus in die südöstlichen Länder Europas - Initiator: das Goethe Institut Athen - ist ein stimmiges Bild. Wo auch immer er ankommt, ist er nicht nur Stimme, sondern auch Ohr. Wie können sich die verschiedenen Sprachen vermitteln? Das gründliche Hinhören auf die Stimme des Anderen ist ein Vonvorne-Beginnen im Fremden, der Ursprung der Idee „Demokratie“ - direkt. Zugleich der wiedererinnerte Sinn für den Ursprung dieser Idee vor zweitausendfünfhundert Jahren in Griechenland.

Das ist die Spur, die der OMNIBUS FÜR DIREKTE DEMOKRATIE IN DEUTSCHLAND gemeinsam mit MEHR DEMOKRATIE verfolgt.

Die Tour hat am 4. September begonnen und soll am 14. November enden. Stationen sind Wiesbaden, Bonn, München, Ljubljana, Zagreb, Sarajevo, Sofia, Skopje, Tetovo, Thessaloniki, Delphi, Athen, Leptokaria, Thessaloniki, Istanbul, Bukarest, Klausenburg, Belgrad, Budapest, Bratislava, Wien, Linz und München. Detaillierte Informationen über die Tour findet man auf <http://www.democracy-in-motion.eu> und <http://www.omnibus.org/727.html>.

## Neues Buch zur Demokratie in der EU

### Europa: nicht ohne uns! Abwege und Auswege der Demokratie in der Europäischen Union

Wir stellen die Vision eines demokratischen und stärker von Bürgern gestalteten Europa vor, in dem Föderalismus, Dezentralität, Transparenz und Gewaltenteilung an erster Stelle stehen.

Auf 160 Seiten erläutern Michael Efler, Gerald Häfner, Roman Huber und Percy Vogel, an welchen Stellen die Europäische Union derzeit undemokratisch ist und zeigen Wege auf, um das Demokratiedefizit zu beheben.

Das Buch nimmt den Prozess der Europäischen Einigung, insbesondere die Erarbeitung des Verfassungs- bzw. Reformvertrages, kritisch unter die Lupe und untersucht die Machtverhältnisse zwischen den Organen der EU und ihrer Mitgliedstaaten. Als Ausweg schlagen die Autoren neben besserer Einbindung der Bürger durch direktdemokratische Verfahren einen direkt gewählten Konvent vor, der statt des umstrittenen Lissabon-Vertrags einen neuen Verfassungsvertrag ausarbeiten soll.

Ein Buch, das jeder besitzen muss, der mit Einfluss nehmen möchte, auf die Entwicklung Europas.

Michael Efler, Gerald Häfner, Roman Huber, Percy Vogel: Europa: nicht ohne uns! Abwege und Auswege der Demokratie in der Europäischen Union. VSA: Verlag, Hamburg 2009. ISBN 978-3-89965-360-1. Preis der gedruckten Version: 9,90. Eine PDF-Version kann gratis heruntergeladen werden unter <http://wissen.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdfarchiv/bund/buch-europa-nicht-ohne-uns.pdf>

## Die Überwindung der Abstraktion des modernen Geldwesens durch die Unmittelbarkeit des menschlichen Geistes

Eine öffentliche Tagung im Haus der Demokratie Berlin, Fr., 16. - So., 18. Oktober 2009

„Eine Krise besteht darin, dass das Alte stirbt und das neue nicht geboren werden kann.“ (Antonio Gramsci - 1891 - 1937)

Die erste Kulturleistung der Menschheit war die Emanzipation von den Bedingtheiten der äußeren natürlichen Welt. Diese durch das Verstandesdenken bewirkte Emanzipation führte bis zur modernen Staatenbildung mit ihren Gesetzgebungen, bürokratisch-administrativen Lenkungsmechanismen und der Abstraktion des modernen Geldwesens. Die damit vom Menschen geschaffene „Parallelwelt“ ist zur alles (soziale) Leben bestimmenden „zweiten Natur“ geworden, die sich mit steigender Selbstläufigkeit entfaltet und die eigentlichen Errungenschaften der menschlichen Kultur auszulöschen droht. Diese „Dialektik der Aufklärung“ zeigt sich insbesondere in der gegenwärtigen Finanzkrise. Die Realwirtschaft wird zunehmend den „Wetterberichten“ der anonymen internationalen Kapitalmärkte unterjocht, wodurch wesentliche Unternehmungen immer weniger kreditiert und der wirkliche Bedarf immer weniger befriedigt wird. Diese Tendenz kann nicht allein mit neuen Abstraktionen, staatlichen Regelungen und sonstigen generalisierenden Verfahren gewendet werden. Da dies selten erkannt wird, folgt eine Krise der anderen. Nur eine zweite Emanzipation, die auf der Weiterentwicklung des menschlichen Verstandesdenkens hin zu einem umfassenden geistigen Erkennen beruht, kann die Anonymität des Geldwesens überwinden und einer neuen Unmittelbarkeit der Verantwortung und Wirksamkeit des Menschen den Weg eröffnen.

Fr., 16. Oktober 2009, 20 Uhr: „Die Banken der Zukunft als freie Hochschulen der Zivilgesellschaft“. Vortrag und Gespräch mit Thomas Brunner (Cottbus). Sa., 17. Oktober 2009, 20 Uhr: „Die Finanzkrise als Krise der Vernunft“. Vortrag und Gespräch mit Ralf Gleide (Eberbach). Weitere Beiträge am Samstag Vormittag und Nachmittag: Johannes Mosmann: „Das Eigentumsrecht als Grundlage der Spekulation“. Kurt Wilhelm: „Die Geldfrage ist die Demokratiefrage“. Stephan Eisenhut:

„Die Zählung des Geldes“. Außerdem soll am Sonntag Vormittag ein Initiativforum stattfinden. Vor allem aber wird es reichlich Zeit für Gespräch und Begegnung geben. Freier Eintritt / Spenden erbeten!

Nähere Informationen: Ulja Novatschkova 030-4481691 oder Thomas Brunner 0355 4887480. [www.freibildungsstiftung.de](http://www.freibildungsstiftung.de). Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin

## Die Notwendigkeit eines freien Kulturlebens im Zeitalter der Globalisierung

Ein öffentliches deutsch-holländisches Arbeitstreffen in den Niederlanden, 23.-25.10.

Am Wochenende 23. - 25. Oktober 2009 wird eingeladen zu einem holländisch-deutschen Arbeitstreffen auf einem schönen Landgut in die östlichen Niederlande (im Ort Twello). Ein „Schlösschen“ bietet Schlafmöglichkeiten für 30-40 Personen und es stehen Küche und zwei Seminarräume zur Verfügung. Hier werden inhaltliche Beiträge von u.a. Ruud Thelosen, Thomas Brunner, Huub Houben und Sascha Scholz sich mit Arbeitsgesprächen (in deutscher Sprache mit gelegentlicher Übersetzung ins Holländische) abwechseln.

Zur Erhellung der Frage, wie wir im Jahr 2009 einrichtiges Verständnis gewinnen können über die eigentliche Bedeutung eines freien Kultur- und Geisteslebens, wird ein Licht geworfen werden auf die Werke zweier großer Künstler: Rembrandt und Schiller. Außerdem wird der Inhalt des im Februar in der Zeitschrift „DerEuropäer“ erschienenen Textes „Das Bedingungslose Grundeinkommen und die Notwendigkeit einer Befreiung des Geisteslebens aus staatlicher Vormundschaft“ von Thomas Brunner, sowie eine holländische Übersetzung dieses Textes, als Arbeitsgrundlage dienen.

Der Richtsatzbeitrag zur Teilnahme an diesem Treffen beträgt Euro 50,-, inklusive Übernachtung und Verpflegung. Für Anmeldungen und Näheres: [mart.mullink@gmail.com](mailto:mart.mullink@gmail.com)

## Petition an den Deutschen Bundestag zum Banken- und Kreditwesen

Hyporeal Estate-Bank soll gemeinnützig werden

Die Aufgaben der Hypo-Real Estate Bank sollen erweitert werden. Die Bank soll in eine in eine gemeinnützige Körperschaft öffentlichen Rechts übergeführt werden, damit in einem Modellversuch zinsgünstige Kredite an die Realwirtschaft vergeben werden können. Das ist der

Inhalt einer Petition, die von Ingrid Feustel, Christoph Klipstein, Rainer Rappmann und Herbert Schliffka beim Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages eingereicht wurde. Bei Redaktionsschluss war der Eingang bestätigt, so dass davon ausgegangen werden kann, dass der Text bei Auslieferung des Heftes als öffentliche Petition angenommen ist und unter <https://epetitionen.bundestag.de> bis ca. Ende Oktober unterschrieben werden kann.

### Petitionstext:

Die Hypo Real Estate-Bank möge per Gesetz dauerhaft in eine gemeinnützige Körperschaft öffentlichen Rechts überführt und ihre Aufgaben sollen gemäß bestimmten Kriterien erweitert werden. So kann sie im Modellversuch am Gemeinwohl orientierte, wechselbezogene Kredite zinsgünstig an die Realwirtschaft vergeben, damit diese ihre Produktionsaufgaben - ohne spekulatives Geld - erfüllt. Dazu erhält sie von der Zentralbank geschöpftes Geld zinslos. Sie wird umbenannt in Gemeinnützige Kredit Bank (GKB).

### Begründung und Kriterien

Der Bundestag möge ein Kredit-Bankgesetz beschließen, durch das die HRE-Bank im Modellversuch erprobt, ob so Finanz- und Wirtschafts-Krisen vorzubeugen sind. Das bestehende Banken- und Geldsystem erzeugt sie, weil es Spekulationsblasen, Inflation, Deflation und Arbeitslosigkeit bewirkt, denn der Geldkreislauf ist zu wenig reguliert.

Damit das Banken- und Geldsystem nicht zusammenbricht, wurde die als systemrelevant eingestufte HRE-Bank mit vielen Milliarden Euro der Steuerzahler gerettet. Deshalb sollte eigentlich die Bürgerschaft das Gesetz in einer Volksabstimmung - gemäß GG Art, 20,2 - selbst beschließen. Denn in der Diskussionszeit vor der Entscheidung wächst das Verständnis für notwendige Maßnahmen bei den beteiligten Menschen. Das wäre wichtig, wenn weitere gefährdete Privatbanken nach dem GG Art, 14 und 15 in Gemeineigentum umgewandelt werden müssten.

Die HRE und andere systemrelevante Banken konnten vorläufig gerettet werden. Dennoch sind immer wiederkehrende „Kreditklemmen“, die besonders mittelständische Unternehmen in ihrer Existenz bedrohen, bisher nicht zu verhindern. Eine am Gemeinwohl orientierte Kreditvergabe ist daher zwingend geboten.

Die erweiterte Aufgabenstellung der HRE soll durch die Namensgebung auch für nicht englischsprachige Menschen verständlich werden. Vorschlag: Gemeinnützige Kredit Bank (GKB).

Der Modellversuch ermöglicht eine kontrollierte Kreditvergabe für die Realwirtschaft nach bestimmten Kriterien durch ein öffentlich-rechtliches Kreditwesen. Die Kredite, die ohne Gewinnabsichten vergeben werden, sind nur kostendeckend mit Zinsen zu belasteten. Das nutzt Unternehmen und Verbraucher.

Den Verbrauchern nutzen zinsgünstige Kredite, weil Preise sinken. Letztlich zahlen die Verbraucher alle Zinsen

und Steuern, denn sie werden in die Preise einkalkuliert. [Begründet dargestellt wird dies z.B. in den Büchern von Götz Werner zum konsumsteuerfinanzierten, bedingungslosen Grundeinkommen und in dem Film-Essay „Kulturimpuls Grundeinkommen“ von Daniel Häni und Enno Schmidt.] Erfahrung mit kostendeckende Zinsen hat die GLS-Bank gemacht.

### Grundlegende Kriterien

1. Die Hypo Real Estate-Bank und dann weitere staats-eigene Banken sollen selbstverwaltete Einrichtungen eines öffentlich-rechtlichen Kreditwesens werden, damit sie frei von Staats- und Gewinninteressen Kredite an Unternehmen der Realwirtschaft vergeben können, wenn diese:

a) bereit sind, Kostenersparnisse an die Verbraucher weiterzugeben

b) gewillt sind, Unternehmens-Assoziationen beizutreten, die solidarisch zusammenarbeiten und Ausfälle von Kreditrückzahlungen ausgleichen.

2. Diese Kreditbank-Einrichtungen finanzieren sich nicht durch gewinnorientierte Privatanleger, sondern durch zinslose Kredite der Zentralbank. Dementsprechende Gesetze wären zu beschließen.

3. Die Kreditvergabe benötigt keine Hinterlegung von Wertpapieren u.ä. Werten. Sie erfolgt auf spezifische Wechsel bezogen.

Für die Petitionsgemeinschaft Achberger Kooperative Ch. Klipstein, R. Rappmann, H. Schliiffka, I. Feustel.

Spenden für die Verbreiterung der Aktion werden auf folgendes Konto erbeten: Verein Soziale Skulptur, Wangen. Kto-Nr. 22 66 008 bei der Voba Allgäu/West (BLZ 650 920 10). Weitere Infos: [www.sozialeskulptur.com](http://www.sozialeskulptur.com). Telefonischer Kontakt: Christoph Klipstein: 08380/384, Rainer Rappmann: 07528/7734, Herbert Schliiffka: 08380/488. Es können auch Infokarten bestellt werden.

## Zur Krise auf den internationalen Finanzmärkten - Ursachen und Auswege

45. Mündener Gespräche, 24.-25. Oktober 09

Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V. in der Reinhardswaldschule, 34233 Fuldata-Simmershausen, zwischen Kassel und Hann. Münden.

Themen: Auswirkungen und Prognosen - Wie geht es weiter mit der Weltwirtschaft? - Weltfinanzsystem am Limit - gelingt der Weg in eine neue Balance? - Vollgeld und Monetative als Kernkomponenten einer stabilen Finanzordnung - Mit Geldumlaufpolitik und Negativzinsen aus der Liquiditätsfalle - Neuordnung der Weltwirtschaft

mit Hilfe von Keynes' Bancor-Plan. Mitwirkende sind u.a. Dirk Müller - Autor des Bestsellers „Crashkurs“, Prof. Dr. Joseph Huer, Thomas Betz und Eckard Behrens.

Detaillierte Information siehe <http://www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de>. Anmeldung mit Anmeldeformular [PDF] an: Andreas Ehrich, Bekkoppeln 37, 22395 Bergstedt, eMail: [ehrich@sozialoekonomie.info](mailto:ehrich@sozialoekonomie.info).

## Was die Geld- und Boden-Reform zu sagen hat ...

Tagung, 10.- 11. Oktober 2009, Bad Boll.

Reformen der Geld- und der Bodenordnung werden seit über 100 Jahren im Anschluß an Silvio Gesell, Henry George, Rudolf Steiner und andere vertreten. Sie sind einerseits Notwendende Korrekturen der Funktion des Geldes und des Bodens in der Gesellschaft. Von diesen Änderungen, die durch die Reformen selbst bewirkt werden, gehen aber weitere, kaum weniger bedeutsame Auswirkungen aus, die sich auf den verschiedensten Feldern der Gesellschaft zeigen. Sie zu kennen ist für die Befürworter der Reformen ebenso wichtig wie die Kenntnis der Einzelheiten der Reformen selbst. Denn aus ihnen lassen sich wichtige zusätzliche Argumente für die angestrebten Änderungen unserer Geld- und Bodenordnung ableiten.

Themen: ... zum marktwirtschaftlichen Wettbewerb ... zur Einkommensbildung und -verteilung 15.00 ... zur Finanzkrise ... zum Klimaproblem ... zur Friedensfrage ... zum Verhältnis beider Reformen. Mitwirkende: Fritz Andres, Eckhard Behrens, Jobst von Heynitz.

Nähere Informationen und Anmeldung: [www.sffo.de](http://www.sffo.de), Seminar für Freiheitliche Ordnung, 73087 Bad Boll, Badstraße 35, tel. 07164 / 3573

## Das Kapital - Nutzen und Gefahren!

Tagung, 14.- 15. November 2009, Bad Boll

Themen: Umwegigkeit und Zielstrebigkeit als Merkmale des Menschen; Geldkapital - Sachkapital; Kapitalismus - kardinaler Störfaktor heutiger Marktwirtschaften; Voraussetzungen und Folgen einer Überwindung der Knappheit des Kapitals; J.P. Proudhon - Vordenker für freiheitliche Wege zu sozialen Zielen; Vermögensmärkte - ihre Funktionen und ihre Interdependenzen; Chancen und Hindernisse für eine Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus.

Mitwirkende: Fritz Andres, Eckhard Behrens, Jobst v. Heynitz, Prof. Dr. Thomas Huth, Ferdinand Wenzlaff.

Nähere Informationen und Anmeldung: [www.sffo.de](http://www.sffo.de), Seminar für Freiheitliche Ordnung, 73087 Bad Boll, Badstraße 35, tel. 07164 / 3573

# Wie wirkt man für den Impuls der Dreigliederung des sozialen Organismus?

Ratschlag für Dreigliederungs-Netzwerker  
in kritischer Zeitlage

Samstag, 5. Dezember 2009  
11.00 - 18.00 Uhr

Freie Hochschule Stuttgart  
Gebäude Libanonstraße 3, 70184 Stuttgart

Wie jedes Jahr gegen Ende soll durch das Treffen wieder ein Raum entstehen, in dem gemeinsame Rückschau und gemeinsamer Vorblick möglich werden. Es geht um den Austausch über unsere Aktivitäten und unsere Vorhaben, um die Einschätzung aktueller Entwicklungen - Finanz- und Wirtschaftskrise, Krise der Demokratie und der Kultur und Bestrebungen, die aus diesen Krisen herausführen können.

Die Leitfrage dabei ist die nach dem Wirken für den Impuls der Dreigliederung des sozialen Organismus unter den heutigen Bedingungen. Wie entwickeln wir die heute nötigen Formen dieses Wirkens, wie gewinnen wir bei diesem Wirken neue Mitstreiter? Darüber, aber auch über die ganz pragmatische Frage nach der Finanzierung der Initiative Netzwerk Dreigliederung im kommenden Jahr, wollen wir bei dem Arbeitstreffen beraten.

Alle Interessierten, die sich mit der Initiative Netzwerk Dreigliederung verbunden fühlen, sind herzlich eingeladen.

#### Zeitplan:

11.00 - 12.45: 1. Arbeitsabschnitt  
12.45 - 14.15: Mittagspause  
14.15 - 15.45: 2. Arbeitsabschnitt  
16.15 - 18.00: 3. Arbeitsabschnitt

#### Anmeldung:

Initiative Netzwerk Dreigliederung  
Libanonstr. 3, 70184 Stuttgart  
Tel.: (+49) 0711 / 23 68 950  
Fax: (+49) 0711 / 23 60 218

## Philippinen-Reise

Eine persönliche  
Begegnung mit einem  
bezaubernden Land,  
mutigen Menschen und  
begeisternden Projekten!

Projekte des alternativen Nobelpreisträgers und Anthroposophen Nicanor Perlas und seine Freunde, sowie das umfassende Sozialprojekt PREDA des irischen Paters Shay Cullen und seinen 85 philippinischen Mitarbeitern stehen auf dem Programm, aber auch Wandern im Regenwald, Wasserfälle, Höhlen, Vulkane und über die Feiertage auf der Insel Palawan unter Leitung von Walter Siegfried Hahn und Dr. Grace Zozobrado. Reiseleitung: Irmgard Wutte

Sowohl Nicanor Perlas als auch Shay Cullen wirken seit über drei Jahrzehnten mit weitblickenden Aktivitäten und ohne ein persönliches Risiko zu scheuen für die Zivilgesellschaft des Inselstaates. Bis die Herrscherfamilie Marcos seit 1965 das Land ausblutete, waren die Philippinen nach ihrer Unabhängigkeit 1946 neben Japan eine führende asiatische Wirtschaftsnation. Heute leiden 40% der Bevölkerung unter großer Armut und die führenden Kreise haben eigene Interessen im Blick.

Durch verschiedene Begegnungen mit den Einheimischen erleben wir wie durch einzelne mutige Menschen verwandelnde Initiativen und Bewegungen ins Leben gerufen wurden. Doch auch zauberhafte Natur – und Kulturerlebnisse werden ein Ziel unserer Reise sein. Im Mai 2010 stehen die nächsten Wahlen an für die Nicanor Perlas sich als Präsidentschaftskandidat zur Verfügung stellt. Unter diesem Vorzeichen verspricht die Reise besonders spannend zu werden.

Weitere Informationen: Nyendo Reisen, Irmgard Wutte, Neugartenstrasse 62, 83209 Prien, T. 08051 9615737, [www.nyendo-reisen.de](http://www.nyendo-reisen.de)



# Individualität und soziale Verantwortung

Grundlagen und Praxis der Dreigliederung des sozialen Organismus  
Fortbildungsseminare für Tätige

## Lebenskräfte im sozialen Organismus

### Zur Überwindung von individuellem und sozialem Burnout

Seminar, Fr, 30. Oktober bis So, 1. November 2009

Achtung: Der ursprünglich vorgesehene Termin Mitte November musste geändert werden!

Rudolf Steiner Haus, Hügelstr. 67,  
D-60433 Frankfurt am Main

Mit Ulla und Udo Herrmannstorfer, Prof. Dr. Harald Spehl und Dr. Christoph Strawe

Mitveranstalter: Anthroposophische Gesellschaft Frankfurt/M, Goethe-Zweig

**Freitag, 13. November 2009**

19.30: Öffnung des Tagungsbüros

20.00: Tod und Auferstehung der Gemeinschaft: Das Versiegen alter und die Erschließung neuer individueller und sozialer Lebenskräfte (Vortrag Udo Herrmannstorfer mit Ansprache, Rezitation Ulla Herrmannstorfer)

**Samstag, 14. November 2009**

9.30 - 11.00: Was stärkt und was schwächt die Lebenskräfte in Individuen und Gemeinschaften? (Vortrag Dr. Christoph Strawe, Rezitation Ulla Herrmannstorfer)

11.30 - 13.00: Gesprächsarbeit

15.00 - 16.30: Das Belebende liegt im Mitgestalten (Ergebnis- und Prozessorientie-

rung, Organbildung) (Vortrag Prof. Harald Spehl, Rezitation Ulla Herrmannstorfer)

17.00 - 18.30: Gesprächsarbeit

20.00: Die Ausschaltung des Menschlichen: Die Gefährdung der neuen Gemeinschaft durch luziferische und ahrimanische Kräfte (Vortrag Udo Herrmannstorfer, Rezitation Ulla Herrmannstorfer)

**Sonntag, 15. November 2009**

9.00 - 10.30: Forum: Die Überwindung von individuellem und sozialem Burnout

11.00 - 12.30: Zusammenfassende Betrachtung: Individuelle Entwicklung und Gemeinschaftsentwicklung sind aufeinander angewiesen

### Teilnahmebeitrag

(ohne Unterbringung und Verpflegung) EUR 140, Gemeinschaftsvollverpflegung zusätzlich EUR 22. Infos zu Übernachtungsmöglichkeiten und Anfahrtsbeschreibung unter [www.sozialimpulse.de/Texte\\_html/Anweg\\_Frankfurt.htm](http://www.sozialimpulse.de/Texte_html/Anweg_Frankfurt.htm). Außerdem: Tourismus + Congress GmbH, Kaiserstr. 56, 60329 Frankfurt/Main, Tel. +49 (0) 69 - 21 23 88 00 / Fax: 21 23 78 80, E-Mail: [info@infofrankfurt.de](mailto:info@infofrankfurt.de), [www.infofrankfurt.de](http://www.infofrankfurt.de)

## Anmeldung / Info

Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V. Stuttgart  
Libanonstr. 3, D - 70184 Stuttgart  
Tel.: (+49) 0711 - 23 68 950  
Fax: (+49) 0711 - 23 60 218  
E-Mail: [Institut@sozialimpulse.de](mailto:Institut@sozialimpulse.de)

# Studiengang Sozialentwicklung

Soziale Dreigliederung als Weg zu Verständnis und Gestaltung sozialer Prozesse

Sozialqualifizierende berufsbegleitende Ausbildung

3. Durchgang Februar 2010 bis Januar 2012

## 1. Studienjahr

Arbeitswoche (6.-12. Februar 2010)  
Die sozialen Konsequenzen individueller Mündigkeit: Grundlagen und Aktualität der Dreigliederung des sozialen Organismus

Wochenendseminar (9./10. April 2010)  
Selbstverwaltung und Eigenverantwortung: Soziale Lebensprozesse und Organbildung

Wochenendseminar (11./12. Juni 2010)  
Fähigkeiten, Intelligenz, Kreativität:  
Die Kraft individueller Impulse im sozialen Leben. Freiheit und Gesellschaft

Wochenendseminar (17./18. September 2010)  
Bedarf, Arbeitsteilung, Finanzierung:  
Solidarität als Gestaltungskraft wirtschaftlicher Prozesse im sozialen Organismus

Wochenendseminar (5./6. November 2010)  
Vereinbarung, Abstimmung, Regelung:  
Gleichheit als Grundlage des Rechtslebens in der Gesellschaft

Wochenendseminar (14./15. Januar 2011)  
In Entwicklungen denken: Nachhaltige Entwicklung

## 2. Studienjahr

Arbeitswoche (13.-19. Februar 2011)  
Sozialgestaltung und Menschenverständnis - Das Soziale als Übungsfeld menschlicher Entwicklung

Wochenendseminar (1./2. April 2011)  
Der Vertrag als Quelle modernen Rechts - Der Rechtsstaat als Schutz- und Förderraum

Wochenendseminar (27./28. Mai 2011)  
Perspektiven und Praxis des assoziativen Wirtschaftens - Fragen der Preis- und Einkommensbildung

Wochenendseminar (16./17. September 2011)  
Die Bedeutung des Eigentums für die individuelle und soziale Entwicklung

Wochenendseminar (11./12. November 2011)  
Die Neuordnung des Geldwesens

Verlängertes Wochenendseminar (13.-15. Januar 2012)  
Vom Ganzen her wollen (Arbeit, soziale Sicherung) - Abschließende Intervention der Teilnehmer/innen

Das zweijährige Studienangebot richtet sich besonders an Verantwortungsträger in alternativen Einrichtungen und zivilgesellschaftliche AktivistInnen, aber auch an allgemein Interessierte.

Verantwortlich: Udo Herrmannstorfer (Dornach), Mag. Friedrich Platzer (Wien), Dr. Michael Ross (Berlin), Prof. Dr. Harald Spehl (Mainz/Trier), Dr. Christoph Strawe (Stuttgart).

## Weitere Information und Anmeldeunterlagen:

Institut für soziale Gegenwartsfragen, Libanonstr. 3, D-70184 Stuttgart, Tel. (+49) 0711 - 23 68 950, Fax 23 60 218, [Institut@sozialimpulse.de](mailto:Institut@sozialimpulse.de), [www.sozialimpulse.de](http://www.sozialimpulse.de)